

Arbeiten zur Rheinischen Landeskunde
Herausgegeben vom Geographischen Institut der Universität Bonn
ISSN 0373-7187

Heft 53

**Sozialökonomische Struktur- und Wahlverhalten
am Beispiel der Bundestagswahlen von 1980 und 1983
in Essen**

von

Helmut Hahn und Franz-Josef Kemper

1985

Bonn

**SOZIALÖKONOMISCHE STRUKTUR UND WAHLVERHALTEN
AM BEISPIEL DER BUNDESTAGSWAHLEN VON 1980 UND 1983
IN ESSEN**

ARBEITEN ZUR RHEINISCHEN LANDESKUNDE

ISSN 0373-7187

Herausgegeben von

H. Hahn · W. Kuls · W. Lauer · P. Höllermann · W. Matzat · K.-A. Boesler

Schriftleitung: H.-J. Ruckert

Heft 53

Helmut Hahn und Franz-Josef Kemper

Sozialökonomische Struktur und Wahlverhalten am Beispiel der Bundestagswahlen von 1980 und 1983 in Essen



1985

In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
— Dümmlerbuch 7153 —

**Sozialökonomische Struktur und Wahlverhalten
am Beispiel der Bundestagswahlen von 1980 und 1983
in Essen**


von

Helmut Hahn und Franz-Josef Kemper

mit 1 Abbildung und 11 Tabellen im Text,
sowie 27 Karten als Beilagen



In Kommission bei
FERD. DÜMMLERS VERLAG · BONN
1985

 **Dümmlerbuch 7153**

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-427-71531-0

© 1985 Ferd. Dümmlers Verlag, 5300 Bonn 1
Herstellung: Richard Schwarzbald, Witterschlick b. Bonn

Inhalt

		Seite
Ia	Fragestellung	1
Ib	Datenmaterial	3
II	Die Stadt Essen, Entwicklung und innere Gliederung	8
III	Die Wahlergebnisse 1983 und 1980 im Vergleich	13
IVa	Wahlverhalten und Bevölkerungsstruktur der Wohngebiete	
	1) Vorbemerkung	21
	2) Korrelationsberechnungen	22
	3) Regressionsanalysen	27
IVb	Wahlverhalten und Sozialraumtypen	
	1) Abgrenzung von Sozialraumtypen	32
	2) Korrelationsberechnungen	35
	3) Regressionsanalysen	39
IVc	Veränderungen der Parteipräferenzen	42
IVd	Die Wahlbeteiligung	47
V	Wahlraum- und Sozialraumtypen, Ergebnisse der Untersuchung	52
	Summary	57
	Literatur	59

Tabellen und Abbildung

	Seite
Tab. 1 : Liste der unabhängigen Variablen	5
" 2 : Zugehörigkeit der Wahlraumtypen 1980 zu den Wahlraumtypen 1983	18
" 3a: Nichthierarchische Clusteranalyse der Wahlergebnisse 1980 und 1983 (1980 ohne Grüne)	20
" 3b: Die Wahlergebnisse 1980 und 1983 in den fünf Sozialraumtypen	20
" 4 : Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen der 4 Parteien	21
" 5 : Stimmenanteile nach Altersgruppen Bundestagswahl 1983, Zweitstimmen	24
" 6 : Partielle Korrelationskoeffizienten zwischen Wahlverhalten und Altersstruktur unter Kontrolle des Sozialstrukturindex	26
" 7 : Ergebnisse der Regressionsanalysen Parteienpräferenz 1983	29
" 8 : Mittelwerte der für die Clusteranalyse benutzten Variablen für die Sozialraumtypen	35
" 9 : Regressionsanalysen nach Regionen	41
" 10 : Ergebnisse der Regressionsanalysen für die Veränderung der Parteienpräferenz 1980-1983	44
" 11 : Zugehörigkeit der Sozialraumtypen zu den Wahlraumtypen 1980 und 1983	53
Abb. 1 : Fehlerquadratsumme nach Zahl der erreichten Gruppen für die hierarchische Gruppierung von Sozialraumtypen	34

Karten (als Beilagen)

- Karte 1 : Das Wachstum des Stadtgebietes durch Eingemeindungen
- Karte 2a: Die Stellung im Beruf 1939
- Karte 2b: Stellung im Beruf 1970
- Karte 3a: Konfessionelle Gliederung im Jahre 1920
- Karte 3b: Anteil der Katholiken an der deutschen Bevölkerung 1983
- Karte 3c: Anteil der Konfessionslosen und Sonstigen an der deutschen Bevölkerung 1983
- Karte 4a: SPD - Zweitstimmen 1983
- Karte 4b: Stimmenverluste der SPD 1980-1983
- Karte 5a: CDU - Zweitstimmen 1983
- Karte 5b: Veränderung des Wahlergebnisses der CDU 1980-1983
- Karte 6a: F.D.P. - Zweitstimmen 1983
- Karte 6b: Stimmenverluste der F.D.P. 1980-1983
- Karte 7 : Grüne - Zweitstimmen 1983
- Karte 8 : Stimmenanteile der KPD - Reichstagswahl vom 31.7.1932
- Karte 9 : Stimmenanteile des Zentrum - Reichstagswahl vom 31.7.1932
- Karte 10 : Stimmenanteile der NSDAP - Reichstagswahl vom 31.7.1932
- Karte 11 : Nichthierarchische Clusteranalyse auf der Basis der Wahlergebnisse 1983 der SPD, CDU, F.D.P. und Grünen
- Karte 12 : Index der Sozialstruktur
- Karte 13 : Anteil der 18-24-jährigen an der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren 1983
- Karte 14 : Anteil der 35-44-jährigen an der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren 1983
- Karte 15 : Anteil der ≥ 60 -jährigen an der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren 1983

- Karte 16: Anteil der 1983 ≥ 6 Jahre in der gleichen Wohnung gemeldeten deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren
- Karte 17: Von der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren sind seit 1979 zweimal und öfter umgezogen (1983)
- Karte 18: Sozialraumtypen (hierarchische und nichthierarchische Clusteranalyse)
- Karte 19: Sozialraumtypen (Kommunalwahlbezirksebene)
- Karte 20: Wahlbeteiligung 1983 (auf Kommunalwahlbezirksebene)
- Karte 21: SPD-Zweitstimmen (ohne Briefwähler) 1983 in den Stimmbezirken (Ausschnitt)

I. a) Fragestellung

Mit der Analyse von Wahlergebnissen befassen sich - wie bei einem so vielschichtigen Thema nicht anders zu erwarten - mehrere Wissenschaften. Selbstverständlich unterscheiden sie sich nach Fragestellung und angewandten Methoden, was Überschneidungen aber keineswegs ausschließt. Keinesfalls kann eine Disziplin eine Forschungsrichtung und schon gar nicht eine Untersuchungsmethode für sich allein beanspruchen oder gar einer anderen ihre Aufgaben und Methoden gewissermaßen zuweisen. Trotzdem wurde der bereits früher geführte Methodenstreit kürzlich wieder aufgegriffen (SIEGFRIED 1946, HEBERLE 1978, BÜRKLIN 1980, GANSER 1980, MÜLLER und NISSEL 1981, ANTE 1982).

Die Diskussion über Methoden und wissenschaftliche Abgrenzung mag oft überflüssig und manchmal sogar sinnlos erscheinen, doch hat sie im Falle der geographisch orientierten Wahlanalyse zu eingehenderer Beschäftigung mit den Forschungsergebnissen der Nachbarwissenschaften geführt, die Überlegungen zu Aufgaben, Zielen und anzuwendenden Methoden neu belebt und eine Reihe empirischer Untersuchungen angeregt. Diese verbesserten zwar den Stand unserer Kenntnisse, machten aber auch Forschungslücken sichtbar und warfen neue Fragen auf.

Die enge Verknüpfung von Sozialgruppenzugehörigkeit und Wahlverhalten wird heute wohl von allen Wahlforschung betreibenden Wissenschaften anerkannt. Hieraus folgt aber, daß Sozialraumstruktur und räumliche Anordnung der Wahlergebnisse bzw. Parteienpräferenzen miteinander korrelieren müssen. So wurden fast selbstverständlich Wahlergebnisse als Indikatoren zur sozialräumlichen Gliederung (GANSER 1966) oder zur Charakterisierung des Gruppenverhaltens und der daraus resultierenden Sozialräume (STEINBERG 1962) herangezogen. Besonderes Augenmerk galt schon früh dem unterschiedlichen Wahlverhalten der Konfessionsgruppen (HAHN 1950 u.a.). Gerade an ihnen aber wird deutlich, daß Parteienpräferenzen zwar gruppenspezifisch sind, aber eben nur die relative Be-

vorzugung einer bestimmten Partei bewirken. Der Grad der Identifikation mit der Gruppe und die gleichzeitige Zugehörigkeit zu weiteren Gruppen spielen eine gewichtige Rolle für das Ausmaß der Parteienbindung (KÜHR 1982 u.a.).

Trotz der sich vielfach überschneidenden Gruppenzugehörigkeiten führen die selektiven Auswirkungen der sozialen und räumlichen Mobilität immer wieder zur Ausbildung relativ homogener Sozialräume mit entsprechenden Wahlergebnissen. Dies gilt sowohl im ländlichen wie im städtischen Bereich. Doch regte das enge Nebeneinander relativ klar abgrenzbarer Sozialräume in Städten häufiger zu wahlgeographischen Analysen an. Erst kürzlich wurde eine Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten und Sozialraumstruktur am Beispiel Wiens publiziert (MÜLLER und NISSEL 1983).

Die beiden Autoren untersuchen die Raumstruktur des Wählerverhaltens gestützt auf Thesen, die auf sozialökologischen Entwicklungsmodellen aufbauen, mit Hilfe multivariater statistischer Verfahren. Die Stadt Wien wurde wegen der zahlreichen sozialgeographischen Voruntersuchungen und der ausgezeichneten Datenlage - Gliederung in 232 Zählbezirke (Daten der Volkszählung von 1971 und der Gemeinderatswahl von 1973) - ausgewählt. Das aus der sozialen Segregation abzuleitende Wählerverhalten konnte auch in dieser Studie eindeutig belegt werden. Die übrigen Hypothesen, die Zusammenhänge mit der Alterssegregation und der von Ausländern postulierten, waren infolge von "wienspezifischen Abweichungen" - Funktionsverlust seit dem 1. Weltkrieg, daraus resultierende Einwohnerverluste usw., ferner besondere Situation des Wohnungsmarktes - nicht belegbar bzw. wurden von anderen Faktoren überlagert. Die Notwendigkeit vergleichender weiterer Untersuchungen wird auch an diesem Beispiel augenscheinlich.

Auch in der Bundesrepublik traten während des letzten Jahrzehnts in einer Reihe von Städten Bevölkerungsverluste auf. Dies gilt insbesondere für das Ruhrgebiet, dessen Städte zudem infolge des rapiden Bevölkerungswachstums während der Industrialisierungsepoche und der Standortverlagerung der

Kohleförderung generell aus mehreren Kernen mit zum Teil ausgeprägter Eigenständigkeit der Sozialraumbildung zusammengewachsen sind. Allerdings stehen in der Bundesrepublik Deutschland wegen der laufend verschobenen Volkszählung nur veraltete Sozialdaten bzw. fortgeschriebene Bevölkerungsdaten (Basis Einwohnerdatei) zur Verfügung. Ein genauerer Einblick in die derzeitige Sozialstruktur kann nur mit Hilfe von Indikatoren gewonnen werden. Ob unter solch erschwerten Bedingungen - ruhrgebietstypische Sozialraumstruktur und Mängel im Datenmaterial - verwertbare Ergebnisse erzielt werden können, soll am Beispiel der Stadt Essen näher untersucht werden.*)

b) Datenmaterial

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 1980 und 1983 wurden für Essen auf der Basis von 491 Stimmbezirken, 42 Kommunalwahlbezirken und 50 Stadtteilen publiziert. Benutzt wurden die Resultate für die Zweitstimmen. Die Stimmbezirke können eindeutig den Stadtteilen als höherer Aggregierungsstufe zugeordnet werden, während sich Kommunalwahlbezirke und Stadtteile häufig überschneiden und beide nur in 12 Fällen identische Grenzen besitzen. Da auf die Briefwahlen 1980 ein Anteil von 16,4 % und 1983 von 11,5 % aller gültigen Stimmen entfielen und deren Parteipräferenzen bekanntlich von denen der übrigen Wähler abweichen, konnte auf die Briefwahlergebnisse nicht verzichtet werden. Diese stehen nur für die Kommunalwahlbezirke zur Verfügung.

Um zu überprüfen, inwiefern die Wahldaten als Indikatoren der Sozialstruktur gelten können, mußten sie demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen der Bevölkerung ge-

*) Verf. sind der Stadt Essen, Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen, insbesondere dem Leiter des Amtes, Herrn Prof. Dr. Dieter Weis, und Herrn Pfeiffer für die Bereitstellung der benötigten, z. Tl. unveröffentlichten Daten, vor allem auch zur Bevölkerungsstruktur zu großem Dank verpflichtet.

genüberegestellt werden. Diese standen im wesentlichen auf der räumlichen Basis der Stadtteile und einer Untergliederungsebene der Stadtteilbereiche zur Verfügung. Daraus ergab sich das Problem, für alle Merkmale eine gemeinsame Datenbasis zu finden. Zunächst wurden dazu die Kommunalwahlbezirke bestimmt und die Sozialstrukturvariablen über die kleinräumigen Stadtteilbereiche auf dieses räumliche Gliederungssystem umgerechnet bzw. geschätzt. Diese Auswahl hat den Vorteil, daß über die im Vordergrund stehenden Wahldaten exakte Angaben vorliegen. Im Verlauf der Untersuchungen zeichneten sich aber gravierende Nachteile ab, die durch die sozialstrukturelle Inhomogenität der Kommunalwahlbezirke entstanden. Letztere sollten keinen großen Schwankungen der Einwohnerzahlen unterworfen sein. Daher vereinigen sie bis zu drei intern relativ homogene Stadtteile, während einige bevölkerungsreiche Stadtteile zur Wahlbezirksgliederung unterteilt werden. Sucht man eine sozialstrukturell homogenere Raumgliederung, sind die Stadtteile besser geeignet als die Wahlbezirke. Als räumliche Basis der weiteren Untersuchungen wurden deshalb die Stadtteile vorgezogen und die Briefwahlergebnisse der Parteien auf die Stadtteile umgerechnet, um sie mit den dort schon publizierten Zahlen der Direktwähler zusammenzufassen. Die geringen Schätzfehler, zu denen diese Prozedur führen kann, konnten für die Stimmanteile der Parteien in Kauf genommen werden, nicht aber für die weniger stark variierende Wahlbeteiligung, die daher auf der Wahlbezirksebene untersucht werden mußte.

Die meisten Merkmale der Bevölkerungsstruktur konnten aus der Einwohnerdatenbank der Stadt Essen bezogen werden. Erstmals seit 1981 wird dort die auf Datenträger erfaßte Einwohnerdatei zum Ende des Jahres abgespeichert. Aus den Dateien vom 31.12.81 und vom 31.12.83 wurden die in Tab. 1 genannten Merkmale 1 bis 31 berechnet. Die Ausprägungen vom 31.12.81 wurden im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen vom 5.10.80 und mit der Analyse der Veränderungen von 1980 bis 1983 benutzt, die Werte vom 31.12.83 im Zusammenhang mit den Wahlresultaten vom 6.3.83. Die Merkmale 1 bis 30 beziehen sich allein auf die deutsche Bevölkerung, die die Wahl-

Tab. 1: Liste der unabhängigen Variablen

1	Anteil der	Ledigen an deutscher Bevölkerung		
2	"	"	Verheirateten (zusammenleb.) an dtisch. Bevölkerung	
3	"	"	Geschiedenen	" "
4	"	"	Verwitweten	" "
5	"	"	getrennt Lebenden	" "
6	"	"	Protestanten	" "
7	"	"	Katholiken	" "
8	"	"	Personen sonst. oder ohne Konf.	" "
9	"	"	Männer	" "
10	"	"	Frauen	" "
11	"	"	unter 18-jährigen, männlich	" "
12	"	"	18-24-jährigen, "	" "
13	"	"	25-34-jährigen, "	" "
14	"	"	35-44-jährigen, "	" "
15	"	"	45-59-jährigen, "	" "
16	"	"	≥ 60-jährigen, "	" "
17	"	"	unter 18-jährigen, weiblich	" "
18	"	"	18-24-jährigen, "	" "
19	"	"	25-34-jährigen, "	" "
20	"	"	35-44-jährigen, "	" "
21	"	"	45-59-jährigen, "	" "
22	"	"	≥ 60-jährigen, "	" "
23	"	"	unter 18-jährigen	" "
24	"	"	18-24-jährigen	" "
25	"	"	25-34-jährigen	" "
26	"	"	35-44-jährigen	" "
27	"	"	45-59-jährigen	" "
28	"	"	≥ 60-jährigen	" "
29	"	"	2- oder mehrfach in Essen Umgezogenen	" "
30	"	"	Personen mit 6 oder mehr Jahren Wohndauer	" "
31	"	"	Ausländer	
32	Wohnungen auf 100 Einw.	31.12.80		
33	Räume pro Einw.	"		
34	Wohnfläche pro Einw.	"		
35	Pkw pro 100 Einw.	1. 1.79		
36	Anteil der Gymnasiasten an den 10-19-jährigen	1.1.78		
37	"	"	Realschüler	" " " 1.1.78
38	"	"	Höheren Schüler (Gymnasien u. Realschulen)	1.1.78
39	"	"	Wohnungen in vor 1918 errichteten Gebäuden	31.12.80
40	"	"	zwischen 1978 und 1982 errichteten Wohnungen am Bestand 31.12.82	
41	"	"	Sozialwohnungen an den Neubauwohnungen 1978-82	
42	"	"	Einpersonenhaushalte an allen Haushalten mit Vorstand ≥ 20 Jahre 31.12.83	
43	Sozialstrukturindex			

berechtigten umfaßt. Zur weiteren Charakterisierung der Sozialstruktur eines Wohngebietes wurde als Merkmal 31 der Anteil der Ausländer berücksichtigt. Die Gliederung der Altersklassen erfolgte in Anlehnung an die Gruppierung der amtlichen repräsentativen Wahlstatistik, um deren Individualergebnisse mit den hier anfallenden Werten vergleichen zu können. Mit den Merkmalen 29 und 30 sollten die intraregionale Mobilität und die Wohnstabilität in einem Stadtviertel gekennzeichnet werden.

Die Einwohnerdatei der Stadt Essen enthält keine Angaben zur sozio-ökonomischen Struktur. Wegen fehlender Volkszählungsergebnisse gibt es bedauerlicherweise keine aktuellen kleinräumigen Daten über Beruf, Ausbildung und Einkommen. Es mußte deshalb auf Indikatoren der sozio-ökonomischen Struktur zurückgegriffen werden, für die in Essen einiges im Vergleich zu anderen bundesdeutschen Städten recht aussagekräftiges Material aus Fortschreibungen und eigenen Untersuchungen der Stadt bereitstand.

Aus der Fortschreibung der Wohnungsstatistik konnten drei Merkmale der Wohnungsdichte (Nr. 32-34) berechnet werden. Besonders wertvolle Informationen lieferte eine Schülerumfrage von 1978, mit deren Hilfe auf Stadtteilbasis der Anteil der Jugendlichen bestimmt wurde, der eine weiterführende Schule besucht (Merkmale 36-38). Auch der Anteil der Personenkraftwagen pro 100 Einwohner (Nr. 35) kann als Indikator des sozialen Status eines Wohnviertels gedeutet werden, obgleich letzterer in der Innenstadt durch firmeneigene Autos überschätzt wird. Um solche "Ausreißer" zu nivellieren, wurde ein synthetischer Index der Sozialstruktur auf der Grundlage der Merkmale 34, 35 und 38 gebildet. Dazu wurde zunächst jedes Merkmal in eine Rangfolge transformiert, wobei 1 den bezüglich der Sozialstruktur geringsten, 50 den höchsten Wert bezeichnet. Die Summe der drei Rangplätze ergibt den Sozialstrukturindex (Nr. 43).

Zur weiteren Charakterisierung der Wohngebiete wurden einige Merkmale herangezogen (Nr. 39-41), die sich auf die Altbausubstanz und die Neubautätigkeit beziehen. Schließlich

wurde die Haushaltsstruktur durch Merkmal 42 erfaßt. Die Angaben beruhen auf der Einwohnerdatei und können nur als Näherungswerte betrachtet werden, da in der Datei ein Haushalt nicht unmittelbar, z.B. aufgrund einer gemeinsamen Schlüsselnummer, zu erkennen ist.

Die Angaben zur Sozial- und Wohnungsstruktur (vgl. Tab. 1) beziehen sich auf verschiedene Jahre zwischen 1978 und 1982, wodurch ihre Vergleichbarkeit eingeschränkt wird. Da aber der soziale Status eines größeren Wohngebietes in der Regel eine beachtliche Persistenz aufweist und Statusänderungen langsam vor sich gehen, können die Merkmale im Zusammenhang mit den beiden Wahlen von 1981 und 1983 benutzt werden.

II. Die Stadt Essen, Entwicklung und innere Gliederung

Größe und Grenzen des heutigen städtischen Gebietes sind das Ergebnis von nicht weniger als 8 Eingemeindungen während des Zeitraums von 1901 bis 1975. Es wurden in langer Entwicklung gewachsene städtische Siedlungen und im Rahmen der Industrialisierung entstandene Siedlungs- bzw. Bevölkerungsagglomerationen in unterschiedlichen Stadien individueller räumlicher Organisation in das Stadtgebiet einbezogen. Im Verlaufe dieser Erweiterungen griff der ursprünglich auf den Hellweg beschränkte städtische Raum auf zwei weitere Naturräume über: die Emscherniederung im Norden und das Niederbergische Hügelland mit dem tief eingeschnittenen Ruhrtal im Süden. Die Entwicklung von Flächennutzung und Siedlung bis zur Industrialisierung, aber auch die industrielle Standortbildung und die Bevölkerungsagglomeration in ihrem Gefolge sind auf's engste mit dieser naturräumlichen Gliederung verknüpft.

Die altbesiedelte Lößlandschaft des Hellwegs und die Talweigungen und Terrassen der Ruhr bildeten die Basis der territorialen Entwicklung des adeligen Damenstiftes Essen und der Benediktiner-Abtei Werden. Sie steuerten die spätere Siedlungs- und gewerbliche Entwicklung des Raumes, erschlossen die Hochflächen und das Emschergebiet. Im Hohen Mittelalter erhielten Essen und Werden Stadtrechte, Steele erst zu Beginn der Neuzeit und Kettwig schließlich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, nach der Säkularisation und dem Anschluß an Preußen. Handel - Hellweg als West-Ost-Handelsstraße und Ruhrschiffahrtsweg - und Gewerbe - vor allem Eisenverarbeitung, speziell Büchsenmacherei, und Tuchfabrikation - bildeten die Grundlage des wirtschaftlichen Lebens in den Städten, aber auch, neben der Landwirtschaft, in vielen Dörfern (Heimarbeit und Manufakturen) am Hellweg und an der Ruhr. Mit zunehmender Erschöpfung der Holzbestände gewann der Kohleabbau in Form des Stollenbaus im Ruhrtal und seinen Seitentälern an Bedeutung. Um 1800 gab es 80 Stollen im Bereich der heutigen Stadtgrenzen.

Mit dem Einsatz der Dampfmaschine zur Wasserhaltung konnten seit 1830 die Deckschichten durchstoßen werden und der Tiefbau in der Hellwegzone beginnen. Die nun erreichten Kohleschichten waren zur Verkokung und damit zum Einsatz in der eisen- und stahlerzeugenden Industrie geeignet. Es entstanden Kohlezechen mit mehreren hundert Bergleuten, Kokereien und Hüttenwerke. Mit Verbesserung der Technik drang der Bergbau nach der Jahrhundertmitte - verstärkt nach 1870 - mit Großschachtanlagen und mehreren tausend Beschäftigten weiter nach Norden in die Emscherzone vor. Konnte der Arbeitskräftebedarf im Hellweggebiet noch durch die Zuzüge aus Westfalen und den Rheinischen Mittelgebirgen gedeckt werden, wurde nun die Anwerbung in den preußischen Ostprovinzen - Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen - erforderlich. Die abseits der Dörfer niedergebrachten Schachtanlagen umgaben sich mit einem Ring von Arbeiterwohnungen. Die Wanderungsgewinne betragen zwischen 1850 und 1895 jährlich ca. 2.500 Personen und stiegen zwischen 1895 und 1900 auf annähernd 12.000 an. Entsprechend wuchs die Einwohnerzahl im heutigen Stadtgebiet von ca. 20.000 um 1800 auf ca. 40.000 1845, 137.000 1871 und 553.000 1910. 1939 wurden 665.000 Einwohner und 1963 - vor den Auswirkungen des Zechensterbens - 730.000 Einwohner erreicht. Seitdem haben Wanderungsverluste und ein zunehmendes Geburtendefizit die Einwohnerzahl auf 636.000 (1983) absinken lassen.

Die Eingemeindungen folgten - wenn auch mit großer Verzögerung - den Industrieansiedlungen und der Bevölkerungsverdichtung (s. Karte 1). Zunächst wurden die Wohngebiete der Krupp-Beschäftigten im Westen eingemeindet (1901): Altdorf, Frohnhausen und Holsterhausen. Es folgten 1905, 1908 und 1910 Erweiterungen nach Süden - Rüttenscheid (einschließlich des Geländes der später erbauten Margarethenhöhe) und Fulerum - und Südosten - Huttrop, Stadtwald und, an der Ruhr gelegen, Rellinghausen und Bergerhausen. Erst 1915 wurden die Arbeiterwohngebiete im Nordwesten und Norden um Borbeck, Bochold und Altenessen und weitere Siedlungsflächen im Süden (Bredeney, Schuir und Haarzopf) einbezogen und damit das Stadtgebiet von 3884 ha auf 9668 ha vergrößert. Mit der Auf-

lösung des Landkreises Essen verdoppelte sich 1929 die Fläche der Stadt nochmals und wurden erstmals Städte (Werden und Steele) eingemeindet. Letzteres wiederholte sich 1975 mit dem Anschluß von Kettwig. Aber nicht nur die Städte - von denen sich Kettwig durch seine starke Ausrichtung auf die Textilindustrie vom übrigen Essen unterschied - hatten eigenständige räumliche Organisationsformen entwickelt. Dies gilt ebenfalls für weitere früher selbständige Gemeinden. So besaßen Altenessen und Rüttenscheid - an der alten Nord-Südachse gelegen - Versorgungszentren für den mittelfristigen Bedarf; gleiches galt zumindest auch für Borbeck.

Der gewerblich-industriellen Entwicklung, dem Zuzug von Arbeitskräften, aber auch dem Verlauf der Eingemeindungen folgt die sozialräumliche Gliederung sowohl großräumig gesehen wie im kleinräumlichen Mosaik innerhalb der einzelnen Stadtteile. In den Stadtteilen südlich der Ruhr und im Südwesten dominierte noch 1939 die bodenständige Arbeiterschaft zum Teil als Arbeiterbauern bzw. Kötter (s. Karte 2a). Sie wurde erst in der Nachkriegszeit zahlenmäßig von Angestellten, Beamten und Selbständigen übertroffen, die sich teilweise aus sozialen Aufsteigern der ansässigen Bevölkerung, teilweise aus Zuziehenden aus den übrigen Stadtteilen rekrutierten. In den 1905 eingemeindeten Wohngebieten südlich der Altstadt - bereits 1939 bevorzugtes Wohngebiet des gehobenen Mittelstandes - erreicht heute der Anteil der Selbständigen, Beamten und Angestellten die höchsten Werte (s. Karte 2b). Von Dellwig und Schönebeck im Westen bis Leithe und Freisenbruch im Osten überwiegen in manchen Stadtteilen die Arbeiter, in anderen die Beamten und Angestellten, ohne daß 50 % wesentlich überschritten werden. Der Anteil der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen bleibt meist unter dem städtischen Durchschnitt. Es hängt vom Gewicht der alten Ortskerne - etwa Borbeck und Steele - oder vom Bauträger, von Wohnwert und Lage der Neubaugebiete ab, welche Gruppe überwiegt. Insgesamt bilden diese Stadtteile eine Übergangszone zum auch heute noch eindeutig von der Arbeiterschaft beherrschten Norden Essens.

Erstaunlich ist die Konstanz der sozialräumlichen Großgliederung seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts trotz zweier Weltkriege, Luftkriegszerstörungen, Demontagen und mehreren wirtschaftlichen Krisen. Doch sind das Zechensterben und die Krise der eisenschaffenden Industrie keineswegs spurlos an der Stadt vorübergegangen. Von ca. 100.000 sank die Zahl der Beschäftigten in diesen beiden Wirtschaftszweigen auf einige tausend ab.

Dieser Verlust an Arbeitsplätzen konnte von den übrigen Wirtschaftsbereichen nicht aufgefangen werden, um so mehr als auch diese durch Rationalisierungen und Automation Arbeitsplätze einsparten. Insgesamt verminderte sich die Zahl der Arbeitsplätze von ca. 350.000 1961 auf ca. 270.000 1983. Waren 1939 noch 70 % der Erwerbstätigen Arbeiter, so sind es heute nur noch etwa 40 %. Entsprechend wuchs der Anteil der Beamten und vor allem der Angestellten. Der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze hat zu den früher erwähnten Bevölkerungsverlusten geführt, von denen die nördlichen Stadtteile stärker betroffen wurden als die südlichen. Während z.B. in Altenessen Nord und Süd und Karnap die Einwohnerzahl zwischen 1970 und 1983 um 22 % abnahm, erhöhte sie sich in Bredeley, Werden, Heidhausen und Fischlaken um 1 %.

Der Wandel in der Stellung im Beruf zusammen mit der Bautätigkeit - ca. 65 % der Wohnungen Essens wurden nach 1949 errichtet - haben einerseits den Nord-Süd-Gegensatz verstärkt, andererseits aber auch zur sozialen Differenzierung der Wohnviertel innerhalb der Stadtteile beigetragen. Fast in jedem gibt es neben dem alten Ortskern ausgesprochene Arbeiterwohnviertel - zum Teil Zechen- oder Werkssiedlungen, bzw. Viertel des sozialen Wohnungsbaus - daneben aber auch Neubauviertel des Mittelstandes bzw. bei günstiger Lage - vor allem im landschaftlich abwechslungsreichen Süden - des gehobenen Mittelstandes. Wie stark die soziale Differenzierung zwischen den einzelnen Wohnquartieren ist, zeigen die Wahlergebnisse in den Stimmbezirken (s. Karte 21). Erstaunlich konstant blieb trotz der durch Kriegsfolgen und sozialen Aufstieg bedingten Mobilität der Bevölkerung die Ver-

teilung der Katholiken und Protestanten über das Stadtgebiet (s. Karten 3a u. b). Nur in den Stadtteilen im Süden und Südosten, die vor allem die gehobene Mittelschicht anzogen, wuchs der Anteil evangelischer und auch konfessionsloser Bevölkerungsgruppen stärker an (s. Karte 3c).

III. Die Wahlergebnisse 1983 und 1980 im Vergleich

Die Wahlergebnisse der Bundestagswahl vom 6.3.1983 spiegeln die sozialräumliche Großgliederung Essens in überzeugender Weise wider. Die Ergebnisse der Wahl vom 5.10.1980 sollen hier nur zum Vergleich herangezogen, d.h. Abweichungen vom generellen Trend näher erläutert werden. Auf den ersten Blick tritt der Nord-Süd-Gegensatz im unterschiedlichen Wahlergebnis der vier im Bundestag vertretenen Parteien deutlich vor Augen. Die Stimmenanteile der beiden großen Parteien SPD und CDU erreichen eine fast spiegelbildliche Übereinstimmung (s. Karte 4a u. 5a); nur in wenigen Stadtteilen verschiebt sich die Einstufung, doch nie um mehr als einen Wert. Diese Polarität wird durch die Korrelationsanalyse bestätigt und gilt auch für die Wahl von 1980, wie die Werte von $-0,975$ (1980) und $-0,971$ (1983) zeigen. Im Norden ist sie etwas stärker ausgeprägt ($-0,989/1983$) als im Süden ($-0,951/1983$) (s. Gliederung in Regionen Kap. IVb 3 u. Karte 18).

Auch die beiden kleinen Parteien, F.D.P. und Grüne, konnten nur im Süden überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen (s. Karte 6a u. 7). Das Kartenbild findet in der Korrelationsanalyse seine Bestätigung. Die Stimmenabgaben für die F.D.P. korrelieren 1983 durchweg negativ mit denen für die SPD, und zwar im Süden mit $-0,929$ und im Norden mit $-0,753$. Gleiches gilt für die Wahl 1980. Die Korrelationen mit der CDU erreichen nicht die gleiche Signifikanz: im Norden $+0,662$ und im Süden $+0,787$. Gleiches gilt noch ausgeprägter für das Stimmenverhältnis der beiden großen Parteien zu dem der Grünen. Zwar lauten die Werte für die Gesamtstadt $-0,851$ im Verhältnis zur SPD und $+0,755$ zur CDU, doch werden im Süden nur noch schwach bzw. nicht mehr signifikante Werte ($-0,627$ und $0,449$) erreicht. Offensichtlich sind die kleinen Parteien an sozial und demographisch eng begrenzte Wählerschichten gebunden, deren Verbreitung sich zwar in die größeren sozialstrukturellen Raumeinheiten einordnet, deren kleinräumige Modifikationen aber nur in Einzelanalysen erfaßt werden können. Der Norden ist seit langem und auch 1983

mit Stimmenanteilen von ca. 50 % bis 76,4 % in den einzelnen Stadtteilen eine Domäne der SPD, während sich die CDU den Süden mit der F.D.P. und den Grünen teilen muß.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 5.10.1980 hat die SPD 1983 in allen Stadtteilen Stimmenverluste erlitten, allerdings in recht unterschiedlicher Höhe (von -0,1 bis -7,4 %) und keineswegs gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt (s. Karte 4b). Die größten Einbußen betreffen die Stadtteile im Nordwesten und im Südosten, ferner das Nord- und Ostviertel des alten Stadtkerns und Schönebeck. Relativ hoch war der Rückgang auch in Schuir und Werden. Die Stimmenverluste in den erstgenannten Räumen - von denen sich der Nordwesten und Südosten durch einen hohen Anteil an katholischer Bevölkerung auszeichnen - decken sich mit relativ hohen Gewinnen der CDU (s. Karte 5b). Die beiden Stadtteile im Süden zeichnen sich aber durch überdurchschnittliche Gewinne der Grünen aus. Den niedrigsten Stimmenzuwachs - im Stadtteil Bredeney treten sogar Verluste ein - erreichte die CDU in ihrem überwiegend von evangelischer Bevölkerung bewohnten Kernraum. Die Korrelationsberechnung ergibt hier, daß bei steigendem Stimmenanteil der SPD im Jahre 1980 sich deren Verluste im engen Rahmen hielten (+0,804), während die Stimmengewinne der CDU bei höherem Stimmanteil in engen Grenzen blieben (-0,760). Überdurchschnittliche Stimmengewinne erzielte die CDU außer in den bereits genannten Stadtteilen in dem nördlich an das Stadtzentrum angrenzenden Teil des SPD-Stammwählergebietes (s. Karten 4a u. 5b).

Die bereits erwähnte Stabilität der sozialräumlichen Gliederung muß sich - wenn die These von der sozialstrukturellen Beeinflussung des Wählerverhaltens richtig ist - beim Vergleich mit früheren Wahlen, etwa denen z.Zt. der Weimarer Republik, die von H.KÜHR (1973) für die Stadt und den Landkreis Essen untersucht wurden, in übereinstimmenden Raummustern niederschlagen. Die SPD erreichte damals nur über das ganze Stadtgebiet gestreute Stimmenanteile zwischen 10 % und 15 %. Die Arbeiterschaft wählte verstärkt die KPD. Die räum-

liche Verbreitung ihrer Anhänger bei der Reichstagswahl vom 31.7.1932 soll hier mit der der SPD-Wähler (1983) verglichen werden. Die beiden Karten 4a u. 8 lassen eine weitgehende Übereinstimmung in der Abstufung der Wahlergebnisse erkennen. Deutlichere Unterschiede gibt es nur im Süden (Werden, Heidenhausen/Fischlaken), wo der damals noch höhere Anteil der Arbeiter (s. Karte 2a) - vor der Konzentration der gehobenen Mittelschicht in diesen Wohngebieten - sich in relativ höheren Wähleranteilen der KPD niederschlug. Auch die Wahlergebnisse der CDU lassen sich nur mit gewisser Einschränkung vergleichen, da das Zentrum als katholische Volkspartei von der evangelischen Bevölkerung nicht - oder nur in Ausnahmefällen - gewählt wurde (s. Karte 9). Die hohen Stimmenanteile des Zentrum im Nordwesten und Südosten machen deutlich, daß diese Partei noch in weit stärkerem Maße von den katholischen Arbeitern und vor allem ihren Frauen gewählt wurde, als dies heute bei der CDU der Fall ist.

Auch die Wahlen von 1932 spiegeln den Nord-Süd-Gegensatz wider. Allerdings blieben die sich vom Stadtzentrum nach Südwesten erstreckenden Stadtteile bei den bisherigen Vergleichen ausgespart. Hier wurde mit recht hohen Stimmenanteilen NSDAP gewählt (s. Karte 10). Ein Vergleich mit den in dieser Studie erstellten Karten macht die enge Übereinstimmung der damaligen NSDAP-Hochburg mit dem in einer Clusteranalyse ermittelten Sozialraumtyp V (Gebiete mit höchstem Sozialstatus - s.a. Kap. IVb 1) deutlich. Doch muß beim räumlichen Vergleich die verstärkte Zuwanderung gehobener Schichten in die südlich angrenzenden Stadtteile während der letzten beiden Jahrzehnte berücksichtigt werden. In den hier umrissenen Stadtteilen erzielten die CDU, die F.D.P. und die Grünen 1983 ihre höchsten Stimmenanteile. Allerdings blieben die Gewinne der CDU im Vergleich mit der Wahl von 1980 in sehr engen Grenzen, erlitt die F.D.P. mit Ausnahme von Bredeney und Schuir durchschnittliche Verluste und konnten allein die Grünen überdurchschnittlich viele Wähler gewinnen. KÜHR (1973) begründet nach sorgfältiger Analyse den Wahlerfolg der NSDAP (S. 290) wie folgt: "Die Gefährdung des sozialen Status (durch die Weltwirtschaftskrise und hohe Arbeitslo-

sigkeit - Anm. d. Verf.) führte überall dort, wo die konfessionelle und gruppensoziologische Bindung sich gelockert hatte oder nicht bestand, zu einer weiteren Öffnung gegenüber den radikalen, antidemokratischen Parteien. Am geringsten war bei jungen Menschen die Bindung an eine der Parteien."

Beim gehobenen Mittelstand ohne enge kirchliche Bindungen, was damals eher für Protestanten (s. Karte 3a) als für Katholiken zutraf, kam es daher zur verstärkten Wahl der NSDAP. Solche sozialstrukturellen Gemeinsamkeiten der Wählerreservoirs begründen die Ähnlichkeiten der räumlichen Muster bei den Parteienpräferenzen. Nun sind die Verhältnisse von 1932 nicht unmittelbar mit denen des Jahres 1983 zu vergleichen. Die Unzufriedenheit gerade der jungen Wähler mit den wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Gegebenheiten ist jedoch offensichtlich und akzentuiert sich u.a. in Stimmenthaltung oder wechselnder Stimmabgabe, seit dem Auftreten der Grünen in deren Stimmengewinnen speziell unter den dem gehobenen Mittelstand entstammenden Jungwählern (s. Tab. 5), während die politische und wirtschaftliche Lage 1932 in weit stärkerem Maße auch ältere Jahrgänge mobilisierte.

Nach diesem Exkurs soll die Raumstruktur der Wahlergebnisse der beiden kleinen Parteien genauer untersucht werden. Die F.D.P. (s. Karte 6a) erzielt überdurchschnittliche Stimmenanteile ausschließlich im Süden, wobei die Prozentsätze von Norden nach Süden und vor allem Südwesten fast kontinuierlich ansteigen mit den höchsten Werten in den Stadtteilen Stadtwald bis Kettwig. Da die F.D.P. von 1980 (10,68 %) bis 1983 (5,13 %) mehr als die Hälfte der Stimmen eingebüßt hat, gewinnt die Karte der Veränderungen (6b) den gleichen Stellenwert wie die Karte der Stimmergebnisse. Die höchsten Stimmenverluste verzeichnet die F.D.P. von den zentrumsnahen Stadtteilen West- und Südostviertel ausgehend in Richtung Südwesten und Nordwesten und im Osten sowohl nördlich wie südlich der Ruhr (Ausnahme Byfang). Unterdurchschnittliche Stimmeneinbußen - von allerdings recht niedrigen An-

teilen ausgehend - finden sich im Norden. Relativ gering bleiben die Verluste auch im Kerngebiet der F.D.P.-Wählerschaft, vor allem in den Stadtteilen Bredeney und Schuir, während sich im übrigen Kernraum - Stadtwald bis Heidhausen - die Einbußen knapp unter dem Durchschnitt bewegen. In Kettwig mit seiner stark gemischten Sozialstruktur mußten dagegen einschneidende Verluste hingenommen werden. Anscheinend verstärken sich diese in Gebieten mit gemischter Sozialstruktur und höherem Anteil an Wechselwählern, die nach dem Koalitionswechsel dieser Partei ihre Stimme entzogen.

Die beiden Karten (6a u. 7) der Wahlergebnisse der F.D.P. und der Grünen weisen viele Übereinstimmungen auf. Dies gilt sowohl für die Stadtteile mit unter- als auch mit überdurchschnittlichen Stimmenanteilen. Vor allem die Stadtteile mit den jeweils höchsten Wahlergebnissen unterscheiden sich jedoch. Die Grünen schnitten in Kettwig und Schuir (s. unten) schlechter ab als in anderen Stadtteilen, errangen dafür aber im Gegensatz zur F.D.P. im Südviertel und Rüttenscheid weit überdurchschnittliche Ergebnisse. Anzumerken ist die weit größere Schwankungsbreite der Stimmenanteile der F.D.P. mit 1,35 % bis 17,02 % gegenüber den Grünen mit 2,18 % bis 8,02%. Beide Parteien sprechen, wie die Karten deutlich zeigen, die Wähler der Unter- und unteren Mittelschicht kaum an. Dies muß allerdings nicht heißen, daß sie - vor allem in demographischer Hinsicht - auf das gleiche Wählerpotential zurückgreifen. In Bezug auf Alter, Familienstand und Geschlecht treten durchaus Differenzierungen auf.

Der Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen der beiden Parteien ist nicht so eng und nicht gegenläufig wie bei SPD und CDU. Zwar ist der Korrelationskoeffizient für die Gesamtstadt mit +0,788 durchaus signifikant und erreicht in der nördlichen Stadthälfte sogar 0,935, doch sinkt er im Süden auf 0,621 bzw. im Sozialraumtyp V auf eine nicht mehr signifikante Größenordnung (0,340) ab. Andererseits treten recht enge Wechselbeziehungen zwischen den Wahlergebnissen auf, wenn z. B. die F.D.P. in Bredeney nur 0,76 % (niedrigster Wert) ihrer Stimmen einbüßt und die Grünen dort gemessen an den umliegenden Stadtteilen nur unterdurchschnittliche Stimmenge-

winne erzielen, oder umgekehrt im Südviertel und in Rütten-scheid bei hohen Stimmenverlusten der F.D.P. große Gewinne der Grünen zu verzeichnen sind. Da die Grünen 1980 nur 1,06% der Stimmen erhielten gegenüber 5,10 % (1983) und die Korrelation der Stimmengewinne mit den Stimmenanteilen +0,985 beträgt, ist die Karte der Veränderungen nahezu identisch mit der der Wahlergebnisse. Auf eine Veröffentlichung bzw. Interpretation kann daher hier verzichtet werden.

Im Verlauf der bisherigen Ausführungen wurden die Wahlergebnisse in ihrer räumlichen Anordnung und gegenseitigen Abhängigkeit herausgestellt. Der nächste Schritt muß in der Abgrenzung von Wahlräumen bestehen. Eine nicht-hierarchische Clusteranalyse auf der Basis der Wahlergebnisse der vier Parteien - getrennt für 1980 und 1983 durchgeführt - ermöglicht die Einordnung der 50 Stadtteile in Wahlraumtypen. Die Zahl der Cluster wurde auf fünf begrenzt (s. hierzu auch Kap. IV b 1). Es ergab sich - wie erwartet - eine Gliederung Nord- und Südens in je zwei Wahlraumtypen, und ein weiterer Typ, der räumlich und in den Wahlergebnissen eine Zwischenstellung einnimmt (s. Karte 11).

In diesem Zwischentyp haben sich auch - wie der Vergleich der Clusteranalysen von 1980 (ohne Grüne) und von 1983 zeigt (s. Tab. 2) - die auffälligsten Verschiebungen ergeben. Fu-

Tab. 2: Zugehörigkeit der Wahlraumtypen 1980 zu den Wahlraumtypen 1983

		Wahlraumtypen 1980					Summe
		1	2	3	4	5	
Wahlraumtypen 1983	1	7	2	-	-	-	9
	2	-	8	-	-	-	8
	3	-	2	13	2	-	17
	4	-	-	-	9	-	9
	5	-	-	-	-	7	7
Summe		7	12	13	11	7	50

lerum im Westen und Horst im Osten rückten aufgrund relativ starker Verluste der SPD von Typ 2 in 3, der Stadtkern und das Südviertel bei Verlusten der SPD und F.D.P., geringen Gewinnen der CDU und starken der Grünen von 4 in 3. Krey und Katernberg schließlich konnten sich bei recht niedrigen Verlusten der SPD deren Kernraum angliedern (2 nach 1). Der Typ 3 ist räumlich dreigeteilt: in den Nordwesten, ferner den Bereich südliche Stadtmitte mit Ausstrahlung nach Südwesten bis Fulerum und schließlich die östlichen Ruhrtalortschaften Rellinghausen, Überrauch und Horst. Alle genannten Stadtgebiete zeichnen sich durch ihre soziale Mischstruktur aus, der Nordwesten zusätzlich durch hohen Katholikenanteil. Die SPD-Wählerschaft tritt deutlich zurück, ohne daß die restlichen drei Parteien die Mehrheit der Stimmen erreichen (s. Tab. 3a). Nachzutragen ist, daß die drei ehemals selbständigen Städte Werden, Steele und das erst kürzlich eingemeindete Kettwig zwar eindeutig dem Süden Essens zuzurechnen sind, aber doch - räumlich hervorstechendes Beispiel hierfür ist das von Stadtteilen des Wahlraumtyps 5 umschlossene Werden - aufgrund ihrer vielschichtigen Sozialstruktur nicht dem südlichen Kernraum (Typ 5).

Die in der Tabelle 3a für die Wahiraumtypen und die vier Parteien zusammengestellten Wahlergebnisse unterstreichen die klare Raumgliederung. Dem starken Absinken der SPD-Wähleranteile von Typ 1 zum Typ 5 entspricht ein Ansteigen der Wählerstimmen von CDU, F.D.P. und Grünen. Auffallend ist die außerordentliche Spannweite der F.D.P.-Wahlergebnisse von 2,1 % bis 10,4 %, weit weniger groß ist die der Grünen (3,3% - 6,7 %). Die Stimmenverluste bzw. -gewinne verhalten sich jedoch nicht so gleichgerichtet. Während die SPD die höchsten Verluste in ihrem Kernraum (Typ 1) und in dem der CDU (Typ 5) erleidet, kann die CDU in ihrem Kernraum nur relativ wenige Stimmenanteile zugewinnen. Ihre Erfolge konzentrieren sich auf den Norden und die Mischzone. Die F.D.P. verliert die meisten Stimmen in den Wahlraumtypen 2-4, während die Stimmengewinne der Grünen von Norden nach Süden mit ansteigendem Sozialstatus der Wähler fast linear ansteigen.

Tab. 3a: Nichthierarchische Clusteranalyse der Wahlergebnisse 1980 und 1983 (1980 ohne Grüne)

	Cluster 1 (7/9 Stadtte.)			Cluster 2 (12/8 Stadtte.)			Cluster 3 (13/17 Stadtte.)			Cluster 4 (11/9 Stadtte.)			Cluster 5 (7/7 Stadtte.)			Essen		
	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %
SPD	71,2	67,3	-3,9	62,1	59,0	-3,1	54,2	51,1	-3,1	45,6	42,4	-3,2	36,3	32,6	-3,7	55,2	52,1	-3,1
CDU	21,1	26,5	+5,4	27,6	33,1	+5,5	33,3	38,4	+5,1	38,7	43,4	+4,7	47,6	50,1	+2,5	32,6	37,2	+4,6
F.D.P.	6,2	2,1	-4,1	8,7	3,0	-5,7	11,0	4,9	-6,1	13,3	7,7	-5,6	15,1	10,4	-4,7	10,7	5,1	-5,6
Grüne	-	3,3	-	-	4,4	-	-	5,2	-	-	6,1	-	-	6,7	-	1,0	5,1	+4,1

20

Tab. 3b: Die Wahlergebnisse 1980 und 1983 in den fünf Sozialraumtypen

	Cluster I (10 Stadtteile)			Cluster II (10 Stadtteile)			Cluster III (10 Stadtteile)			Cluster IV (11 Stadtteile)			Cluster V (9 Stadtteile)			Essen		
	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %	1980 %	1983 %	Diff. %
SPD	66,0	63,1	-2,9	62,6	58,7	-3,9	55,1	52,9	-3,1	46,6	43,8	-2,8	44,2	41,6	-2,6	55,2	52,1	-3,1
CDU	25,2	29,9	+4,7	27,8	33,9	+6,1	33,3	38,2	+4,9	38,1	42,1	+4,0	39,2	42,6	+3,4	32,6	37,2	+4,6
F.D.P.	7,4	2,6	-4,8	8,3	2,8	-5,5	10,0	4,2	-5,8	13,7	7,7	-6,0	14,6	8,5	-6,1	10,7	5,1	-5,6
Grüne	0,8	3,9	+3,1	0,8	3,9	+3,1	1,1	5,1	+4,0	1,2	6,1	+4,9	1,4	6,6	+5,2	1,0	5,1	+4,1

IV. a Wahlverhalten und Bevölkerungsstruktur der Wohngebiete

1) Vorbemerkung

In diesem Abschnitt soll überprüft werden, welche Zusammenhänge es zwischen der Struktur der Wohngebiete und dem Wahlverhalten ihrer Bewohner gibt. Dazu werden die Ergebnisse der Bundestagswahl 1983 herangezogen. Da die räumlichen Unterschiede in der Parteienpräferenz 1980 bis auf die Grünen, die 1980 erst 1,06 % der Stimmen auf sich vereinigen konnten, weitgehend mit denen von 1983 übereinstimmten, genügt es, die angesprochenen Zusammenhänge für eine der beiden Wahlen zu überprüfen.

Wie die Ausführungen im vorhergehenden Kapitel bereits zeigten, wird die "politische Landschaft" in Essen im großen und ganzen durch eine bipolare Struktur gekennzeichnet. Die Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen der 4 Parteien sind zur besseren Übersicht nochmals in Tabelle 4 zusammengestellt. Auf der einen Seite steht als einzige Partei die SPD, die seit langem in Essen über eine absolute Mehrheit verfügt, auf der anderen Seite befinden sich die drei übrigen Parteien, die recht hohe Korrelationen miteinander aufweisen. Offenbar handelt es sich bei dieser Bipolarität weniger um einen Gegensatz von politischen Einstellungen im

Tab. 4: Korrelationen zwischen den Stimmenanteilen der 4 Parteien

	CDU	F.D.P.	Grüne
SPD	-0,971	-0,878	-0,851
CDU		0,748	0,755
F.D.P.			0,801

Sinne von "links" und "rechts" als um eine an der sozialen Herkunft der Wähler und der Sozialstruktur der Wohngebiete orientierte Differenzierung von Arbeiter- und "bürgerlichen" Parteien, wobei zu letzteren auch die Grünen zählen. Dadurch

unterscheidet sich die Ruhrgebietsstadt Essen von einer Stadt wie Berlin, wo die Alternative Liste eine weitgehende Unabhängigkeit in der räumlichen Verteilung gegenüber den anderen Parteien aufweist (MÜLLER 1979).

Trotz der engen räumlichen Verknüpfungen zwischen den bürgerlichen Parteien gibt es auch Unterschiede, denn die CDU-Anteile korrelieren mit denen der F.D.P. und Grünen "nur" mit 0,748 bzw. 0,755, während F.D.P. und Grüne einen etwas höheren Zusammenhang aufweisen. Im weiteren soll daher nicht versucht werden, wie es MÜLLER und NISSEL (1983) unternommen haben, die Parteienpräferenzen durch eine Faktorenanalyse allein auf die hauptsächlichsten Unterschiede zu verdichten. Um auch feinere Differenzierungen im Wählerverhalten zu berücksichtigen, sollen für alle 4 Parteien die Zusammenhänge mit Merkmalen der Wohngebiete überprüft werden.

2) Korrelationsberechnungen

Zahlreiche empirische Untersuchungen (vgl. ROKKAN und SVÅSAND 1978, HEBERLE 1978, TAYLOR und JOHNSTON 1979) haben enge Zusammenhänge zwischen Wahlentscheidungen und individuellen Merkmalen bzw. Variablen räumlicher Aggregate aufgezeigt. Dabei sind immer wieder Differenzen zwischen individuellen Korrelationen und solchen auf der Basis von Aggregaten, sogenannten "ökologischen Korrelationen", bemerkt worden. Der ökologische Fehlschluß, der von räumlichen Zusammenhängen auf entsprechende Verknüpfungen zwischen individuellen Merkmalen verweist, ist deshalb gerade in der Wahlgeographie vielfach diskutiert worden. Auch in unserer Untersuchung kann nachgewiesen werden, daß Regelmäßigkeiten auf individueller Ebene sich deutlich von denen auf der Ebene von statistischen Bezirken unterscheiden und daß letztere von der Abgrenzung des Untersuchungsraumes (Essen oder Teile der Stadt) abhängen.

Von denjenigen Merkmalsdimensionen, deren Einfluß auf die Wahlentscheidung auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen wurde, muß an erster Stelle die Sozialstruktur, an zweiter

Stelle die Konfession genannt werden. Je höher der Sozialstatus eines Viertels ist, umso mehr dominieren die bürgerlichen Parteien. Dieser allgemeine Zusammenhang wird für Essen anhand folgender Indikatoren deutlich bestätigt: Anteil der Gymnasiasten, Anteil der Höheren Schüler, Sozialstrukturindex und Wohnfläche pro Person. Während die Stimmenanteile der SPD mit steigendem Sozialstrukturindex zurückgehen ($r = -0,770$), nehmen die Anteile der übrigen Parteien zu (vgl. Karte 12 u. 4a - 7). Dabei sind die Korrelationen mit der F.D.P. (0,799) und den Grünen (0,797) deutlicher als die mit der CDU (0,663). Im Gegensatz zur großen Volkspartei CDU ist das Wählerreservoir der beiden kleinen Parteien stark auf die statushohen Wohngebiete beschränkt, am meisten bei der F.D.P., die die höchste Korrelation zu allen Variablen der Sozialstruktur aufweist.

Die Entwicklung des Parteiensystems in Deutschland ist immer auch mit konfessionellen Prägungen verknüpft gewesen, die auch heute noch nicht völlig verschwunden sind. So wird die CDU bundesweit mehr von Katholiken als von Protestanten präferiert. Auch in Essen ist eine mittlere Korrelation zwischen Katholikenanteil an der deutschen Bevölkerung und CDU-Anteil von 0,465 festzustellen. Analog dazu korreliert der Protestantenanteil mit dem Stimmenanteil für die SPD ($r = 0,569$). Die beiden anderen Parteien weisen keine signifikanten Korrelationen mit den beiden Konfessionen auf. Berücksichtigt man aber die "Sonstigen", die überwiegend konfessionslos sind oder anderen Religionen angehören, und die im Durchschnitt der Stadtteile immerhin 10 % der deutschen Bevölkerung ausmachen, so ergeben sich für alle Parteien, besonders für die kleinen, signifikante Zusammenhänge (vgl. Karte 3c und 6a u. 7). Die Grünen und die F.D.P. haben beide dort ihre Hochburgen, wo die Sonstigen überdurchschnittlich vertreten sind (Korrelationen von 0,723 bzw. 0,693). Auf den ersten Blick überraschend ist es, daß auch zwischen CDU und Sonstigen eine mittelgroße positive Korrelation von 0,409 besteht. Diese ökologische Korrelation spiegelt nicht Verhalten auf der individuellen Ebene wider, etwa derart, daß Konfessionslose in besonderem Ausmaß CDU wählen, son-

dern beruht auf der spezifischen Struktur der Wohngebiete, in denen sowohl CDU-Anteile als auch die Anteile der Sonstigen hoch sind. Es handelt sich hier vor allem um Gebiete mit höherem Sozialstatus, was durch die Korrelation von 0,798 zwischen Sozialstrukturindex und Anteil der Sonstigen dokumentiert wird.

Als weitere Merkmalsdimension, von der Zusammenhänge mit dem Wahlverhalten vermutet werden konnten, wurde die Altersstruktur der Wohngebiete herangezogen. Bekanntlich stützen sich die Grünen ganz wesentlich auf jüngere Altersgruppen, so daß bei dieser Partei eine ausgesprochene Altersabhängigkeit zu konstatieren ist. Unterdurchschnittliche Stimmenanteile bei den jüngeren Wählern sind für konservative Parteien zu erwarten. Diese bundesweit zu beobachtenden Trends treffen auf individueller Basis auch für Essen zu, wie Tabelle 5 zeigt,

Tab. 5: Stimmenanteile nach Altersgruppen - Bundestagswahl 1983, Zweitstimmen
(Repräsentative Wahlstatistik, Amt f. Stat. u. Wahlen Essen, April 1983)

	SPD	CDU	F.D.P.	Grüne	Sonstige
18 - 24 J.	53,8	28,9	3,9	11,1	2,3
25 - 34 J.	56,0	29,2	3,8	9,5	1,5
35 - 44 J.	47,8	40,1	6,2	4,3	1,5
45 - 59 J.	56,0	36,6	4,7	2,4	0,3
60 u.m. J.	55,2	40,3	3,3	1,2	0,1
zusammen	54,1	36,0	4,3	4,7	0,9
tatsächlich	52,1	37,2	5,1	5,1	0,5

in der die Wahlergebnisse der Bundestagswahl 1983 aufgrund der Stichprobe der repräsentativen Wahlstatistik aufgeschlüsselt wurden.

Die Werte weisen daneben auf ein besonderes Wahlverhalten der 35-44-jährigen hin. In dieser Altersgruppe wird überdurchschnittlich oft CDU und F.D.P. gewählt und besonders wenig die SPD. Möglicherweise sind es bei dieser durch be-

ruflische und familiäre Konsolidierung gekennzeichneten Gruppe die sozialen Aufsteiger, die diese Trendumkehr im Vergleich zu den Jüngeren verursachen. Für diese These spricht die räumliche Verteilung der 35-44-jährigen in Essen (vgl. Karte 14) mit Schwerpunkten im statushohen Süden aber auch im Osten, während unterdurchschnittliche Anteile neben der Innenstadt auch statusniedrige Gebiete an der nördlichen Peripherie kennzeichnen.

Sieht man sich die Korrelationen der Altersgruppen mit den Parteienanteilen an, so fällt auf, daß mittelgroße aber signifikante Werte vorherrschen. Diese haben aber z.T. gerade das umgekehrte Vorzeichen, als erwartet wurde. So besagt die Korrelation von $-0,653$ zwischen Grünen und 18-24-jährigen, daß die Grünen dort wenig gewählt wurden, wo die Jugendlichen stark vertreten sind. Andererseits steigt der Stimmenanteil für die Grünen, wenn der Anteil der älteren Bürger wächst, die ja nicht zum Wählerpotential dieser Partei gehören. Dies sind Beispiele für ökologische Korrelationen, die das umgekehrte Vorzeichen gegenüber den entsprechenden individuellen Korrelationen besitzen. Die überraschenden Zusammenhänge können dadurch zustande kommen, daß es in Essen im Gegensatz zu anderen Großstädten, wo Sozialstatus und Familienstatus unabhängige Dimensionen der räumlichen Stadtstruktur sind, Verknüpfungen zwischen der Alters- und der Sozialstruktur gibt. So sind Gebiete mit hohen Anteilen von 18-24-jährigen eher durch einen niedrigen Sozialstatus gekennzeichnet ($r = -0,612$), also auch durch unterdurchschnittliche Anteile der Grünen (s. Karte 13). Dagegen befinden sich die Wohngebiete mit überdurchschnittlich viel älterer Bevölkerung (s. Karte 15) mehr im statushohen Süden ($r = 0,516$). Die Zusammenhänge zwischen Altersstruktur und Parteienpräferenzen werden daher durch den "Störfaktor" Sozialstatus überformt.

Um zu besser interpretierbaren Ergebnissen zu kommen, wurden partielle Korrelationen zwischen den Merkmalen der Altersstruktur und des Wahlverhaltens berechnet, wobei der Einfluß des Merkmals Sozialstrukturindex kontrolliert und damit ausgeschaltet wurde (Tab. 6).

Tab. 6: Partielle Korrelationskoeffizienten zwischen Wahlverhalten und Altersstruktur unter Kontrolle des Sozialstrukturindex

	Anteile an Zweitstimmen für			
	SPD	CDU	F.D.P.	Grüne
Anteil d. 18-24jähr.	0,325	-0,188	-0,555	-0,324
Anteil d. 25-34jähr.	0,438	-0,253	-0,764	-0,440
Anteil d. 35-44jähr.	-0,592	0,573	0,429	0,294
Anteil d. 45-59jähr.	0,491	-0,501	-0,189	-0,440
Anteil d. \geq 60jähr.	0,213	-0,246	-0,064	0,003

Die bereinigten partiellen Korrelationskoeffizienten zeigen die besondere Bedeutung der Altersgruppe 35-44 Jahre für das Wahlverhalten. Gebiete, in denen diese Altersgruppe dominiert, also vor allem periphere Neubauviertel, zeichnen sich durch relativ hohe Anteile von CDU und F.D.P. und geringe Anteile der SPD aus. Hier spiegelt der ökologische Zusammenhang denjenigen auf individueller Ebene wider. Ähnliches gilt für die negative Korrelation zwischen den beiden jüngeren Altersklassen und den F.D.P.-Anteilen. Bei den Grünen ist zwar der Zusammenhang mit den über 60-jährigen verschwunden, bestehen bleibt aber eine schwache Tendenz, daß diese Partei eher dort überdurchschnittlich gewählt wird, wo die sie unterstützenden jüngeren Altersgruppen nur unterdurchschnittlich vertreten sind. Diese Ergebnisse dürften in Städten, in denen es deutliche innerstädtische Konzentrationen von zugezogenen Studenten, die nicht im elterlichen Haushalt wohnen, und von alleinstehenden jüngeren Erwerbstätigen gibt, sicher anders aussehen.

Neben den bisher genannten Merkmalen wird die Stadtstruktur im Rahmen von sozialökologischen Analysen häufig auch durch die Dimensionen ethnischer Status und Mobilität gekennzeichnet (vgl. O'LOUGHLIN und GLEBE 1980). In der Wiener Untersuchung von MÜLLER und NISSEL (1983) ergab sich für den Ausländeranteil kein Zusammenhang mit den Parteipräferenzen, mit dem Mobilitätsverhalten dagegen ein schwacher Zusammen-

hang, insofern als auf die bürgerlichen Parteien in wenig mobilen Gebieten höhere Stimmenanteile entfielen. Für Essen liegen zwei Indikatoren der Mobilität von Stadtteilen vor, der Anteil der "stabilen" Einwohner, die seit mehr als fünf Jahren nicht ihre Wohnung gewechselt haben, und der Anteil der intraregionalen Wanderer, die in diesem Zeitraum zwei- oder mehrfach in Essen umgezogen sind (s. Karten 16 u. 17). Für den Anteil der stabilen Bevölkerung ergaben sich keine signifikanten Korrelationen mit dem Wahlverhalten, wohl aber für die Anteile der intraregionalen Umzügler. Je höher deren Anteil war, desto eher wurde SPD gewählt und desto weniger die übrigen Parteien. Die entsprechenden Korrelationen betragen 0,525 für die SPD, -0,484 für die CDU, -0,568 für die F.D.P. und -0,399 für die Grünen. Als Wohngebiete mit überdurchschnittlicher intraregionaler Mobilität sind neben den innerstädtischen Vierteln vor allem Neubaugebiete und andere periphere Stadtteile im Norden zu nennen. Im Gegensatz zu vielen südlichen Stadtteilen wird hier die Mobilität durch kurzdistanzielle Umzüge geprägt. Letzlich spiegeln sich hierin auch die Unterschiede in der Sozialstruktur, denn allgemein wächst der Anteil der langdistanziellen interregionalen Wanderungen mit dem Sozialstatus.

Auch die Zusammenhänge zwischen Parteipräferenzen und Ausländeranteil sind im wesentlichen auf die Sozialstruktur der Viertel zurückzuführen, denn die Ausländer konzentrieren sich in der Innenstadt und in den Arbeiterquartieren des Nordens. Die signifikanten Korrelationen mit dem Ausländeranteil verschwinden daher, wenn der Einfluß der Sozialstruktur kontrolliert wird.

3) Regressionsanalysen

Die Analyse der Korrelationen zwischen Wahlverhalten und Merkmalen der Bevölkerungsstruktur hat gezeigt, daß es oft schwer war, die Einflüsse der einzelnen Bevölkerungsmerkmale voneinander zu trennen, weil diese selber vielfach verknüpft sind. Um zu einer Zusammenschau der verschiedenen

Einflußgrößen zu kommen, wurde die multiple Regression benutzt, wobei als abhängige, zu erklärende Variablen die 4 Parteienanteile bei der Bundestagswahl 1983 fungierten. Als unabhängige Variable wurden Merkmale ausgewählt, von denen Wirkungen auf das Wahlverhalten vermutet wurden bzw. aufgrund der geschilderten Korrelationsberechnungen erwartet werden konnten. Gleichzeitig sollten die unabhängigen Variablen nicht zu eng miteinander korrelieren, um Multikollinearität zu vermeiden, die zu schwer interpretierbaren Regressionskoeffizienten führt. Die ausgewählten Determinanten sind der Sozialstrukturindex, die Konfessionsmerkmale und Merkmale der Altersstruktur. Die Ergebnisse der endgültigen Regressionen mit signifikanten Koeffizienten sind in Tabelle 7 zusammengestellt.

Die statistische Erklärungskraft der Regressionsmodelle reicht von einem Anteil von 78 % erklärter Varianz für die beiden kleinen Parteien bis zu Werten von fast 90 % für CDU und SPD. Diese relativ hohen Werte zeigen, wie eng das Wahlverhalten in einem Stadtviertel durch dessen Bevölkerungsstruktur geprägt wird. Um die Bedeutung der einzelnen Determinanten für die Parteienpräferenzen zu erkennen, müssen die partiellen standardisierten Regressionskoeffizienten oder Beta-Werte zu Rate gezogen werden. Sie sind ähnlich wie Korrelationen zu interpretieren. Im Gegensatz zu einfachen Korrelationen ist aber der Einfluß der jeweils übrigen unabhängigen Variablen kontrolliert.

Für die beiden großen Parteien zeigen die Regressionskoeffizienten fast spiegelbildliche Tendenzen. Bemerkenswerterweise besitzt die Altersgruppe 35-44 Jahre das stärkste Gewicht in der statistischen Analyse. In Gebieten mit hohen Anteilen dieser konsolidierten Lebenszyklusphase wird überproportional CDU und unterdurchschnittlich SPD gewählt. Die übrigen Determinanten des SPD-Anteils, der Sozialstrukturindex, der Anteil der Protestanten und derjenige der über 60-jährigen, haben fast gleiches Gewicht. Bei der CDU ist der Katholikenanteil von größerer Bedeutung als die Sozialstruktur oder der Altenanteil eines Viertels. Diese Ergebnisse

Tab. 7: Ergebnisse der Regressionsanalysen Parteienpräferenz 1983

abhängige Variable	unabhängige Variable	Beta-Wert	Überschreit. Wahrsch. p*)	Bestimmtheitsmaß r ²
SPD-Anteil	Sozialstrukturindex	-0,293	0,002	
	Protestantenanteil	0,338	0,000	
	Anteil 35-44 jährige	-0,540	0,000	
	Anteil der \geq 60jähr.	-0,356	0,000	0,885
CDU-Anteil	Sozialstrukturindex	0,306	0,002	
	Katholikenant.	0,484	0,000	
	Anteil 35-44 jährige	0,559	0,000	
	Anteil der \geq 60jähr.	0,360	0,000	0,873
F.D.P.-Anteil	Sozialstrukturindex	0,487	0,000	
	Anteil 18-24 jährige	-0,362	0,000	
	Anteil 35-44 jährige	0,205	0,007	0,782
Grünen-Anteil	Sozialstrukturindex	0,337	0,006	
	Katholikenant.	0,325	0,001	
	Anteil Konfessionslose	0,567	0,000	
	Anteil 45-59 jährige	-0,163	0,029	0,779

*) Überschreitungswahrscheinlichkeit der Nullhypothese
Beta = 0

sind besonders deshalb überraschend, weil der überragende Einfluß der Sozialstruktur, der sich aufgrund der Korrelationsanalysen ergab, stark relativiert wird. Nun mag es sein, daß der gewählte Index der Sozialstruktur mit Mängeln behaftet ist und durch Einbeziehung von Merkmalen wie berufliche Stellung der Bewohner und Anteil der Eigentümerwohnungen verbessert werden kann. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß das Wahlverhalten der Bewohner eines Stadtviertels nicht nur von ihrem Sozialstatus, sondern auch von einer Reihe anderer Merkmale auch aus dem demographischen und kulturellen Bereich abhängt, die alle zusammen erst das "Sozialklima" dieses Gebietes bestimmen.

Im Gegensatz zu den großen Parteien ist für die F.D.P. die Sozialstruktur im engeren Sinn entscheidend. In der statistischen Bedeutung folgen die beiden Merkmale der Altersstruktur. Mit steigendem Anteil der 35-44-jährigen erhöht sich die F.D.P.-Präferenz, während sie in Gebieten mit vielen Jugendlichen sinkt.

Der bedeutsamste Indikator für die Stimmenanteile der Grünen ist der Prozentsatz der "sonstigen Konfessionen" bzw. der Konfessionslosen (s. Karten 3c u. 7). Daneben wirkt sich auch der Katholikenanteil eines Gebietes positiv für die Grünen aus. So sind im Essener Norden die protestantischen Arbeiterquartiere mit hohen SPD-Anteilen besonders "resistent" gegenüber den Grünen, während diese in den katholischen Gebieten etwas höhere Werte aufweisen. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, daß auch in Essen für die Wahlentscheidung zugunsten der Grünen sozio-kulturelle Faktoren von größerem Gewicht sind als sozio-ökonomische Einflußgrößen.

Die Residuenkarten der 4 Regressionsanalysen zeigen trotz einzelner kleiner Konzentrationen ähnlicher Werte keine deutlichen räumlichen Muster, die auf unberücksichtigte systematische Einflußfaktoren schließen ließen. Einige Stadtteile sind mehrfach durch hohe Residuen gekennzeichnet, so Stoppenberg und Freisenbruch mit höheren Anteilen der bürgerlichen Parteien und niedrigeren SPD-Anteilen als erwartet. Auch in Rellinghausen mit seinem alten Ortskern konnten CDU

und F.D.P. mehr Stimmen auf sich vereinigen als aufgrund der Bevölkerungsstruktur vorausgesagt. Umgekehrt sind die SPD-Anteile höher als erwartet in Dellwig, Bergeborbeck und Schönebeck im Nordwesten sowie in Werden, und entsprechend niedriger die Werte für die CDU.

Für die Bundestagswahl 1980 wurden Regressionen in derselben Weise wie für 1983 durchgeführt. Als unabhängige Variable wurden wieder der Sozialstrukturindex und Merkmale der Konfession und der Altersstruktur in Betracht gezogen. Die Ergebnisse von 1980 unterscheiden sich bis auf die Grünen zwar nicht im Anteil erklärter Varianz der Parteipräferenzen, wohl aber im relativen Gewicht einzelner Variablen.

Am bedeutendsten sind Verschiebungen bei den Altersstrukturvariablen. Die Altersgruppe 35-44 Jahre, die in den Regressionsanalysen von 1983 eine so große Rolle spielte, ist in keinem Modell mehr enthalten, stattdessen aber die 18-24-jährigen mit positiven Korrelationen zur SPD und negativen zur CDU. Darüber hinaus weisen die 45-59-jährigen signifikante, jedoch relativ schwache Betawerte mit der SPD (positiv) sowie mit F.D.P. und Grünen (beide negativ) auf. Diese ökologischen Zusammenhänge spiegeln individuelles Verhalten wider, denn die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik von 1980 lassen kaum mehr Besonderheiten der 35-44-jährigen erkennen. Am ehesten fällt noch ihre unterdurchschnittliche Präferenz für die SPD auf, während die F.D.P. 1980 noch relativ mehr von den 25-34-jährigen als von den 35-44-jährigen gewählt wurde.

In den Regressionen machen sich die genannten Verschiebungen derart bemerkbar, daß der Sozialstrukturindex bei sämtlichen Parteien an erster Stelle steht. Für die SPD ergibt sich z. B. ein Betawert von $-0,572$ für diesen Index, gefolgt von den Koeffizienten $0,309$ für den Anteil evangelischer Bevölkerung, $0,226$ für den Anteil der 18-24-jährigen und $0,157$ für den Anteil der 45-59-jährigen. Insgesamt ist für 1980 die Sozialstruktur eines Viertels von größter Bedeutung für das Wahlverhalten seiner Bewohner, wie es auch von den Korrelationen für 1980 und 1983 zu erwarten war, während 1983 alters-

spezifische Präferenzänderungen zu einem hohen statistischen Gewicht der Altersstruktur geführt haben. Es bleibt abzuwarten, ob dieses Gewicht von Altersgruppen bei der Varianzaufklärung nur 1983 galt oder auch bei weiteren Wahlen anzutreffen ist.

IV. b Wahlverhalten und Sozialraumtypen

1) Abgrenzung von Sozialraumtypen

In den bisher geschilderten Arbeitsschritten wurden Zusammenhänge zwischen Wahlverhalten und Bevölkerungsstruktur auf der Untersuchungsebene der gesamten Stadt Essen analysiert. In diesem Abschnitt soll die Frage behandelt werden, ob solche Zusammenhänge auch in Teilräumen der Stadt gültig sind oder ob das Wahlverhalten in verschiedenen städtischen Wohngebieten von unterschiedlichen Einflußgrößen gesteuert wird, also kontextabhängig ist. Die Regressionsanalysen haben ja gezeigt, daß die Parteienpräferenzen keineswegs nur von der Sozialstruktur im engeren Sinn abhängen, sondern daß ein komplexes Geflecht von sozio-demographischen und sozio-kulturellen Merkmalen zu berücksichtigen ist. Daher ist es möglich, daß je nach spezifischem Kontext einzelne Merkmale ein besonderes Gewicht erhalten.

Um zu einer sinnvollen Abgrenzung von Teilräumen der Stadt zu gelangen, wurden Gebietstypen bestimmt, die relativ homogen hinsichtlich der sozialen und demographischen Struktur sein sollten. Folgende Variable wurden zur Definition der Typen herangezogen:

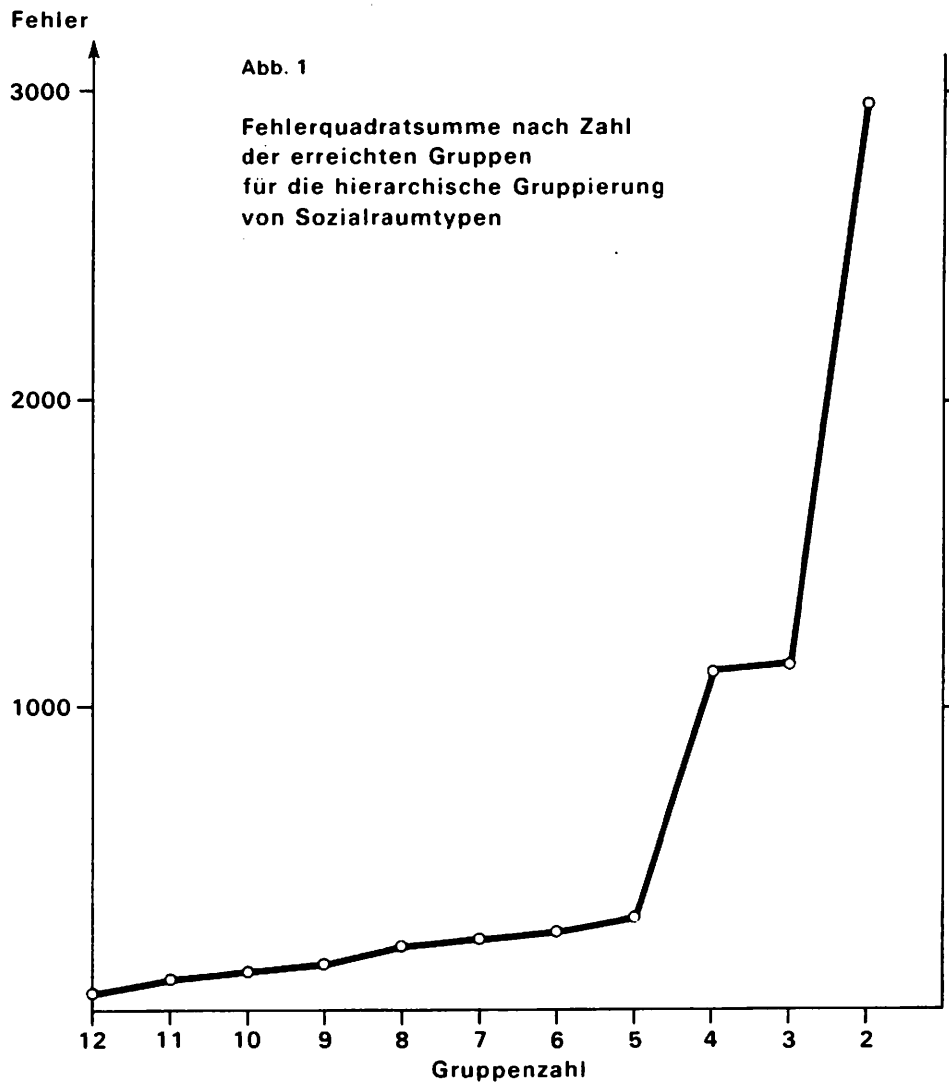
- 1) Sozialstrukturindex
- 2) Anteil der katholischen Bevölkerung an der deutschen Wohnbevölkerung
- 3) Anteil der weiblichen Bevölkerung an der deutschen Wohnbevölkerung über 18 Jahren
- 4) Anteil der 18-24-jährigen an der deutschen Wohnbevölkerung über 18 Jahren

- 5) Anteil der seit 1979 zweimal oder öfter Umgezogenen an der deutschen Bevölkerung über 18 Jahren
- 6) Anteil der deutschen Bevölkerung über 18 Jahren mit Wohndauer ≥ 6 Jahre

Die Indikatoren 1 und 2 erfassen die soziale bzw. konfessionelle Struktur der Bevölkerung. Variable 3 und 4 sind Indikatoren der demographischen Struktur, wobei der Anteil der weiblichen Bevölkerung hoch mit dem der über 60-jährigen korreliert. Die beiden übrigen Variablen kennzeichnen die Mobilität in den Wohngebieten. Die Korrelationen zwischen diesen Merkmalen liegen meistens nach dem absoluten Wert unter 0,2. Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen Sozialstrukturindex und dem Anteil der Jugendlichen mit -0,60.

Auf der Basis der 6 Variablen, die sämtlich standardisiert wurden, sollten die Gebietstypen mit Hilfe einer Clusteranalyse abgegrenzt werden. Zunächst wurde eine hierarchische Clusteranalyse nach dem Verfahren von WARD, das erfahrungsgemäß zu relativ gleich besetzten Gruppen führt, vorgenommen. Eine Inspektion des Fehlerkriteriums zeigte, daß die Fehlerquadratsumme nach der Aufteilung in 5 Cluster steil ansteigt (vgl. Abb. 1). Daher wurde die 5-Gruppen-Lösung gewählt, die noch durch die Ergebnisse einer nicht-hierarchischen Clusteranalyse, die auf dem Unähnlichkeitsmaß der Fehlerquadratsumme basierte, modifiziert wurde.

Die auf diese Weise ermittelten 5 Sozialraumtypen bilden deutliche räumliche Konzentrationen und fügen sich teilweise zu zusammenhängenden Regionen (Karte 18), wobei der für Essen so charakteristische Nord-Süd-Gegensatz zum Vorschein kommt. Wie aus Varianzberechnungen hervorgeht, ist es für alle Typen der Sozialstrukturindex, der am besten zwischen den Gruppen trennt. Daher erfolgt die Anordnung der Cluster vom niedrigsten bis zum höchsten Sozialstatus. Relativ gut trennen weiter der Katholikenanteil und der Anteil der weiblichen Bevölkerung, während die Mobilitätsvariablen nur geringen Einfluß auf die Gruppenbildung ausüben (vgl. die Mittelwerte der Variablen in Tab. 8).



Der Typ 1 ist gekennzeichnet durch niedrigen Sozialstatus, unterdurchschnittlichen Katholikenanteil, eine relativ junge Bevölkerung und leicht überdurchschnittliche Werte der intraregionalen Mobilität. Die zugehörigen Stadtteile bilden ein fast geschlossenes Gebiet im durch den ehemaligen Kohleabbau geprägten Essener Norden. Mobilität und demographische Struktur sind in Typ II ähnlich wie in Typ I, während ersterer sich von letzterem durch höheren Sozialstatus und einen deutlich überdurchschnittlichen Katholikenanteil abhebt. Die zum Typ II gehörenden Stadtteile konzentrieren sich im Nordwesten des Untersuchungsgebietes. Typ III ist ein Durchschnittstyp, der zwischen den statushohen und statusniedrigen Gebie-

Tab. 8: Mittelwerte der für die Clusteranalyse benutzten Variablen für die Sozialraumtypen

Variable	Sozialraumtyp				
	I	II	III	IV	V
Sozialstrukturindex	25,9	48,8	74,4	105,8	130,0
Anteil Katholiken	47,5	54,6	51,7	50,2	46,0
Anteil weibl. Bev.	52,5	52,8	53,3	54,0	54,7
Anteil 18-24jähr.	11,4	11,4	10,8	10,4	9,7
Anteil Umzügler	9,0	9,1	8,7	7,5	8,2
Anteil stabiler Bev.	68,7	68,4	67,4	68,6	67,5
N	10	10	10	11	9

ten vermittelt und bei relativ hohem Katholikenanteil gemeinsam mit dem Typ V den niedrigsten Prozentsatz stabiler Bevölkerung aufweist. Auf den Südteil der Stadt konzentriert sind die beiden Typen IV und V mit steigendem Sozialprestige, sinkendem Anteil der katholischen Bevölkerung und wachsendem Frauenanteil, also wachsender Bedeutung der älteren Bevölkerung.

2) Korrelationsberechnungen

Getrennt für die 5 Sozialraumtypen wurden Korrelationsberechnungen zwischen den Merkmalen des Wahlverhaltens und unabhängigen Variablen durchgeführt. Zur Berücksichtigung von kleinräumigen Unterschieden der Wohnviertel wäre es wünschenswert gewesen, die Korrelationen auf der Basis von kleinräumigen Untersuchungseinheiten, wie sie etwa die Stimmbezirke darstellen, zu ermitteln. Leider standen die unabhängigen Variablen nicht auf dieser Grundlage zur Verfügung, so daß wieder auf die 50 relativ hoch aggregierten Stadtteile zurückgegriffen werden mußte. Dies hat zur Folge, daß die Zahl der Raumeinheiten innerhalb der Sozialraumtypen recht gering ist, so daß die Korrelationen sicherlich leicht durch Zufallseinflüsse geprägt sein können. Bei den folgenden Auswertungen

werden in der Regel nur die auf dem 5%-Niveau signifikanten Koeffizienten berücksichtigt.

Insgesamt 43 unabhängige Merkmale wurden mit den Stimmanteilen der 4 untersuchten Parteien bei den Bundestagswahlen 1980 und 1983 korreliert. Die Darstellung der Ergebnisse beschränkt sich im wesentlichen auf 1983. Zunächst fällt auf, daß trotz der jeweils vergleichbaren Zahl von Raumeinheiten die Anzahl der signifikanten Korrelationen innerhalb der Sozialraumtypen recht unterschiedlich ausfällt. Die meisten Zusammenhänge weisen die Typen II mit 47 und V mit 42 signifikanten Werten auf, also Gebiete mit gegensätzlicher Sozialstruktur, wobei in II der höchste, in V der geringste Katholikenanteil zu beobachten ist. In den Raumtypen I und IV gibt es 26 bzw. 25 signifikante Korrelationen, während innerhalb des Durchschnittstyps III mit 19 entsprechenden Werten am wenigsten Zusammenhänge mit der Bevölkerungsstruktur der Stadtviertel anzutreffen sind.

Für die gesamte Stadt Essen sind es, wie oben gezeigt, Merkmale des sozialen Status, die die deutlichsten Beziehungen zum Wahlverhalten besitzen. Da die Sozialraumtypen relativ homogen vor allem hinsichtlich der Sozialstruktur sind, kann es nicht verwundern, daß der zur Abgrenzung herangezogene Sozialstrukturindex kaum signifikante Korrelationen mit den Stimmanteilen innerhalb der Typen zeigt. Bis auf Gebiet IV gibt es solche Werte aber für den Anteil der Gymnasiasten. Sie reichen bei der CDU von 0,601 bis 0,927, bei der F.D.P. von 0,667 bis 0,933 und bei der SPD von -0,611 bis -0,962. Auffallend ist, daß entsprechende Zusammenhänge für die Grünen weitgehend fehlen, auch was die übrigen Indikatoren der Sozialstruktur angeht. Die Abhängigkeit vom Sozialstatus eines Viertels ist daher bei den Grünen mehr großräumig, im Gegensatz zu den anderen Parteien aber nicht mehr in kleinräumiger Betrachtung vorhanden. Weiter ist bemerkenswert, daß die Zusammenhänge mit dem Anteil der Realschüler wechselnde Vorzeichen aufweisen. So korreliert im Raumtyp I der SPD-Anteil mit dieser Variablen negativ (-0,635), im Raumtyp IV dagegen positiv (+0,681). Dieses Ergebnis kann so ge-

deutet werden, daß ein und dasselbe Merkmal je nach Kontext Verschiedenartiges aussagt. In den Arbeitervierteln des Nordens ist eine hohe Realschülerquote Anzeichen für einen relativ gehobenen Sozialstatus und damit für geringere Dominanz der SPD, während in Mittelschichtquartieren bei starker Frequentierung von Gymnasien die Realschule eher in Vierteln relativ niedriger Sozialstruktur besucht wird.

Die Zusammenhänge zwischen Konfession und Wahlverhalten variieren in systematischer Weise mit den Sozialraumtypen. Zählt man alle signifikanten Korrelationen zwischen den drei Merkmalen der Konfession und den 4 Parteien im Jahre 1983, so sinkt deren Anzahl von 8 im Typ I und 7 im Typ II auf jeweils 4 in den Gebieten III und IV und 0 im Typ V. In den nördlichen Gebieten I und II sind deutliche Korrelationen mit allen Parteien zu konstatieren, derart daß in protestantischen Wohnvierteln vermehrt die SPD und weniger die übrigen Parteien gewählt werden, während es in III und IV nur noch signifikante Beziehungen der beiden großen Parteien gibt. In den Gebieten mit niedrigerem Sozialstatus wirken sich offensichtlich die konfessionellen Bindungen stärker aus, wobei auch der Anteil der Konfessionslosen und Sonstigen zu berücksichtigen ist, der in den Raumtypen IV und V mit 12 % - 15 % die höchsten Werte erreicht, ohne daß hier signifikante Korrelationen auftreten. Solche finden sich aber ebenfalls im Typ I mit $-0,789$ für die SPD und positiven Werten für die anderen Parteien ($0,758$ bis $0,830$ zu den Wählern der Grünen).

Die Altersstruktur weist innerhalb der Raumtypen in sehr unterschiedlicher Art und Weise Beziehungen zu den Stimmanteilen der Parteien auf, wobei hier nicht selten ökologische Korrelationen auftauchen, die weder in Richtung noch im Ausmaß individuellen Abhängigkeiten entsprechen. Die größte Zahl signifikanter Korrelationen gibt es im statushöchsten Gebiet V. Dort wird in Vierteln mit hohen Anteilen der 35-44-jährigen und der unter 18-jährigen, also von konsolidierten Familien mit Kindern, vermehrt CDU (Korrelationen von $+0,871$ bzw. $+0,842$) und F.D.P. ($+0,709$ bzw. $+0,795$) und wenig

SPD (-0,778 bzw. -0,845) gewählt. Umgekehrte Tendenzen gelten für Wohnviertel mit überdurchschnittlichem Anteil jüngerer Erwachsener (18-24-jährige und 25-34-jährige).

In den Raumtypen IV und III gibt es, abgesehen von negativen Beziehungen zwischen dem Anteil der 18-24-jährigen und z.T. der 25-34-jährigen mit der F.D.P., fast keine signifikanten Korrelationen. Dagegen fällt in den Arbeiterwohngebieten I und II wieder die Altersgruppe 35-44 Jahre durch ähnliche Werte wie im Süden auf, sodann die Altersgruppe 45-59 Jahre, in deren Wohnvierteln überdurchschnittlich viel SPD zuungunsten aller übrigen Parteien gewählt wird. Für die Grünen sind in allen Gebieten einige ökologische Korrelationen (positive Werte mit den älteren Menschen, negative mit den 18-24-jährigen) zu konstatieren.

Die übrigen Merkmale der Bevölkerungsstruktur weisen nur vereinzelt überzufällige Beziehungen zu den Wahlergebnissen auf. Bei den Variablen des Familienstandes, die für die Wahlbeteiligung eine bedeutsame Rolle spielen, sind nur einige Korrelationen mit dem Anteil der Geschiedenen hervorzuheben, die in den Gebieten mit katholischer Bevölkerungsmehrheit (II und III) auftreten. Dort wird in Vierteln mit überdurchschnittlichem Geschiedenenanteil in besonderem Ausmaß SPD gewählt (Korrelation in II: 0,796) und weniger CDU (-0,806). Die Ausländerquote ist in denjenigen Gebietstypen mit dem Wahlverhalten korreliert, in denen überdurchschnittlich viele Ausländer wohnen, d.h. in den Typen I und II. Bei erhöhtem Ausländeranteil wählt die deutsche Bevölkerung dort vermehrt SPD. Auch das Merkmal der innerstädtischen Mobilität korreliert positiv mit den Stimmenanteilen für die SPD, und zwar in den Räumen II, III und V.

Von größerem Interesse sind einige Korrelationen mit Merkmalen des Alters der Bausubstanz, für die es bei den Gesamtwerten für Essen keinerlei signifikante Beziehungen zum Wählerverhalten gab. Erst die Aufgliederung in sozial relativ homogene Raumtypen läßt erkennen, daß - innerhalb der Typen II, IV und V - in den Vierteln mit hohem Anteil von Bauten, die bis 1918 errichtet wurden, die beiden kleinen Parteien

besonders gut abschneiden, auf Kosten vor allem der SPD. So betragen die Korrelationen für die F.D.P. zwischen +0,680 und +0,825, für die Grünen zwischen +0,658 und +0,820 und für die SPD zwischen -0,808 und -0,643. Bei den betreffenden Vierteln handelt es sich vielfach um alte Ortskerne, in denen vermutlich auf der einen Seite altansässige Handwerker und Kaufleute der F.D.P. ihre Stimme geben, auf der anderen Seite junge Alleinstehende, angezogen durch das Angebot an preisgünstigen Altbaumietwohnungen, den Grünen zuneigen. Auch mit dem Anteil der Neubauten von 1978-82 gibt es einige signifikante Korrelationen in den Raumtypen II und IV, in denen es Stadtteile mit beachtlicher Neubautätigkeit im genannten Zeitraum gibt. In beiden Gebieten haben 1983 CDU und F.D.P. mit steigendem Neubauanteil besser abgeschnitten (Korrelationen zwischen 0,632 und 0,769), während der SPD-Anteil zurückging. Möglicherweise sind unter den Zugezogenen relativ viel "soziale Aufsteiger", die eher die bürgerlichen Parteien wählen. Die Zusammenhänge sehen anders aus, wenn unter den Neubauten Sozialwohnungen dominieren. Hier gibt es zwar nur eine signifikante Korrelation (in III), die aber einen positiven Wert zur SPD (0,697) indiziert.

3) Regressionsanalysen

Für abschließende Regressionsanalysen, die den Einfluß mehrerer unabhängiger Faktoren auf das Wahlverhalten simultan berücksichtigen, wurde eine Zusammenfassung der fünf Sozialraumtypen zu zwei Gruppen von Stadtteilen vorgenommen. Wegen zu geringer Zahl von Freiheitsgraden kamen Regressionen innerhalb der Typen nicht in Frage. Die Gruppen, die je 25 Raumeinheiten in sich vereinigen, entstanden durch die Zuordnung der Typen I und II zu Gruppe 1, der Typen IV und V zu Gruppe 2 und der Aufteilung des Typs III (s. Karte 18). Die Gruppen umfassen - mit einer Ausnahme - zusammenhängende Stadtteile, so daß sie auch als Regionen bezeichnet werden können. In erster Annäherung läßt sich sagen, daß Region 1 dem Essener Norden, Region 2 dem Essener Süden entspricht.

Bedingt durch die Abgrenzungsmethode unterscheiden sich die beiden Regionen vor allem aufgrund der Sozialstruktur. Der Sozialstrukturindex weist im Norden einen Durchschnittswert von 42,9, im Süden von 110,1 auf. Die Standardabweichungen sind mit 17,3 bzw. 19,3 recht ähnlich; der Variationskoeffizient als Maß der relativen Streuung ist im Norden mit 40 % wesentlich höher als im Süden mit 17 %. Weitere Unterschiede zwischen den Regionen betreffen die demographische Struktur: Im Norden ist der Anteil der Jugendlichen höher, während im Süden der Anteil der Frauen und der Altenanteil überdurchschnittlich ausgeprägt sind. Geringe Differenzen gibt es hinsichtlich der Konfession und der Mobilitätsvariablen.

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen für die Bundestagswahl 1983 (Vgl. Tab. 9) lassen erkennen, daß bei vielen Ähnlichkeiten zu den Modellen für die Gesamtstadt (Tab. 7) auch Unterschiede zwischen den Regionen bestehen. Für die Stimmenanteile der SPD sind im Süden die Sozialstruktur und besonders die damit verknüpfte Altersstruktur bedeutsam, während im Norden die Konfession an erster Stelle steht und die Sozialstruktur - trotz der hohen absoluten bzw. relativen Streuung - keinen signifikanten Effekt besitzt. Auch bei den CDU-Anteilen ist ein Einfluß der Sozialstruktur innerhalb der Regionen nur im Süden erkennbar. Dagegen liegt bei der F.D.P. der Sozialstrukturindex in beiden Regionen an erster Stelle. Hier fällt der relativ kleine Anteil an erklärter Varianz im Norden auf, der nicht zuletzt auf die bescheidenen Wahlerfolge der F.D.P. im Essener Norden und daraus folgende Zufallsschwankungen zurückgeführt werden kann. Bei den Grünen setzt sich das für die beiden großen Parteien aufgedeckte Muster fort: höheres Gewicht der Sozialstruktur im Süden und stärkere Bedeutung der konfessionellen Variablen im Norden.

Die Ergebnisse der Regressionsmodelle für die Bundestagswahl 1980 (Tab. 9) bestätigen die wesentlichen Tendenzen der geschilderten Resultate von 1983. Die Nord-Süd-Differenzen von Konfession und Sozialstruktur werden sogar noch verstärkt. Zumindest der Unterschied bei den Konfessionsmerk-

Tab. 9: Regressionsanalysen nach Regionen

abhängige Variable	unabhängige Variable	Region I		Region II	
		Beta-Wert	Überschreit. wahrsch. p	Beta-Wert	Überschreit. wahrsch. p
SPD-Anteil 1983	Sozialstrukturindex	-0,043	0,350	-0,376	0,005
	Protestantenanteil	0,599	0,000	0,405	0,001
	Anteil 35-44-jährige	-0,479	0,004	-0,803	0,000
	Anteil \geq 60-jährige	-0,356	0,009	-0,510	0,005
		0,839*)		0,783*)	
CDU-Anteil 1983	Sozialstrukturindex	0,032	0,382	0,424	0,004
	Katholikenanteil	0,611	0,000	0,615	0,000
	Anteil 35-44-jährige	0,537	0,000	0,738	0,000
	Anteil \geq 60-jährige	0,409	0,002	0,382	0,027
		0,856		0,765	
F.D.P.-Anteil 1983	Sozialstrukturindex	0,462	0,007	0,434	0,001
	Anteil 18-24-jährige	-0,264	0,066	-0,421	0,003
	Anteil 35-44-jährige	0,212	0,117	0,294	0,014
		0,402		0,730	
Grünen-Anteil 1983	Sozialstrukturindex	0,021	0,449	0,406	0,043
	Katholikenanteil	0,569	0,002	0,461	0,044
	Ant. Konfessionslose	0,678	0,001	0,556	0,046
	Anteil 45-59-jährige	-0,111	0,242	-0,285	0,050
		0,683		0,517	
SPD-Anteil 1980	Sozialstrukturindex	-0,173	0,068	-0,637	0,000
	Protestantenanteil	0,545	0,000	0,352	0,002
	Anteil 18-24-jährige	0,003	0,939	0,377	0,001
	Anteil 45-59-jährige	0,340	0,017	0,218	0,031
		0,797		0,803	
CDU-Anteil 1980	Sozialstrukturindex	0,211	0,047	0,614	0,000
	Katholikenanteil	0,730	0,000	0,572	0,000
	Anteil 18-24-jährige	-0,155	0,096	0,358	0,007
		0,724		0,650	
F.D.P.-Anteil 1980	Sozialstrukturindex	0,427	0,005	0,493	0,000
	Anteil 18-24-jährige	0,065	0,349	-0,491	0,000
	Anteil 45-59-jährige	-0,523	0,003	-0,278	0,020
		0,564		0,721	

*) Bestimmtheitsmaß r^2

malen kann als Kontexteffekt gedeutet werden. Danach ist in den Arbeitervierteln die konfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung auch heute noch von wesentlichem Einfluß auf das Wahlverhalten, während dieser Effekt in den Vierteln der Mittel- und Oberschicht zurücktritt. Der Einfluß der Konfession wird im Süden durch die feinen Differenzierungen des Sozialprestiges ersetzt, die im Norden ohne Bedeutung sind.

IV. c Veränderungen der Parteipräferenzen

In diesem Abschnitt soll überprüft werden, ob die Veränderungen der Parteipräferenzen, die ja zwischen 1980 und 1983 ein beachtliches Maß erreichten, überall dem allgemeinen Trend entsprechen oder ob es in einzelnen Stadtteilen Abweichungen davon gibt. Trifft letzteres zu, stellt sich die Frage, ob solche Abweichungen durch Veränderungen der Bevölkerungsstruktur zu erklären sind, oder anders gesagt, ob Veränderungen des Wahlverhaltens als Indikatoren für die Dynamik von Stadtvierteln zu deuten sind.

Schon die Karten der Veränderungen in den Parteipräferenzen, auf die oben eingegangen wurde, bestätigen die Vermutung, daß der allgemeine Trend in den Stadtteilen unterschiedlich gebrochen wird. Durch Korrelationsberechnungen können die Abweichungen näher beleuchtet werden. Zunächst einmal zeigt sich am Korrelationskoeffizienten von $-0,444$ zwischen CDU-Anteil 1980 und der Veränderung der CDU, daß diese Partei eher dort einen Stimmenzuwachs erzielen konnte, wo sie 1980 noch relativ schwach vertreten war. Für die F.D.P. waren die Verluste eher in denjenigen Teilen der Stadt groß, wo sie 1980 ihre Hochburgen besaß ($r = -0,364$), was auch darauf zurückzuführen ist, daß sie in den übrigen Gebieten bei niedrigen Ausgangswerten nicht so viele Prozentpunkte verlieren konnte. Es gab auch klare Ausnahmen, so in Bredeney und Schuir, wo die F.D.P. trotz hoher Ausgangswerte kaum Verluste zu beklagen hatte. Ganz anders war die Situation bei den Grünen, die ihre Hochburgen ausbauen konnten ($r = 0,713$).

Die Veränderungen der SPD waren nicht linear mit den Ausgangswerten verknüpft.

Auf dem Hintergrund dieser Angaben wird verständlich, daß die CDU vor allem in denjenigen Gebieten gewinnen konnte, die einen niedrigen Sozialstatus besitzen ($r = -0,532$ mit Sozialstrukturindex, $-0,637$ mit Anteil der Gymnasiasten, $-0,650$ mit der Wohnfläche pro Person). Darüber hinaus konnten in katholischen Wohngebieten ($r = 0,325$) und in Vierteln mit relativ hoher Kinderzahl ($r = 0,393$) Gewinne erzielt werden. Geringer Zuwachs, d.h. Stabilität in der CDU-Präferenz, ist für Wohngebiete älterer Menschen ($-0,507$) und von Einpersonenhaushalten ($-0,403$) charakteristisch. Diese Gebiete erweisen sich auch daher als stabil, weil hier die SPD relativ gut abschneiden konnte, d.h. keine hohen Verluste hatte ($r = 0,354$ mit den ≥ 60 -jährigen, $0,403$ mit Einpersonenhaushalten). Gleiches trifft zu auf Wohnviertel geschiedener Personen ($r = 0,400$) und von Ausländern ($0,275$), während die SPD in katholischen Gebieten stärkere Einbrüche zu verzeichnen hat ($-0,445$). Zwar sind alle angegebenen Korrelationen signifikant, viele davon aber nicht sehr hoch, so daß es bei den aufgezeigten Zusammenhängen viele Ausnahmen gibt.

Die Veränderungen der beiden kleinen Parteien weisen in bezug auf systematische Beziehungen zu Strukturmerkmalen der Wohngebiete entgegengesetzte Verhältnisse auf. Bei der F.D.P. gibt es kaum signifikante Korrelationen zu Strukturvariablen. Ausnahmen bilden der Sozialstrukturindex und die vor 1918 erbauten Wohnungen. Die F.D.P. hat eher stark verloren in den statushohen Gebieten ($r = -0,259$) und eher wenig verloren in Altbauquartieren ($0,366$). Dagegen gibt es viele gewichtige Korrelationen bei den Grünen. Da diese denjenigen für die Wahlergebnisse von 1983 entsprechen, braucht darauf nicht näher eingegangen zu werden.

Wie bei der Strukturanalyse der Ergebnisse einer Bundestagswahl, so sollen auch bei den Veränderungen die Korrelationsberechnungen durch eine Regressionsanalyse ergänzt werden. Die in Tabelle 10 zusammengestellten Ergebnisse zeigen, daß

Tab. 10: Ergebnisse der Regressionsanalysen für die Veränderung der Parteienpräferenz 1980-1983

abhängige Variable	unabhängige Variable	Beta-Wert	Überschreitungs- wahrsch. p
Veränderung SPD	Anteil SPD 1980	-0,114	0,211
	Katholikenanteil	-0,453	0,001
	Anteil 25-34jähr.	0,224	0,047
	Anteil \geq 60jähr.	0,270	0,033
			0,312*
Veränderung CDU	Anteil CDU 1980	-0,780	0,000
	Anteil d.Verheir.	0,309	0,005
	Katholikenanteil	0,402	0,001
	Anteil 25-34jähr.	0,211	0,045
	Anteil 45-59jähr.	-0,267	0,025
		0,606*	
Veränderung F.D.P.	Anteil FDP 1980	-0,839	0,009
	Anteil d.Geschied.	-0,399	0,012
	Sozialstrukturindex	0,473	0,080
	Anteil 45-59jähr.	0,112	0,238
	Anteil \geq 60jähr.	0,177	0,130
		0,254*	

* Bestimmtheitsmaß r^2

im Gegensatz zur Strukturanalyse die erklärten Varianzanteile recht klein sind. Die Veränderungen in der Parteienpräferenz können also nur in bescheidenem Ausmaß durch die gewählten unabhängigen Variablen statistisch erklärt werden. Am ehesten ist dies noch für die CDU der Fall, deren Gewinne zu 61 % durch Wohngebietsmerkmale aufgeklärt werden können. An den Beta-Werten ist abzulesen, daß die Gewinne in katholischen Stadtteilen mit hohen Anteilen verheirateter Bevölkerung und von 25-34-jährigen besonders hoch waren und in den Hochburgen im Süden sowie in Wohngebieten älterer Menschen geringer ausfielen. Entsprechend gegenläufige Tendenzen sind bei der SPD zu erkennen. Für die Veränderungen

der F.D.P. ist neben der Ausgangssituation der Partei nur der Anteil der Geschiedenen mit einem signifikanten Beitrag in der Regression beteiligt. Führt man die Regressionen getrennt nach den beiden Großregionen der Stadt aus, so treten daneben signifikante Beziehungen zum Sozialstrukturindex im Süden und zum Altenanteil im Norden auf.

Wie die geringen Bestimmtheitsmaße insbesondere für SPD und F.D.P. zeigen, lassen sich die Veränderungen der Parteienpräferenzen nur in bescheidenem Ausmaß mit Hilfe der Ausgangsstruktur voraussagen. Es stellte sich daher die Frage, ob für verändertes Wahlverhalten die Bevölkerungsdynamik einiger Viertel verantwortlich sein könnte. Aufgrund der vorliegenden Datenlage konnte dies nur anhand der demographischen Merkmale überprüft werden, die sowohl 1981 als auch 1983 durch die Einwohnerdatei ausgewiesen wurden. Entsprechende Auswertungen und Korrelationsberechnungen führten zu keinen befriedigenden Ergebnissen. Die Korrelationen zwischen der Veränderung der Parteienpräferenzen und den Veränderungen der demographischen Struktur waren nur selten signifikant. Möglicherweise hängt dieses Resultat mit den Zeitspannen zwischen den Wahlterminen und der zeitlichen Fixierung der Einwohnerdaten zusammen. Insgesamt scheint aber die Differenz von gut drei Jahren zwischen den beiden Wahlen und von zwei Jahren bei den Einwohnerdaten zu kurz zu sein, um klare Abhängigkeiten der Wahldynamik von der Bevölkerungsdynamik nachweisen zu können und so die Indikatorfunktion der Wahlveränderung empirisch zu begründen.

Zum Abschluß dieses Abschnitts sei noch auf die Korrelationen der unabhängigen Strukturmerkmale zu den Veränderungen der Parteienpräferenzen auf der Basis der fünf Sozialraumtypen eingegangen. Bei der Durchmusterung der Korrelationsmatrizen fällt auf, daß sich in den Raumtypen signifikante Werte auf einzelne Parteien konzentrieren. Im Typ I ist es vor allem die CDU, die Gewinne in katholischen Vierteln (0,673), in Gebieten mit hohen Anteilen von Kindern (0,693), von 35-44-jährigen (0,653) und von lediger Bevölkerung (0,796) zu verzeichnen hat. Unterdurchschnittlicher Zuwachs

war für Viertel mit höherem Anteil älterer Bevölkerung charakteristisch (-0,685). Spiegelbildlich dazu sind die Korrelationen für die F.D.P.. Alles dies spricht dafür, daß vor allem in den katholischen Gebieten mit konsolidierten Familien eine Abwanderung von der F.D.P. zur CDU stattgefunden hat.

Auch im Raumtyp III waren die Verluste der F.D.P. besonders hoch in Gebieten, in denen Familien mit Kindern wohnen, gemessen durch die Indikatoren Verheiratete (-0,869), unter 18-jährige (-0,855), 35-44-jährige (-0,815) und Neubauten (-0,608). In den betreffenden Wohnquartieren hat allerdings die CDU nicht übermäßig viel dazugewonnen, dafür ist der SPD-Anteil relativ konstant geblieben. Die F.D.P. hat sich relativ gut halten können in Vierteln, in denen überproportional viele ältere Personen, Ausländer, Verwitwete und Geschiedene sowie Einpersonenhaushalte leben, so im alten Ortskern Rellinghausen und im zentralen Ostviertel.

Im Raumtyp IV sind die signifikanten Korrelationen fast ganz auf die SPD beschränkt. Wieder einmal zeichnen sich die Wohngebiete der Familien mit Kindern durch ein spezifisches Wahlverhalten aus, das hier zu relativ hohen Verlusten der SPD geführt hat. So betragen die entsprechenden Korrelationen für die Verheirateten -0,770, für die unter 18-jährigen -0,869, für die 35-44-jährigen -0,861 und für die Neubaugänge -0,742. Wie im Typ III erweisen sich Viertel mit älterer Bevölkerung, Ausländern, Geschiedenen und Einpersonenhaushalten als relativ stabil in der Parteienpräferenz.

Schließlich ist der Raumtyp V mit dem höchsten Sozialstatus durch die Grünen gekennzeichnet, die ihre Gewinne vor allem in Gebieten mit einem hohen Anteil älterer Bevölkerung (0,868) und überdurchschnittlich viel Höheren Schülern (0,693) verzeichnen konnten. Im Typ II sind nur vereinzelte signifikante Korrelationen vorhanden, die sich zu keinem gemeinsamen Muster wie in den anderen Sozialräumen fügen.

Insgesamt besteht das Verbindende in den gebietsspezifischen Korrelationen mit den Veränderungsvariablen darin, daß die Haushalts- und Familienstrukturen eine unerwartet hohe Be-

deutsamkeit aufweisen. Starke systematische Verschiebungen in der Wählergunst sind vielfach in denjenigen Stadtteilen aufgetreten, die durch konsolidierte Familien mit Kindern zu charakterisieren sind. Stabilität kennzeichnet dagegen häufig Wohnquartiere mit Einpersonenhaushalten und älterer Bevölkerung.

IV. d Die Wahlbeteiligung

Die Höhe der Wahlbeteiligung unterschied sich 1980 und 1983 nur geringfügig (87,73 % zu 87,93 %). Eine Umrechnung der nur auf Kommunalwahlbezirksebene veröffentlichten Briefwahlergebnisse auf die Stadtteile schien im Falle der Wahlbeteiligung im Gegensatz zu den Wahlergebnissen der Parteien wegen der Spannweite der möglichen Fehler nicht gerechtfertigt. Die Korrelationsberechnung erfolgte also auf der Basis der 42 Kommunalwahlbezirke und erforderte eine eigene Clusteranalyse zur Bestimmung der Sozialraumtypen (s. Karte 19), die ganz ähnlich wie die oben genannten definiert sind.

Auch die Wahlbeteiligung spiegelt den für Essen charakteristischen Nord-Süd-Gegensatz wider (s. Karte 20). In den Arbeitervierteln des Nordens haben weniger Wahlberechtigte ihre Stimme abgegeben als in den von "bürgerlichen Wählern" geprägten Stadtteilen im Süden. Allerdings fallen die stärker von Katholiken bewohnten Bezirke im Nordwesten und Südosten trotz ihres niedrigeren Sozialstatus und der dann üblichen niedrigeren Wahlbeteiligung durch höhere Werte auf. Die beiden genannten Räume wies die Clusteranalyse dem Sozialraumtyp III zu. Die Berechnung der Korrelationen ergibt für die Sozialraumtypen I und II bei relativ niedriger Wahlbeteiligung nur wenige signifikante Werte. Demgegenüber weisen beim Typ III von 40 unabhängigen Variablen 25 signifikante Zusammenhänge auf und in den Raumtypen IV und V noch je 21. Im Übergangsbereich und im Süden wirken sich bei den Berechnungen die größeren sozialen Unterschiede im insgesamt kleingekammerten Raum zweifellos stärker aus. Die geringfügig-

gige Steigerung der Wahlbeteiligung zwischen 1980 und 1983 um nur 0,2 % läßt in allen fünf Räumen nur wenige hochgewichtete Korrelationen bzgl. der Veränderungen zu. Sie werden bei der Besprechung der einzelnen Variablen herangezogen.

Der Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und der Höhe der Wahlbeteiligung kam bereits im Kartenbild zum Ausdruck. Da aber in der Clusteranalyse der Sozialstrukturindex in hohem Maße die Abgrenzung der Sozialraumtypen bestimmt, sind beim Gesamtindex keine hoch signifikanten Werte zu erwarten, wohl aber bei den Einzelvariablen aus dem sozialen Bereich. So ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Anteil der Schüler an Höheren Schulen und der Wahlbeteiligung bei beiden Wahlen in den Sozialraumtypen III, IV und V zu beobachten (+0,668 bis +0,850). Im Raum IV wird dieser ebenso beim Vergleich der Wahlen von 1980 und 83 deutlich (+0,689). Positive Korrelationen kennzeichnen auch den Vergleich mit dem Anteil der Gymnasiasten in den Raumtypen III und V (+0,747 bis +0,843), während bei höherem Prozentsatz der Realschüler im Raum V (mit dem höchsten Sozialstrukturindex) Negativwerte auftreten (-0,746 bzw. -0,763). Wenn mit steigendem Anteil der nach 1978 erbauten Wohnungen eine höhere Wahlbeteiligung korreliert (in allen Gebieten, sowohl 1980 als 1983; Werte von +0,740 bis +0,831), so spielt der Zuzug gehobener Schichten und - wie bereits mehrfach belegt - von Familien mit Kindern eine wichtige Rolle.

Es muß aber zwischen dem Zuzug in bessere Wohnlagen und hoher innerstädtischer Mobilität (2 und mehr Umzüge) unterschieden werden. Letztere korreliert in allen fünf Sozialraumtypen (1983) stark negativ mit der Wahlbeteiligung (-0,809 bis -0,962). Eine hohe Wahlbeteiligung ist vielfach als Indikator für soziale Integration und Identifizierung mit dem Wohnumfeld gedeutet worden. Dafür gibt es auch in Essen einige Hinweise. So korrelieren mit der Wahlbeteiligung im Raum II die lange Wohndauer (0,763) und in den Siedlungskernen der südlichen Stadtteile (Typ IV) ein hoher Altwohnungsbestand vor 1918, bewohnt von mittelständischer Bevölkerung (0,695 bzw. 0,737). Im Gegensatz dazu sind die

Altbaugelände des Nordens im Gebiet I eher durch geringe Wahlbeteiligung charakterisiert (-0,683). Hier handelt es sich möglicherweise um Quartiere von schlechter Wohnbausubstanz und hohem Ausländerbesatz mit teilweise schwacher sozialer Integration der deutschen Bevölkerung.

Da die Clusteranalyse die überwiegend von Katholiken bzw. von Protestanten bewohnten Wahlbezirke im allgemeinen voneinander trennt, sind hier nur bei den Typen II und III, in denen Überschneidungen vorkommen, signifikante Werte zu erwarten. Sie beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen höherem Anteil katholischer Bevölkerung und höherer Wahlbeteiligung bei der Wahl von 1983 (+0,641 und +0,684). Der Vergleich der Wahlen von 1980 und 1983 unterstreicht im Raum III das unterschiedliche Verhalten beider Konfessionsgruppen (Katholiken +0,695; Evangelische -0,709). Eine negative Korrelation ergibt sich auch bei den Konfessionslosen (bzw. sonstigen Konfessionen) in den Sozialraumtypen III und V (-0,698 bis -0,819).

Die demographische Struktur beeinflusst ebenfalls die Wahlbeteiligung. Verheiratete Zusammenlebende gehen offensichtlich eher zur Wahl als Geschiedene, getrennt Lebende und Verwitwete. Korrelationen mit Werten von +0,672 bis +0,976 für Verheiratete (Räume II-V) bringen dies zum Ausdruck. In den Räumen IV und V hat sich im Vergleich der Beteiligung von 1980 und 1983 dieser Zusammenhang noch verstärkt (+0,953 und +0,731). Augenscheinlich erhöht sich die Bereitschaft zur Wahlurne zu gehen in den Familien mit Kindern - speziell bei den gehobenen Schichten, denn in den Sozialraumtypen IV und V steigt mit wachsender Zahl der Jugendlichen unter 18 Jahren die Wahlbeteiligung (+0,793 bis +0,959).

Ein Zusammenhang zwischen Ledigen und Wahlbereitschaft ist - wahrscheinlich aufgrund gegenläufiger individueller Merkmale - in keinem der Gebietstypen festzustellen. Doch treten in allen fünf Räumen und bei beiden Wahlgängen negative Korrelationen mit den getrennt Lebenden auf (-0,697 bis -0,941). Eine noch höhere Signifikanz - allerdings nur in den Räumen II-V - erreicht die Korrelation mit den Geschie-

denen (-0,856 bis -0,973). Der Vergleich der Wahlbeteiligung 1980 mit 1983 ergibt für den Typ IV einen Wert von -0,784. Nur die Sozialraumtypen III und IV weisen eine negative Korrelation zu den Verwitweten auf (-0,740 bis -0,798). In beiden Gebieten ist der Zusammenhang im Vergleich 1980 mit 1983 deutlicher geworden (-0,674 und -0,673). Insgesamt dürften die Verbindungen zwischen Wahlbeteiligung und Familienstandsquoten auf das unterschiedliche Ausmaß an sozialer Integration sowohl einzelner Familienstandsgruppen wie auch in den durch verschiedene Lebenszyklusgruppen charakterisierten Stadtvierteln zurückzuführen sein. Die Integration ist hoch in den meist peripher gelegenen Vierteln, in denen Familien mit Kindern vorherrschen, während sie in mobilen innerstädtischen Quartieren mit relativ hohen Anteilen von Geschiedenen und getrennt Lebenden eher gering ist.

Die in vielen Untersuchungen nachgewiesene unterschiedliche Wahlbeteiligung der Geschlechter und der Altersgruppen kommt vor allem in den Sozialräumen III bis V zum Tragen. Nur die geringe Wahlbereitschaft der 18-29-jährigen ist in ganz Essen zu beobachten (-0,633 bis -0,923). In den Gebieten I-III ist sie bei den Jungwählerinnen stärker ausgeprägt als bei den Jungwählern, für welche die Berechnung keine signifikanten Korrelationen ergibt. Ein Zusammenhang zwischen geringerer Wahlbeteiligung und höherem Anteil weiblicher Wähler besteht in den Sozialraumtypen III-V (-0,746 bis -0,935 bzw. ein + bei Männern). Die relativ geringe Wahlbeteiligung älterer Wähler (60 Jahre und älter), bei den Frauen bereits ab 50 Jahren (Gebietstypen III und V), ihr höherer Anteil an den älteren Stimmberechtigten und die stärkere Wahlenthaltung der 18-29-jährigen weiblichen Wähler spielen hierbei sicher eine Rolle. Korrelationsergebnisse zur Entwicklung der Wahlbeteiligung zwischen 1980 und 1983 unterstreichen das Gesagte: im Raumtyp III mit dem Anteil der Frauen von -0,706; im Typ I mit den Frauen von 50-59 Jahren -0,670 und im Typ V mit den Frauen von 60 und mehr Jahren -0,733. Demgegenüber ist in den Sozialräumen III-V eine positive Korrelation zwischen Wahlbeteiligung und 40-49-jährigen insgesamt (+0,711 bis +0,975) ferner den 30-39-jährigen im Typ

III (+0,787 und +0,711), zusätzlich im Gebiet IV bei den 30-39-jährigen Frauen (+0,706 und +0,711) festzustellen. Diese Ergebnisse decken sich mit der früher genannten stärkeren Wahlbeteiligung der Familien mit Kindern, die überwiegend diesen Altersgruppen angehören und in den Gebietstypen III-V zu einem wesentlichen Teil den "sozialen Aufsteigern" mit Wohnraum "im Grünen" angehören.

V. Wahlraum- und Sozialraumtypen, Ergebnisse der Untersuchung

Im Anschluß an die Einzelanalysen und in Berücksichtigung ihrer Ergebnisse ist nun die einleitend gestellte Frage zu beantworten, ob beim Fehlen ausreichender Daten zur Sozialstruktur Wahlergebnisse als Indikatoren für die Bestimmung und Abgrenzung von Sozialräumen genutzt werden können. Wenn dies der Fall ist, müßten die Karten der Wahlraumtypen (11) und der Sozialraumtypen (18) weitgehend übereinstimmen.

Trotz großer Ähnlichkeit der beiden Kartenbilder sind bei der Detailbetrachtung eine Reihe von Abweichungen zu beobachten. Diese häufen sich naturgemäß in den beiden Raumtypen III/3 (Übergangs- bzw. Mischgebiete). Doch ist auch der Sozialraumtyp V gegenüber dem Wahlraumtyp 5 deutlich nach Westen und zur Stadtmitte hin verschoben. Die Differenzen ergeben sich z.T. aus der Anforderung an die hierarchische (Sozialraum-) Clusteranalyse, zahlenmäßig fast gleichgroße Einheiten zu liefern, aber auch aus der Inhomogenität und den Mängeln des benutzten Datenmaterials. Der für die Clusterbildung bedeutsame Sozialstrukturindex setzt sich aus älteren Daten (Schüler an Höheren Schulen, Pkw-Besitz) und Fortschreibungen (Wohnfläche je Einw.) zusammen (s. Kap.Ib). Die demographischen Angaben entstammen der sicher nicht in allen Fällen korrekten Einwohnerdatei. Eine völlige Übereinstimmung kann aufgrund singulärer Situationen am Wahltag (z. B. Ausstrahlung des örtlichen Kandidaten, individuelle stadtteilgebundene Probleme usw.) auch nicht erwartet werden. Trotzdem sind - wie Tabelle 11 zeigt - die Wahlraumtypen aufs engste mit den "zugehörigen" Sozialraumtypen verknüpft. Gewisse Abweichungen im Nordwesten und Süden - wahrscheinlich auch die einzig extreme (Stadtteil Byfang, II/5) - erklären sich aus Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen der hohen Mobilität und den z.T. veralteten Sozialdaten. Von Byfang abgesehen treten Verschiebungen nur zum jeweils anschließenden Typ auf.

In der Tabelle 3b wurden die Wahlergebnisse auf Basis der Sozialraumtypen aufbereitet. In ihren wesentlichen Aussagen

Tab. 11: Zugehörigkeit der Sozialraumtypen zu den Wahlraumtypen 1980 und 1983

		Sozialraumtypen					Summe
		I	II	III	IV	V	
Wahlraumtypen 1983 (1980)	1	6(4)	3(3)	-	-	-	9(7)
	2	3(6)	3(3)	2(2)	-(1)	-	8(12)
	3	1(-)	3(3)	6(6)	4(3)	3(1)	17(13)
	4	-	-	2(2)	4(4)	3(5)	9(11)
	5	-	1(1)	-	3(3)	3(3)	7(7)
	Summe	10	10	10	11	9	50

stimmen die Daten mit denen der Tabelle 3a überein. Allerdings erreichen die Werte aufgrund der Verschiebungen in den jeweiligen Randbereichen der Typen nicht die gleiche Aussagekraft. Die Extremwerte werden abgeflacht und daher beim Vergleich der Wahlen von 1980 und 1983 die Entwicklungstrends leicht verzerrt. Aus den bisherigen Ergebnissen läßt sich folgern, daß das Verhalten der Wähler in der Tat ganz wesentlich von ihrer sozialen Einbindung gesteuert wird. Beim Fehlen ausreichender Sozialdaten kann daher das Wahlverhalten als Indikator zur sozialräumlichen Gliederung herangezogen werden.

Die Übereinstimmung zwischen den Wahlräumen und Sozialräumen wäre - wie die Analysen zeigen - weit eindeutiger, wenn die zur Verfügung stehenden bzw. als Indikator herangezogenen demographischen und sozioökonomischen Daten nicht mit einer so großen Zahl von Mängeln behaftet wären. Darüber hinaus müßten sie kleinräumiger aufbereitet sein. Dies gilt für Essen in besonderem Maße, darüber hinaus wohl für die meisten Ruhrgebiets- bzw. rasch und zellular gewachsenen Industriestädte.

Wahlergebnisse auf der räumlich eng begrenzten Stimmbezirksebene bieten sich hier als Indikator an. Ein Kartenausschnitt des Grenzraumes zwischen Nord- und Südensen (Karte 21) mit mehreren Stadtteilen der Raumtypen III/3 verdeutlicht u.E.

die sozialräumliche Kleinkammerung und den Indikatorwert von Wahlen, wobei allerdings zur Ausschaltung singulärer Wahlsituationen mehrere Wahlen herangezogen werden sollten. Die Interpretation einer solchen Karte bzw. ihre Umsetzung in eine sozialräumliche Gliederung bedarf allerdings der Ergänzung durch eine sorgfältige, ökologische u.a. Fehlschlüsse ausschaltende Analyse der Zusammenhänge zwischen sozialer Bindung und Wählerverhalten.

Bei den Analysen der Parteienpräferenzen zeigte sich erstens eine hohe Stabilität der räumlichen Unterschiede und zweitens eine deutliche Abhängigkeit der Wahlergebnisse von der Sozialstruktur der Stadtviertel. Trotz der Verschiebungen in der Parteienlandschaft zwischen den beiden Bundestagswahlen von 1980 und 1983 sind die relativen Positionen der Stadtteile hinsichtlich der Zuordnung zu den einzelnen Parteien sehr ähnlich geblieben. Diese Stabilität ist letztlich begründet in der Bevölkerungs- und Sozialstruktur der Wohnviertel, die in der Regel nur langsamen Wandlungen unterworfen ist. Dementsprechend ergab sich eine recht hohe Determinierung des Wahlverhaltens durch die unterschiedlichen Merkmale der Bevölkerungszusammensetzung. So konnten mit Hilfe von multiplen Regressionsanalysen etwa 90 % der räumlichen Variation der SPD- bzw. CDU-Anteile und fast 80 % derjenigen der beiden kleineren Parteien statistisch erklärt werden.

Zweifellos nahm hierbei der Sozialstatus der Viertel die gewichtigste Stelle ein, doch dürfen die Einflüsse demographischer und sozio-kultureller Merkmale keineswegs vernachlässigt werden. Besonders für die Bundestagswahl 1983 erwies sich die Alters- und Familienstruktur als bedeutsam, auch wenn gerade hier die Interpretation durch das Auseinanderklaffen von ökologischen und individuellen Korrelationen erschwert wurde. Vor allem periphere Stadtteile, in denen die durch berufliche und familiäre Konsolidierung geprägte Altersgruppe der 35-44-jährigen wohnt, wiesen - unabhängig vom sozialen Status - eine deutliche Tendenz zu den "bürgerlichen" Parteien auf. Aus dem Bereich der sozio-kulturellen Merkmale konnten mittelgroße Korrelationen zwischen Wahlver-

halten und Konfession bestätigt werden, wobei nicht nur die Anteile der großen Konfessionen, sondern auch der konfessionslosen Bevölkerung von Bedeutung waren. All diese Ergebnisse weisen darauf hin, daß eine vorschnelle Parallelisierung von Sozialstatus eines Viertels und Wahlverhalten zu Fehlschlüssen führen kann, weil neben dem sozialen Status weitere wichtige Determinanten die Wahlergebnisse beeinflussen. Erst die Kombination von sozio-ökonomischer mit der demographischen und sozio-kulturellen Struktur führt zu Sozialräumen, die sich - wie oben aufgezeigt - weitgehend in Deckung bringen lassen mit Räumen gleichen Wahlverhaltens.

Die Wertigkeit der einzelnen Determinanten kann je nach spezifischem räumlichen Kontext differieren. Belege hierfür erbrachte die nach Sozialraumtypen getrennte Analyse der Zusammenhänge mit dem Wahlverhalten. Unterschiedliche Korrelationen können einmal dadurch zustande kommen, daß ein Merkmal eine kontextspezifische Indikatorfunktion besitzt. So deutet z.B. der überdurchschnittliche Anteil von Realschülern in Arbeiterquartieren eher auf einen relativ gehobenen Sozialstatus, in Mittelschichtgebieten dagegen eher auf einen relativ niedrigen Status hin. Zum anderen - und das ist inhaltlich bemerkenswerter - kann die Wirkkraft einer Einflußdimension systematisch variieren. So ist der Einfluß der Konfession auf das Wählerverhalten vor allem in den Arbeitergebieten des Essener Nordens auch heute noch bedeutend. Mit steigendem Sozialstatus eines Sozialraumtyps verlieren die konfessionellen Merkmale hingegen an Einfluß.

Signifikante Zusammenhänge mit weiteren Faktoren, besonders solchen der Bausubstanz, bestätigten sich ebenfalls nur auf der Basis der Sozialraumtypen. Entsprechende Merkmale wie der Anteil der Altbauten waren, für die gesamte Stadt gemessen, insofern "mehrdeutig", als hohe Werte recht unterschiedliche Wohnviertel charakterisieren. Eine Homogenisierung war erst innerhalb der Sozialraumtypen zu erreichen.

Die Wahlbeteiligung wurde aus datentechnischen Gründen getrennt von den Parteipräferenzen untersucht. Sie ist vornehmlich als Indikator für soziale Integration der Wohnviertel

und für eine gewisse Identifizierung mit dem Wohnumfeld zu deuten. Dementsprechend ergaben sich Zusammenhänge mit dem Sozialstatus, der Familienstandsstruktur und der Mobilität, woraus ein sehr klares räumliches Muster der Wahlbeteiligung folgte. Das Süd-Nord-Gefälle des sozialen Status in Essen bewirkt eine analoge Abnahme der Wahlbeteiligung. Daneben wurde die Überlagerung durch ein zentral-peripheres Muster erkennbar. Wohngebiete am Stadtrand, in denen Familien mit Kindern dominieren und der Verheiratetenanteil hoch ist, sind durch überdurchschnittliche Beteiligung an den Wahlen charakterisiert, während diese in mobilen innerstädtischen Quartieren mit relativ hohen Anteilen von Geschiedenen bzw. getrennt Lebenden gering ausfällt.

Die demographische und sozialökonomische Inhomogenität vieler Stadtteile erschwerte einerseits die Einzelanalysen, bestätigte damit aber andererseits den engen Zusammenhang mit den Wahlergebnissen. Sichtbar wird die kleinräumige Gliederung an den oft stark voneinander abweichenden Wahlergebnissen in den Stimmbezirken des gleichen Stadtteils. Hieraus ergibt sich aber, daß - wie oben vermutet - Wahlergebnisse auf mittlerer und unterer Ebene als Indikatoren zur sozialräumlichen Gliederung herangezogen werden können, wenn die Zusammenhänge zwischen ihnen und den sozialen Bindungen i. w.S. zuvor sowohl generell wie auch in ihren räumlichen Abwandlungen definiert worden sind. Die Häufigkeit der Wahlen erleichtert Kontrollanalysen und erhöht ihre Brauchbarkeit als Indikator.

Socio-economic structure and voting behaviour.

The example of the national elections 1980 and 1983 in Essen

The present exploratory study examines to which extent electoral data can be used as indicators for the socio-economic structure of an urban population. It is supposed that the spatial patterns of voting reflect the social, demographic, and religious-cultural segregation characterizing residential quarters in many German cities. For studying the continuity of such connections the two succeeding national elections for the German parliament (Bundestag) in 1980 and 1983 were selected. Both had rather different political consequences. Data were collected for Essen, one of the most important cities in the Ruhr agglomeration. The spatial structure of population and residences in Essen is marked on the one hand by distinct sectoral differences between north and south, with working-class districts in the north separated from the residential areas of the middle and upper class in the south. On the other hand, these broad sectors are filled with a mosaic of old urban and former rural cores, as well as with residential quarters of various building structures. If electoral data are useful as social indicators they should be expected to represent these complex spatial patterns.

The voting behaviour was measured by the percentage of the electorate participating in the election and by the votes for the four parties with seats in the Bundestag (Social Democrats - SPD, Christian Democrats - CDU, Liberal Democrats - F.D.P., "green" alternative party - Grüne). As criteria for the social basis of voting, 43 independent variables were selected characterizing the socio-economic status, the demographic status, the religious composition, the mobility, and the housing structure of the residential quarters. Some correlation and regression analyses demonstrated that the electoral behaviour could statistically be explained by the most important variables with coefficients of determination ranging from 80 to 90 %. Although social status shows the strong-

est connections with party support, family status and religious structure, including the percentage of persons without church-membership, showed significant effects as well. The level of voter turnout, which itself is regarded as an indicator of stability and social integration of a district, is particularly related to population mobility, marital status, and social status. In interpreting the results, ecological fallacies had to be avoided.

The literature about spatial voting behaviour often has postulated a neighbourhood effect leading to a strengthening of party support in homogeneous contexts. In continuation of this approach, the city was divided into 5 relatively homogeneous types of social areas by a cluster analysis. Correlation and regression analyses were computed separately for each type. The results showed on the one hand the stability or instability of some connections, on the other hand also clear context effects were visible. So it could be demonstrated that the effect of religion on party support is much more important in working-class districts than in the residential areas of the middle class.

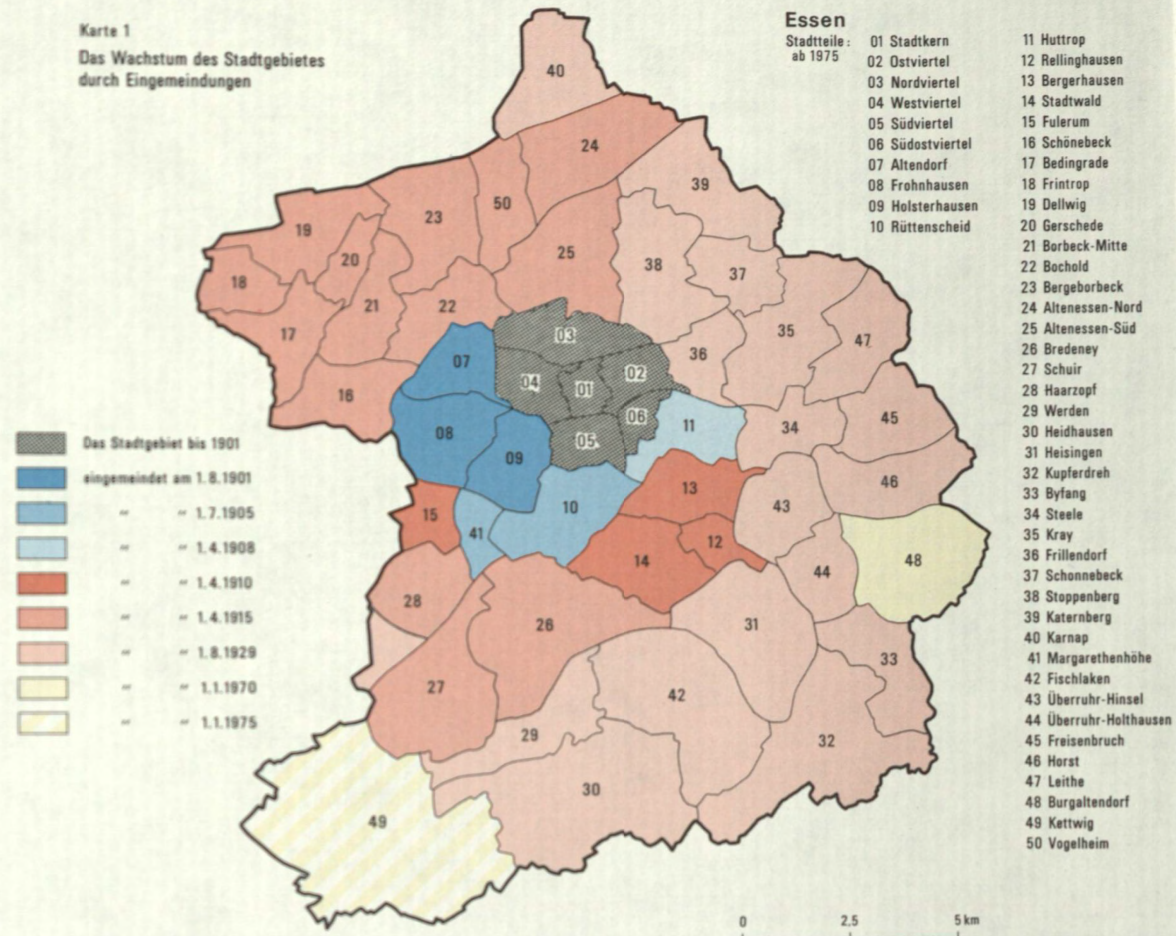
Finally two areal classifications are compared. The first defines types of similar voting behaviour, the second is concerned with the social areas. The remarkable similarity between these classifications confirms the role of electoral data as synthetical indicators of spatial social structure.

L i t e r a t u r

- ANTE, Ulrich: Wahlen als Gegenstand der Geographie. Geographische Ansätze zur Wahlanalyse unter Bezugnahme auf die Bundestagswahl 1980. Geogr. Zeitschrift 70, 1982, S. 106-126
- BÜRKLIN, Wilhelm: Was leistet die Wahlgeographie? Ein Bild sagt mehr als tausend Worte. GR 32, 1980, S.396-403
- EICHLER, Gert und STÄBLEIN, Gerhard: Quantitativ-geographische Analyse des Wahlverhaltens am Beispiel der Universitätsstadt Marburg. Geogr. Zeitschrift 63, 1975, S. 81-103
- GANSER, Karl: Sozialgeographische Gliederung der Stadt München auf Grund der Verhaltensweisen der Bevölkerung bei politischen Wahlen. Münchner Geogr. Hefte 28, 1966
- GANSER, Karl: Was sollte "Wahlgeographie" leisten? GR 32, 1980, S. 404
- HAHN, Helmut: Der Einfluß der Konfessionen auf die Bevölkerungs- und Sozialgeographie des Hunsrücks. Bonner Geogr. Abhdl., Heft 4, Bonn 1950
- HEBERLE, Rudolf: Die Wahlökologie und Wahlgeographie. Handbuch d. emp. Sozialforschung, Bd. 12, 1978, S. 73-88
- KÜHR, Herbert: Parteien und Wahlen im Stadt- u. Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 49, Düsseldorf 1973
- KÜHR, Herbert: Lokalpartei u. Kirche. Zur Geschichte u. gegenwärtigen Bedeutung ihres Verhältnisses in einer industrialisierten Region. Lokalpartei u. vorpolitischer Raum, Konrad Adenauer Stiftung, Forschungsber. 21, Melle 1982
- MÜLLER, Heribert: Raumzeitliche Struktur des Wahlverhaltens in Berlin (West) 1975 und 1979. Berliner Statistik 33, 1979, S. 225-238
- MÜLLER, Heribert und NISSEL, Heinz: Die wirklichen Aufgaben und Chancen einer Wahlgeographie. GR 33, 1981, S. 36-37

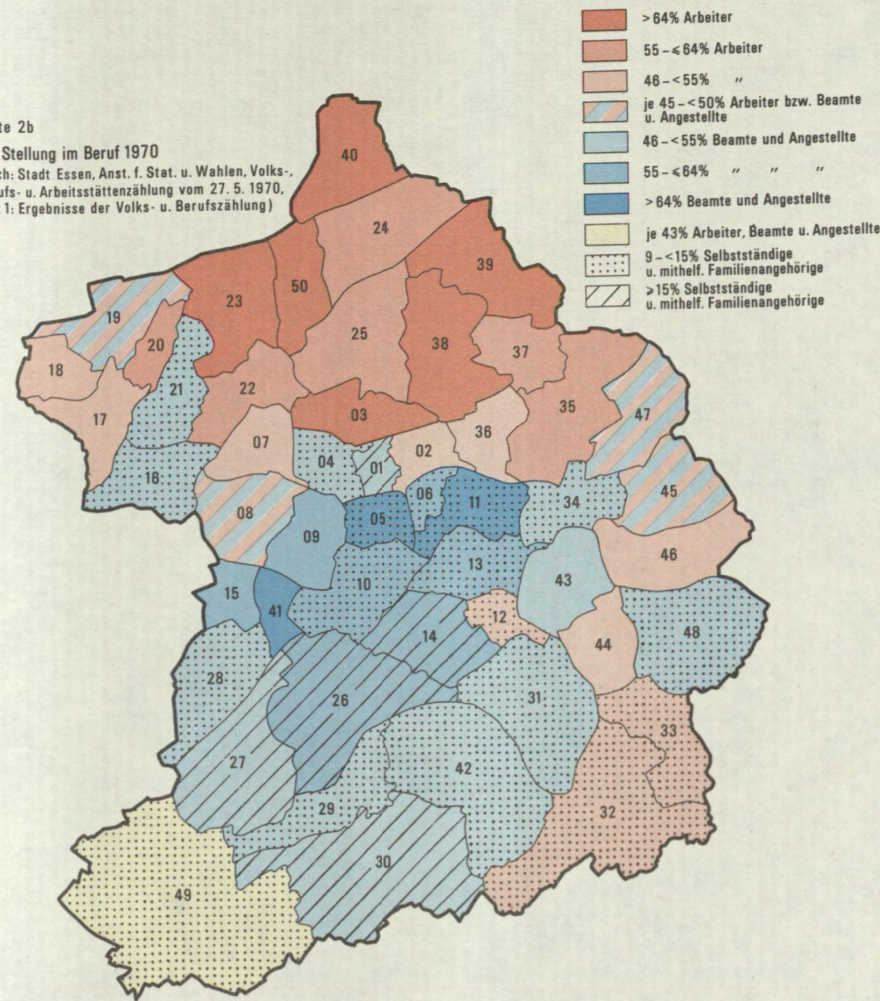
- MÜLLER, Heribert und NISSEL, Heinz: Wahlgeographie und Sozialraumanalyse - Das Beispiel Wien. Erdkunde 37, 1983, S. 165-175
- O'LOUGHLIN, John und GLEBE, Günther: Faktorökologie der Stadt Düsseldorf. Ein Beitrag zur urbanen Sozialraumanalyse. Düsseldorfer Geogr. Schriften, 16, 1980
- ROKKAN, Stein und SVÅSAND, Lars: Zur Soziologie der Wahlen und der Massenpolitik. Handbuch d. emp. Sozialforschung, Bd. 12, 1978, S. 1-72
- RUMLEY, Dennis und MINGHI, Julian: A Geographic Framework for the Study of the Stability and Change of Urban Electoral Patterns. Tijdschrift voor Econ. en Soc. Geografie 68, 1977, S. 177-182
- SIEGFRIED, André: Géographie électorale de l'Ardèche sous la IIIème République, Paris 1946
- STEINBERG, Heinz G.: Die Bedeutung von Landtags- und Bundestagswahlen für die regionale Strukturforchung, dargestellt am Beispiel des Ruhrgebietes. Westf. Forsch. 1962, S. 106-128
- TAYLOR, Peter und JOHNSTON, Ron: Geography of Elections. London 1979
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung: Jugendhilfe und Familienförderungsplan Teil: Sozialstatistische Daten, Essen 1980
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Handbuch der Essener Statistik 1975 bis 1979, Essen (1980)
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Wahlanalyse, Bundestagswahl 1980, Oktober 1980
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Die Essener Ergebnisse der Bundestagswahl vom 5. Oktober 1980, Essen 1980
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Die Essener Ergebnisse der Bundestagswahl vom 6. März 1983, Stat. Sonderheft 1/1983
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Wahlanalyse, Bundestagswahl 1983, März 1983
- Stadt Essen, Amt für Statistik und Wahlen: Statistische Vierteljahresberichte 1980-1983

Karte 1
Das Wachstum des Stadtgebietes durch Eingemeindungen

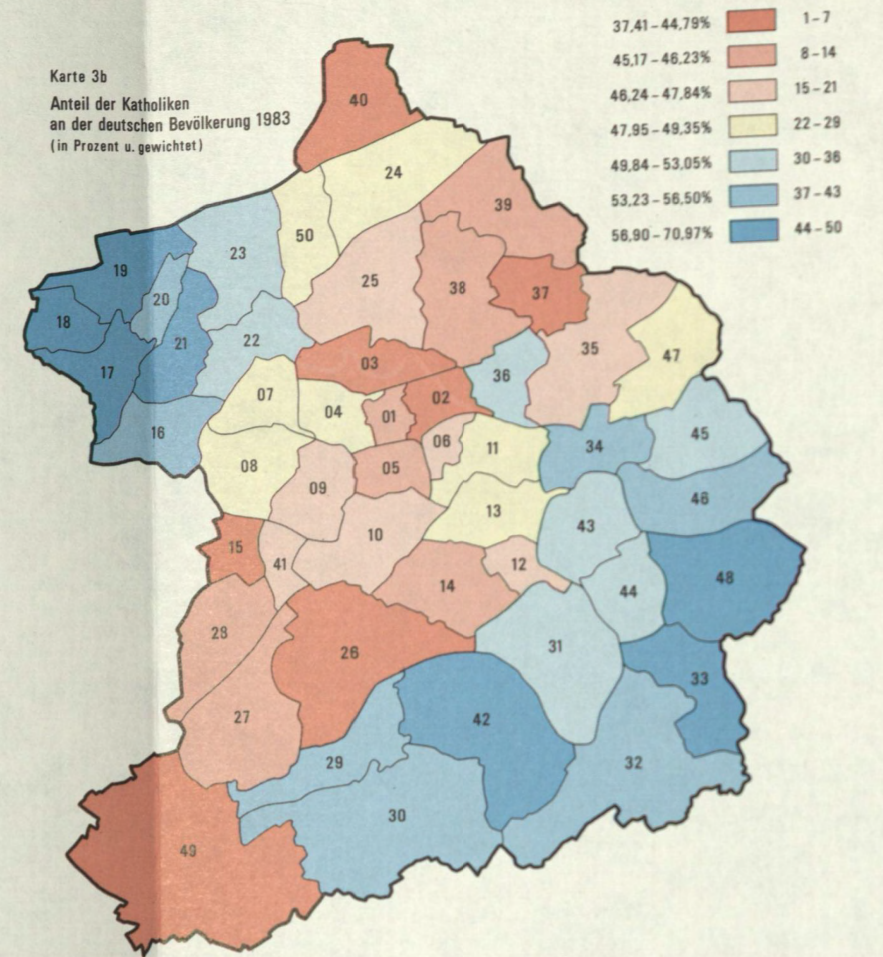


Karte 2b

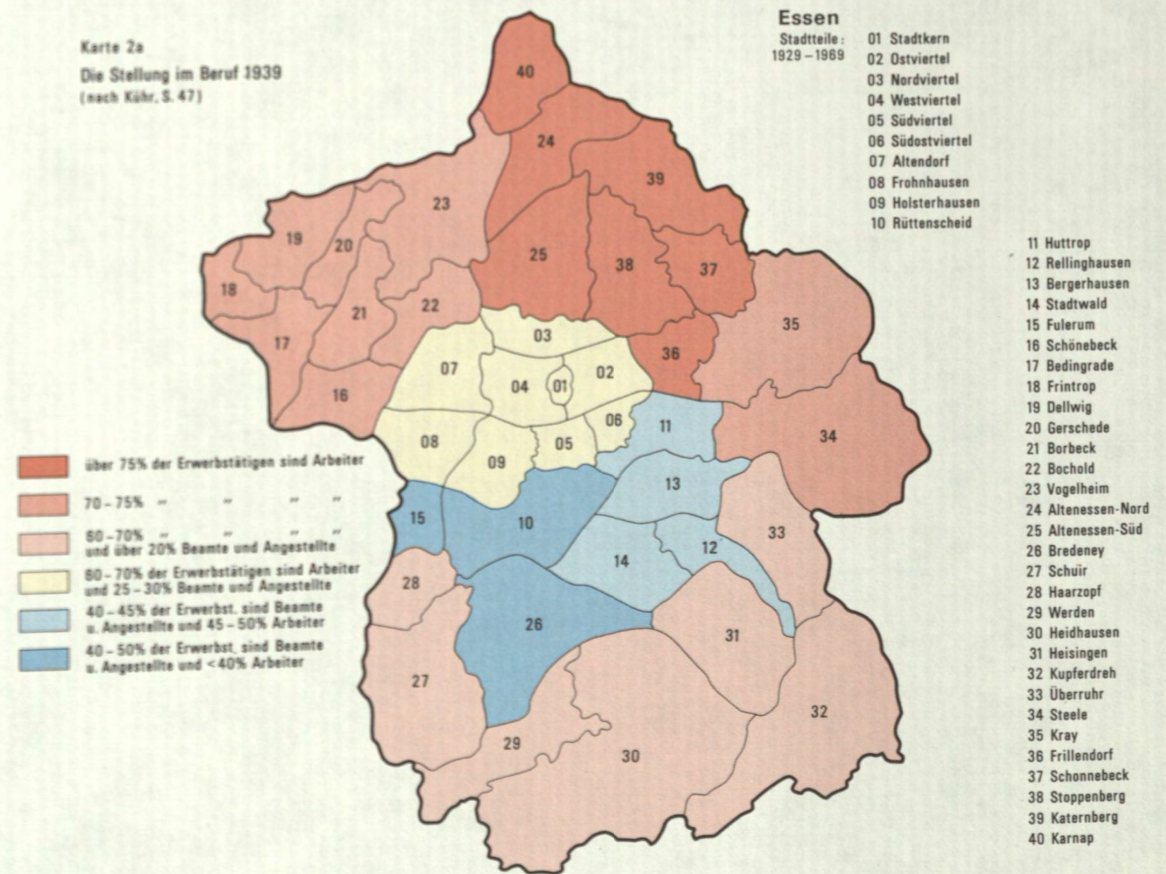
Die Stellung im Beruf 1970
(nach: Stadt Essen, Anst. f. Stat. u. Wahlen, Volks-, Berufs- u. Arbeitsstättenzählung vom 27. 5. 1970, Heft 1: Ergebnisse der Volks- u. Berufszählung)



Karte 3b
Anteil der Katholiken an der deutschen Bevölkerung 1983 (in Prozent u. gewichtet)

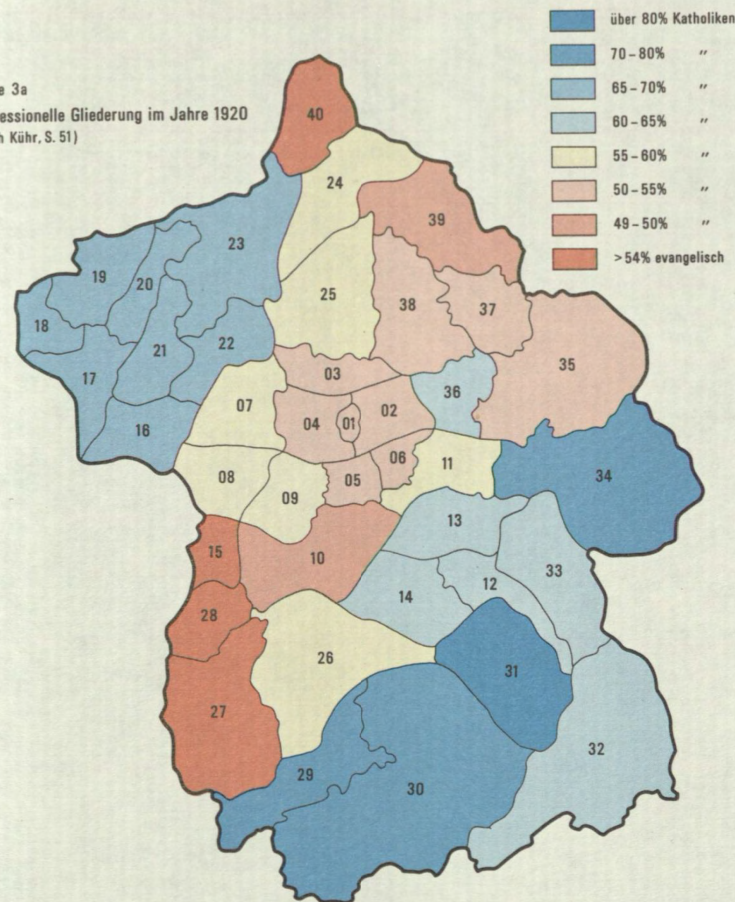


Karte 2a
Die Stellung im Beruf 1939 (nach Kühr, S. 47)

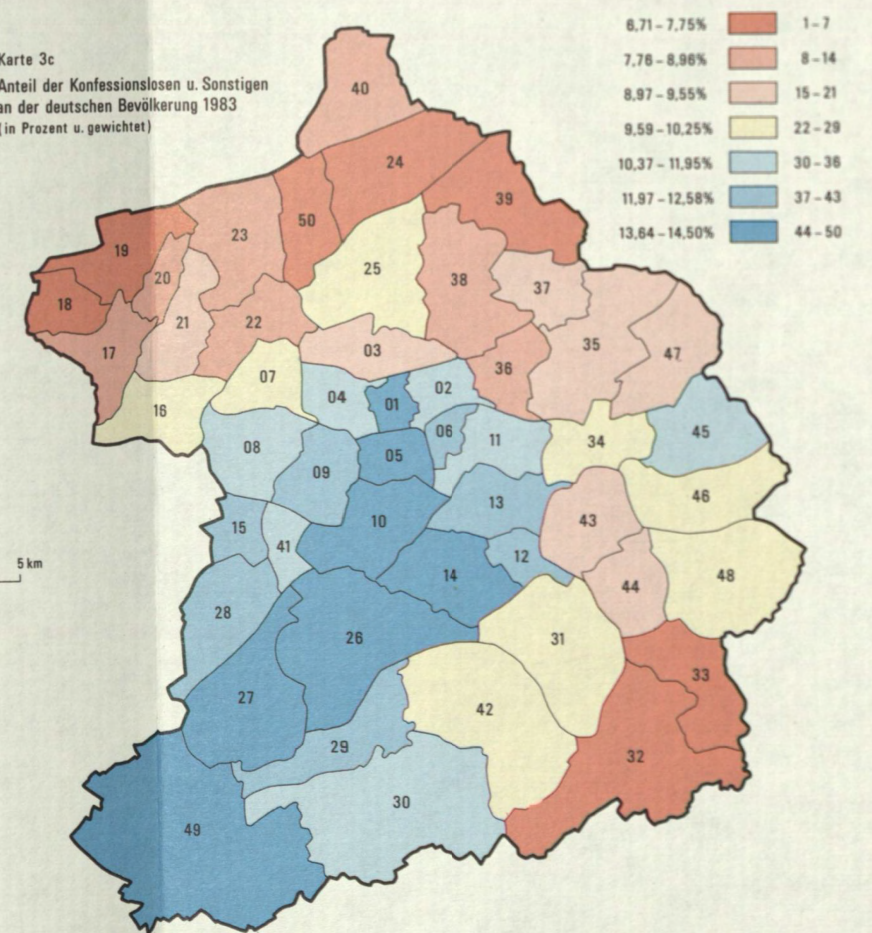


Karte 3a

Konfessionelle Gliederung im Jahre 1920 (nach Kühr, S. 51)

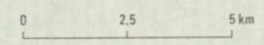
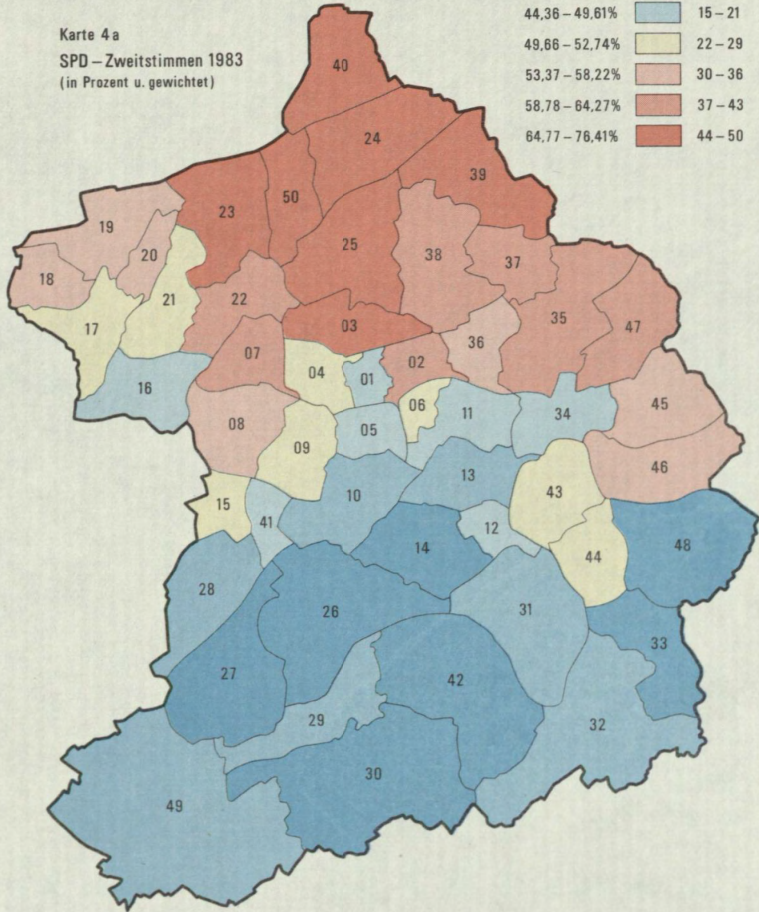
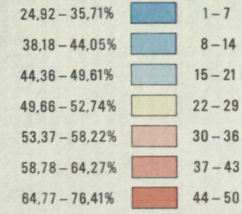


Karte 3c
Anteil der Konfessionslosen u. Sonstigen an der deutschen Bevölkerung 1983 (in Prozent u. gewichtet)

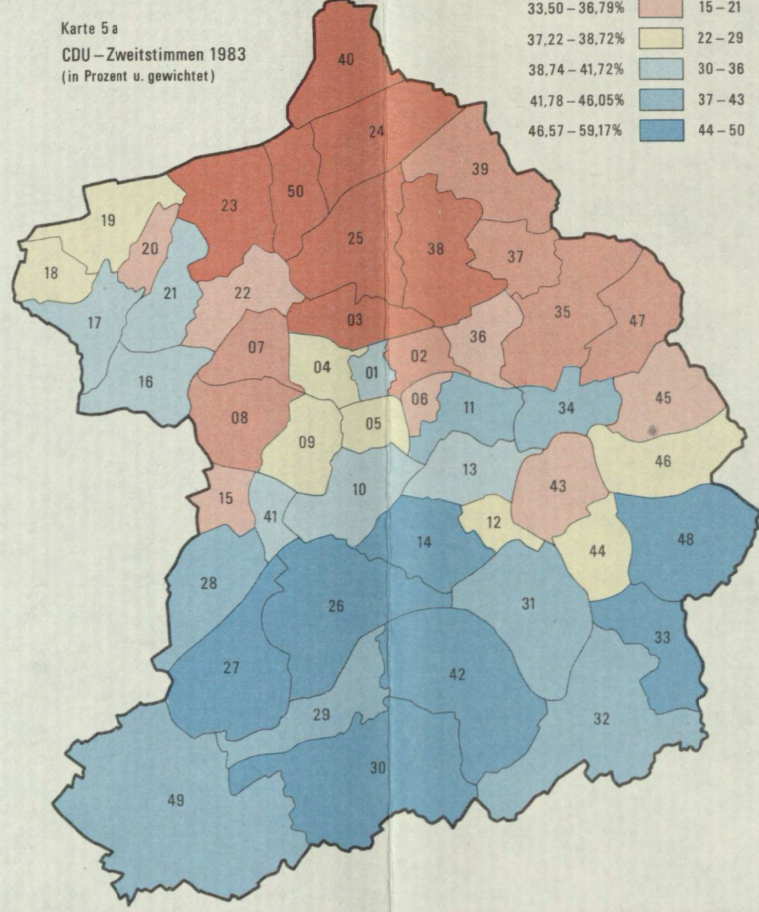
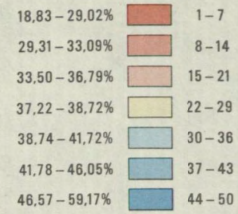


Essen

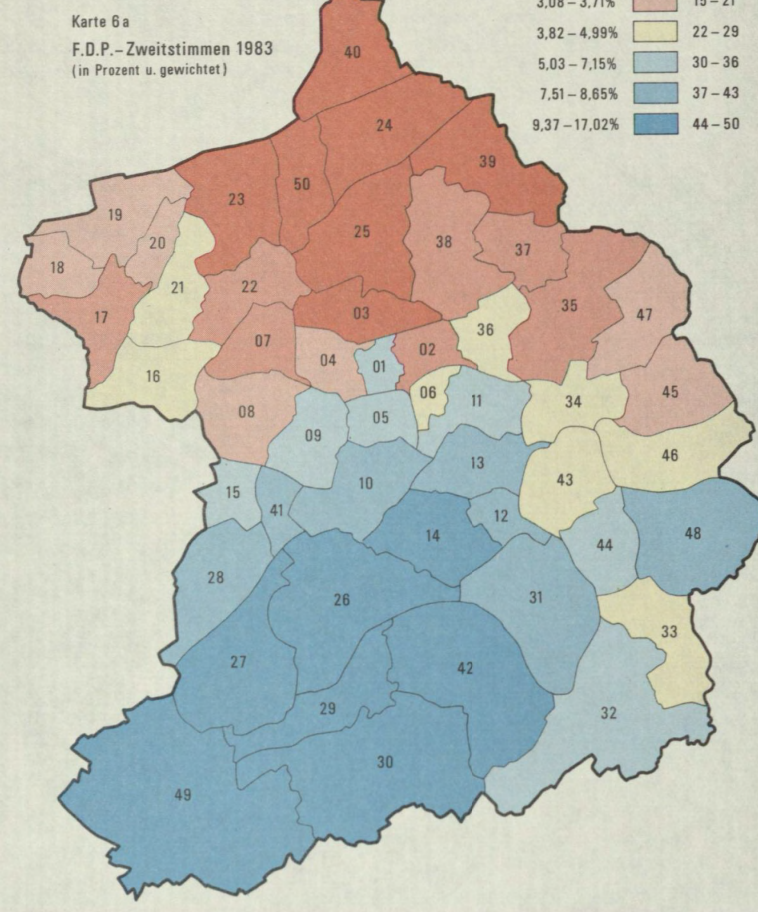
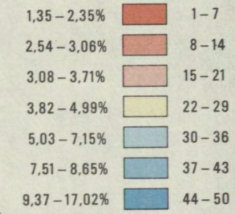
Karte 4a
SPD - Zweitstimmen 1983
(in Prozent u. gewichtet)



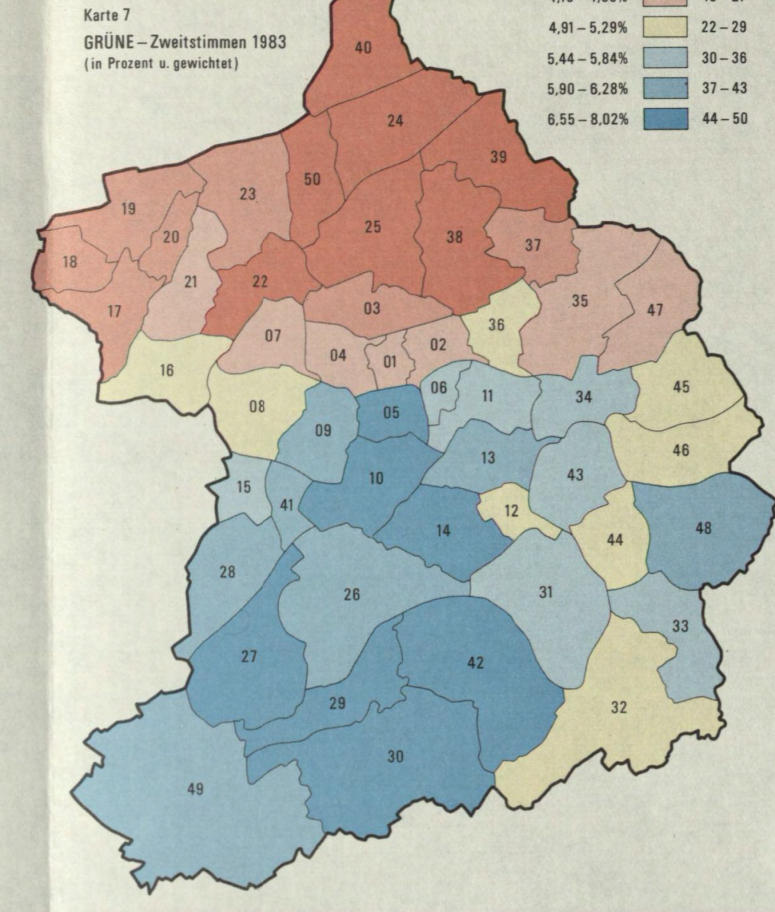
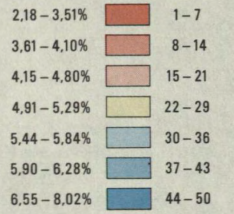
Karte 5a
CDU - Zweitstimmen 1983
(in Prozent u. gewichtet)



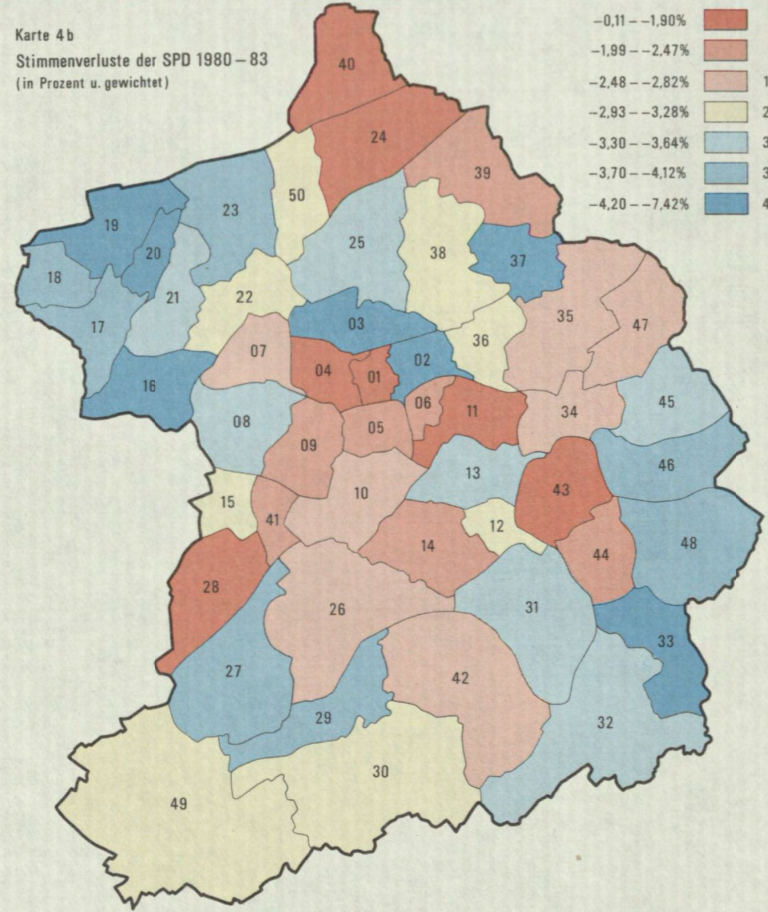
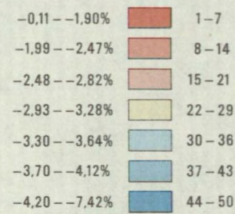
Karte 6a
F.D.P. - Zweitstimmen 1983
(in Prozent u. gewichtet)



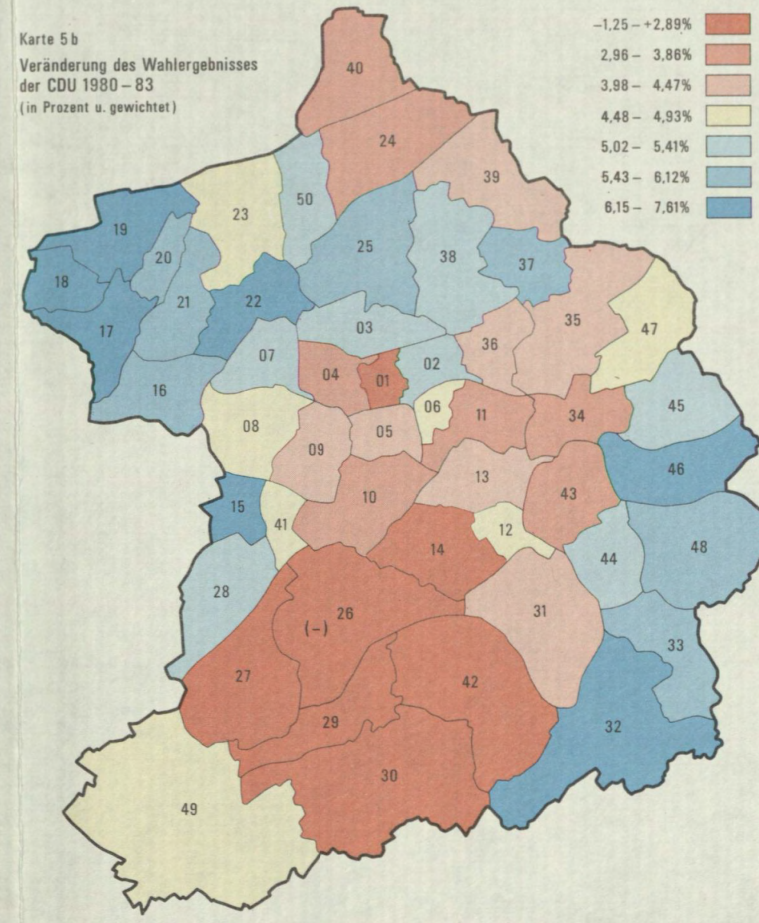
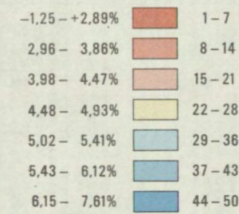
Karte 7
GRÜNE - Zweitstimmen 1983
(in Prozent u. gewichtet)



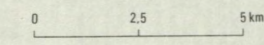
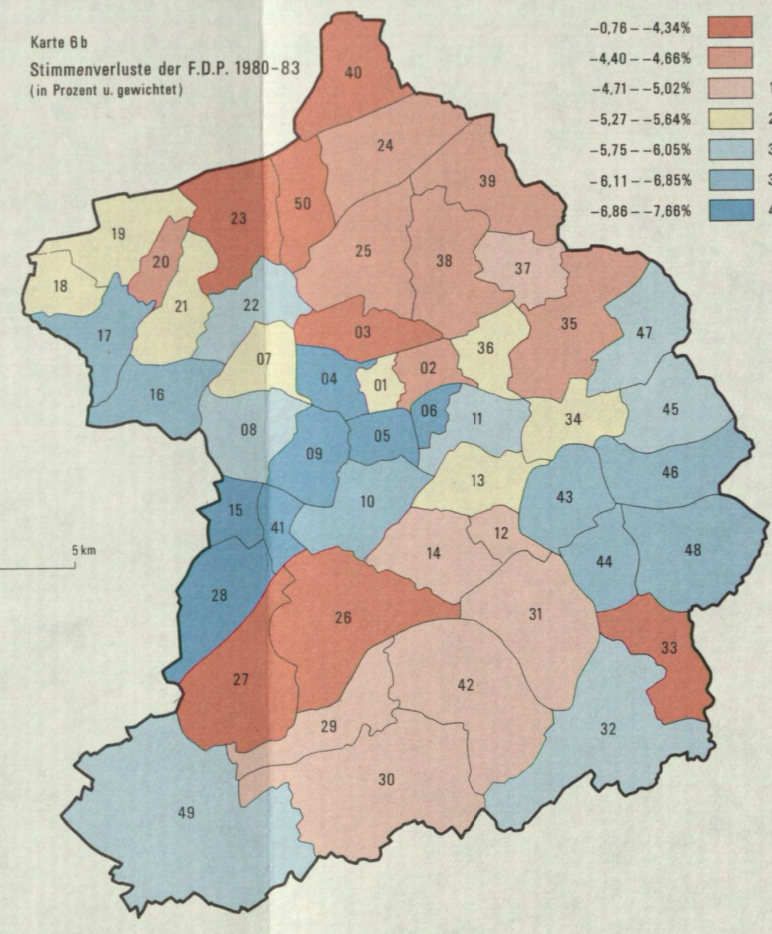
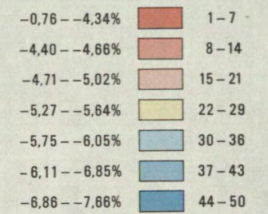
Karte 4b
Stimmenverluste der SPD 1980-83
(in Prozent u. gewichtet)



Karte 5b
Veränderung des Wahlergebnisses
der CDU 1980-83
(in Prozent u. gewichtet)

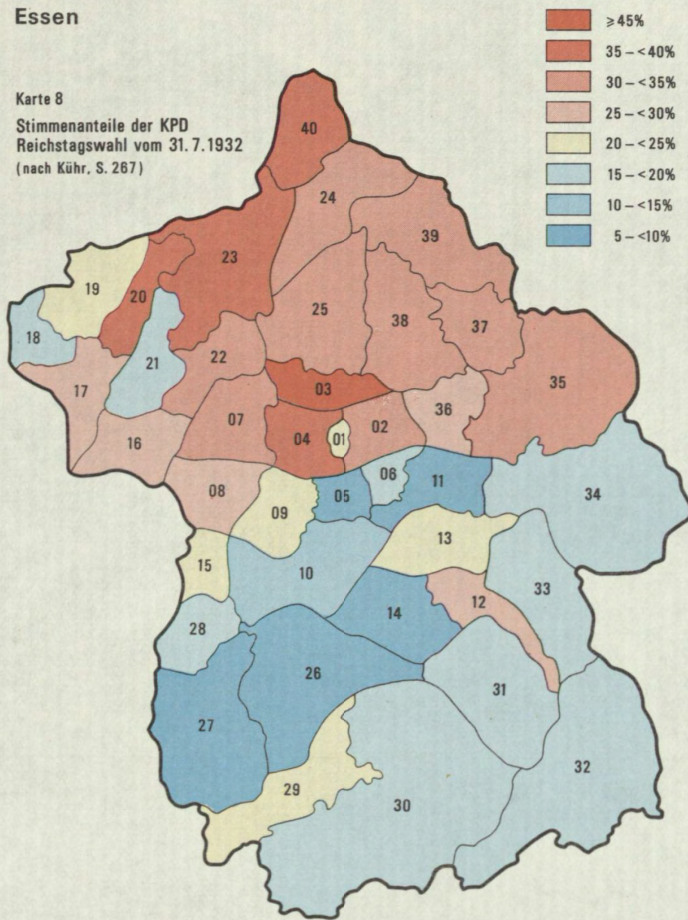


Karte 6b
Stimmenverluste der F.D.P. 1980-83
(in Prozent u. gewichtet)



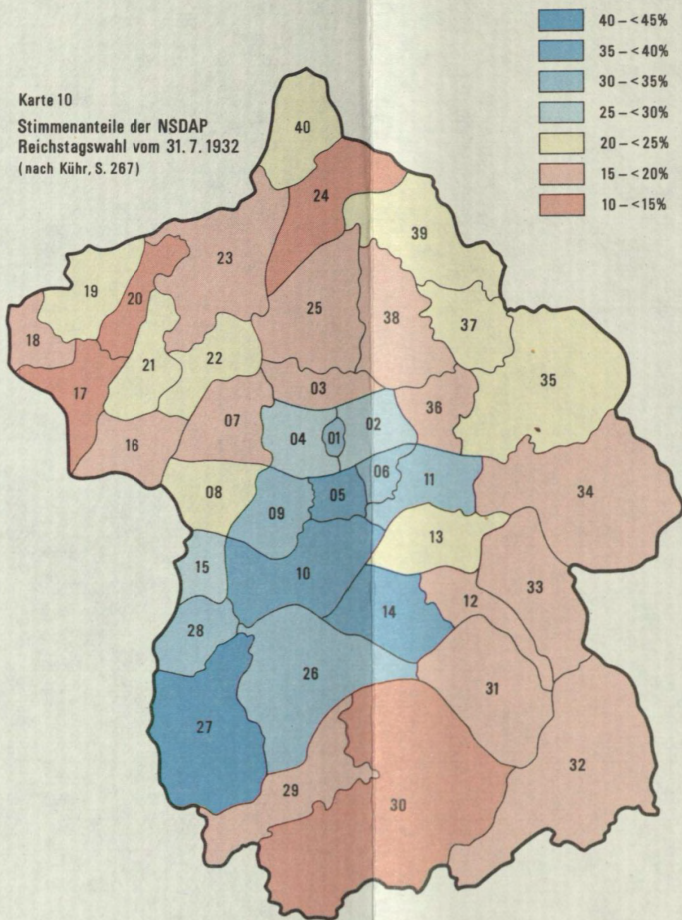
Essen

Karte 8
Stimmenanteile der KPD
Reichstagswahl vom 31. 7. 1932
(nach Kühr, S. 267)

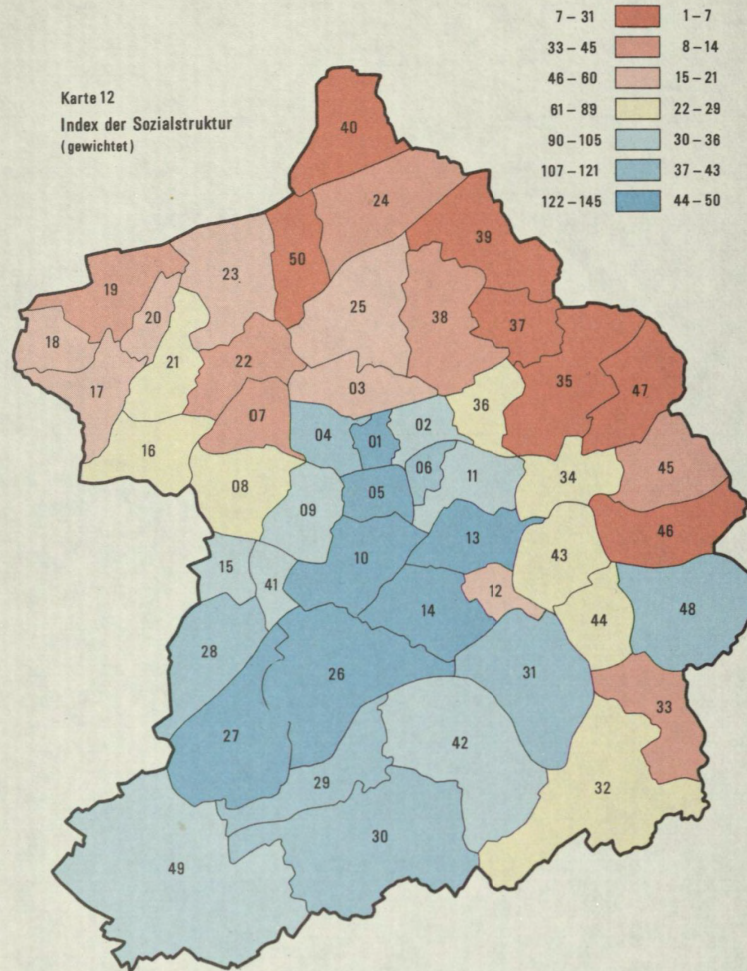


0 2,5 5 km

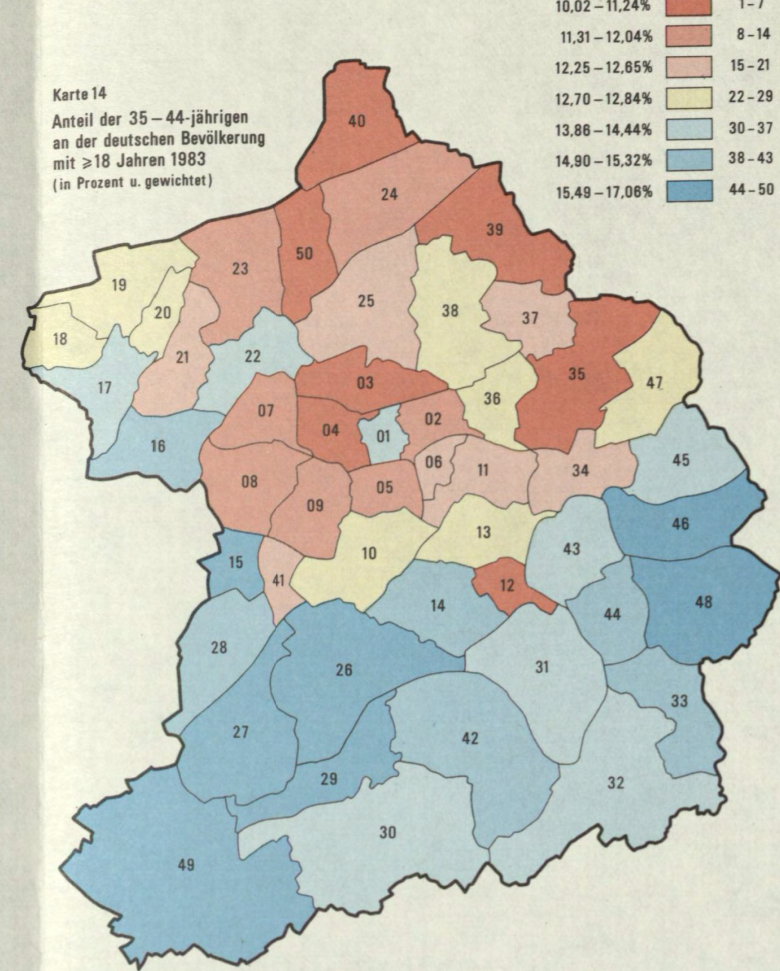
Karte 10
Stimmenanteile der NSDAP
Reichstagswahl vom 31. 7. 1932
(nach Kühr, S. 267)



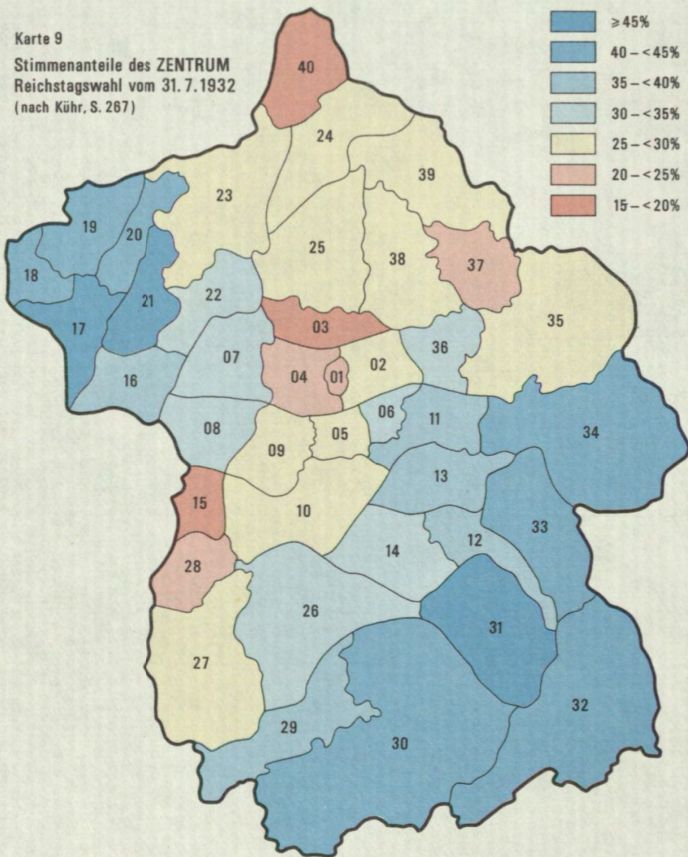
Karte 12
Index der Sozialstruktur
(gewichtet)



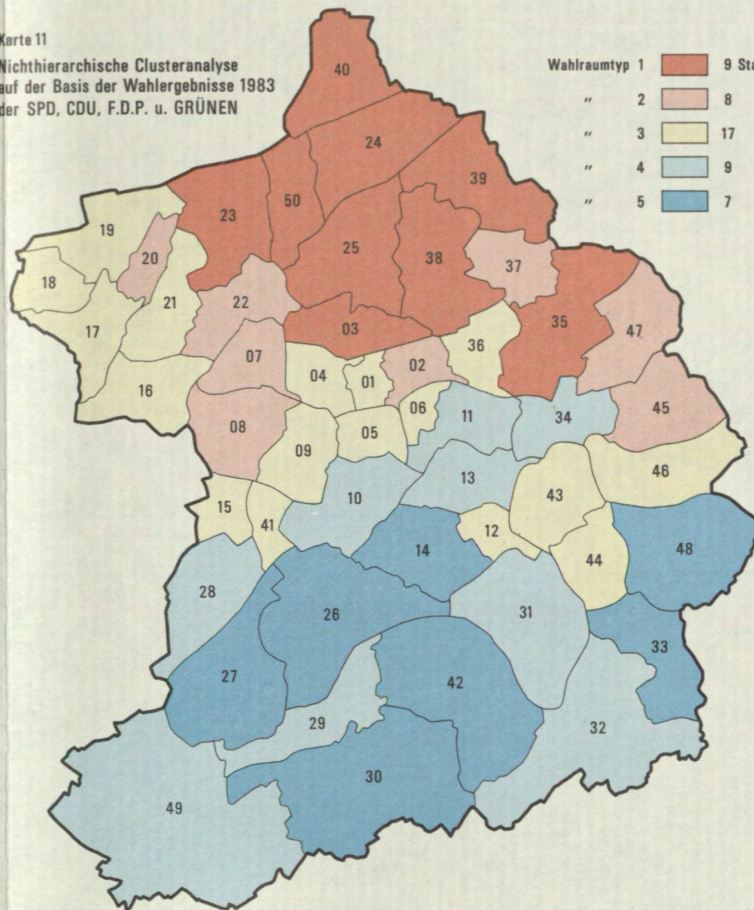
Karte 14
Anteil der 35-44-jährigen
an der deutschen Bevölkerung
mit ≥18 Jahren 1983
(in Prozent u. gewichtet)



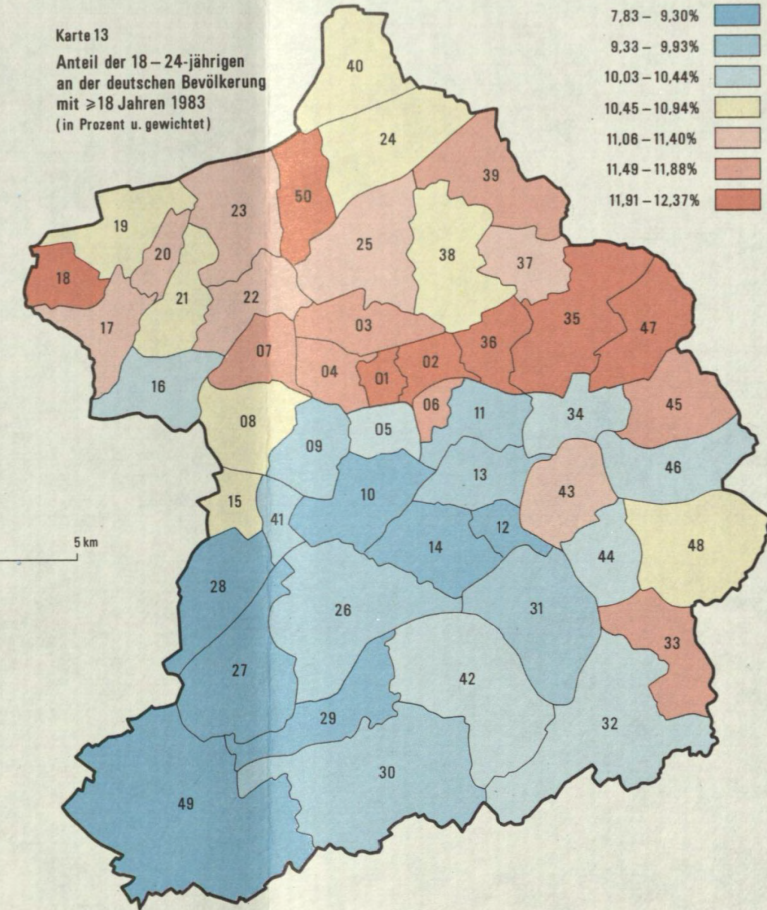
Karte 9
Stimmenanteile des ZENTRUM
Reichstagswahl vom 31. 7. 1932
(nach Kühr, S. 267)



Karte 11
Nicht-hierarchische Clusteranalyse
auf der Basis der Wahlergebnisse 1983
der SPD, CDU, F.D.P. u. GRÜNEN



Karte 13
Anteil der 18-24-jährigen
an der deutschen Bevölkerung
mit ≥18 Jahren 1983
(in Prozent u. gewichtet)

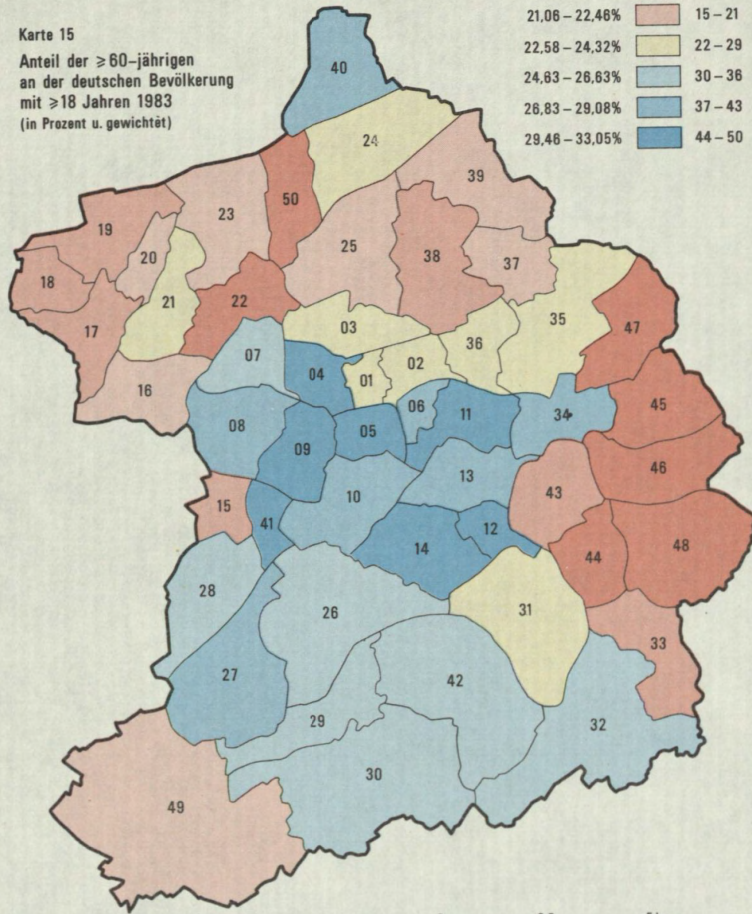
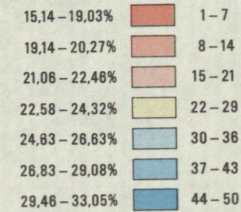


0 2,5 5 km

Essen

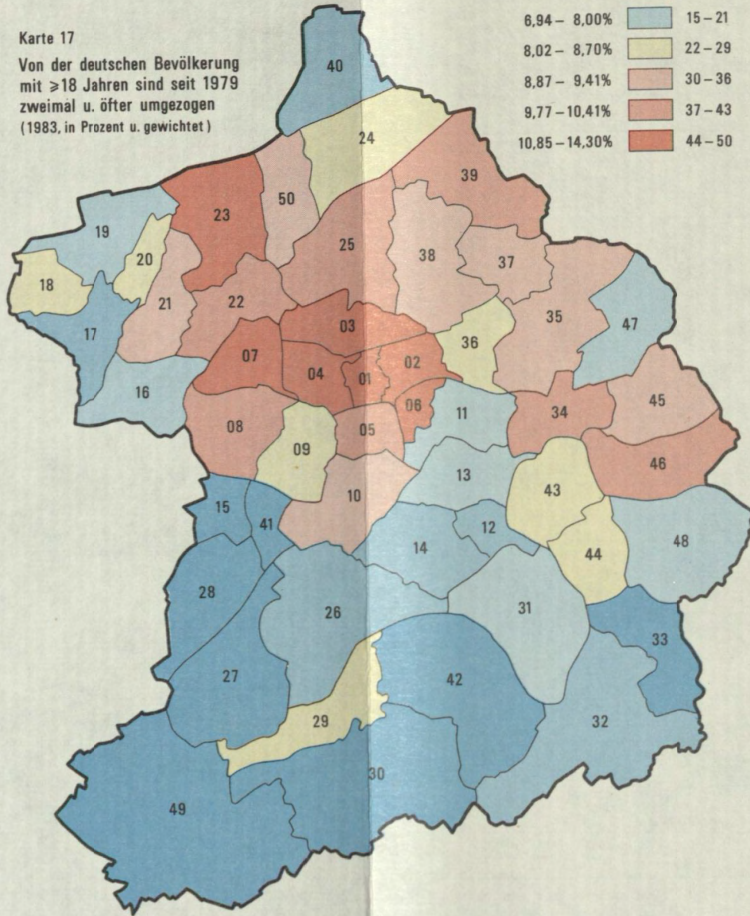
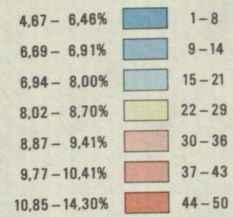
Karte 15

Anteil der ≥ 60 -jährigen an der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren 1983 (in Prozent u. gewichtet)

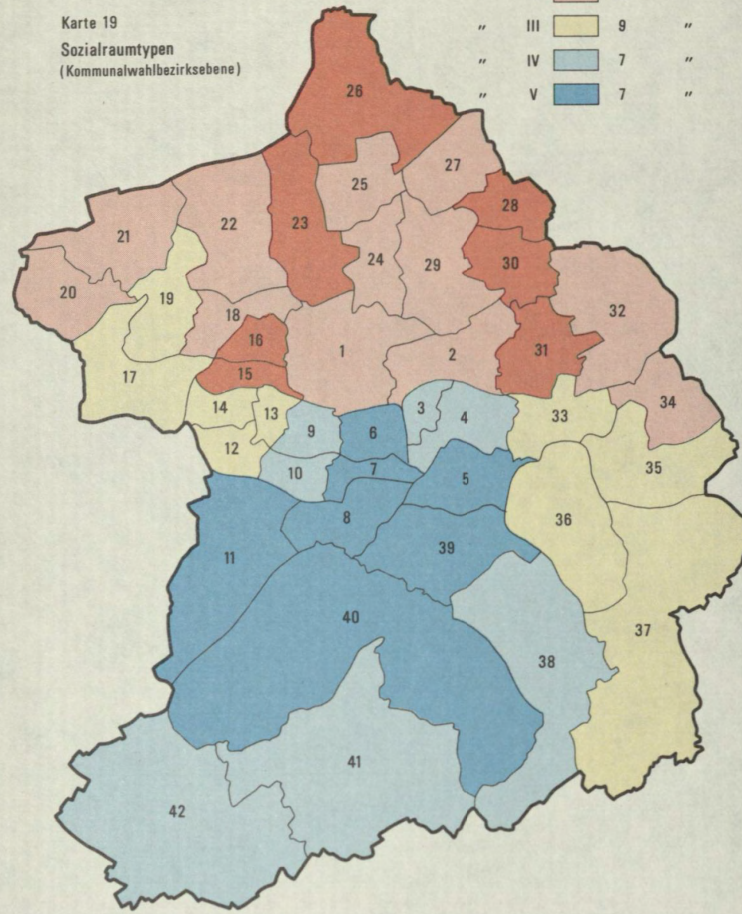
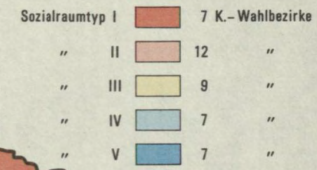


Karte 17

Von der deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren sind seit 1979 zweimal u. öfter umgezogen (1983, in Prozent u. gewichtet)

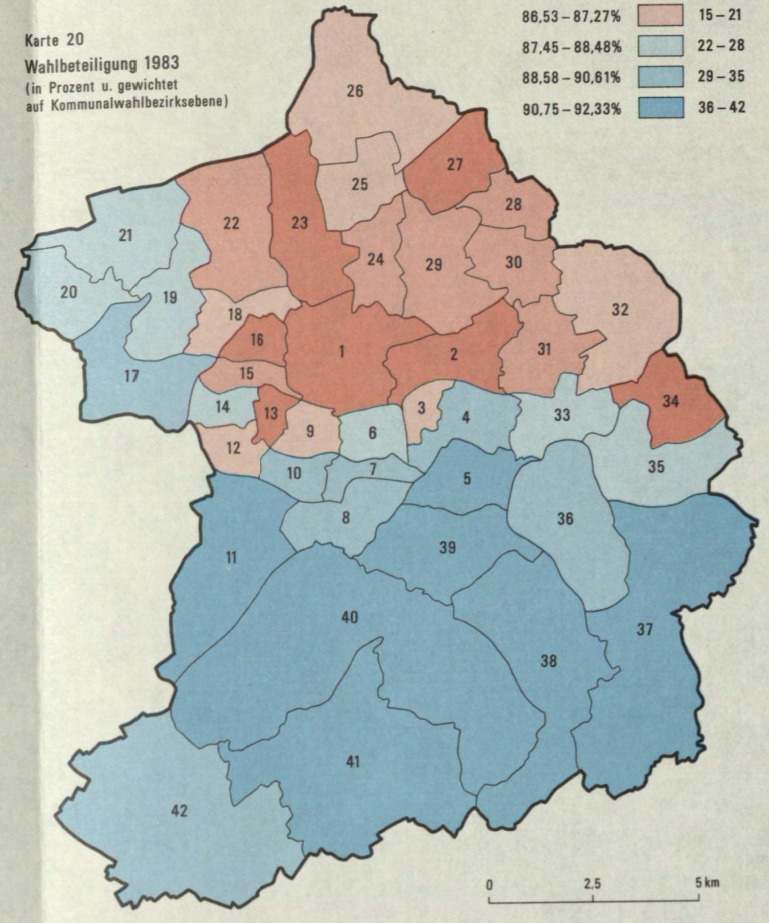
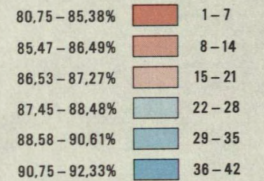


Karte 19
Sozialraumtypen (Kommunalwahlbezirksebene)



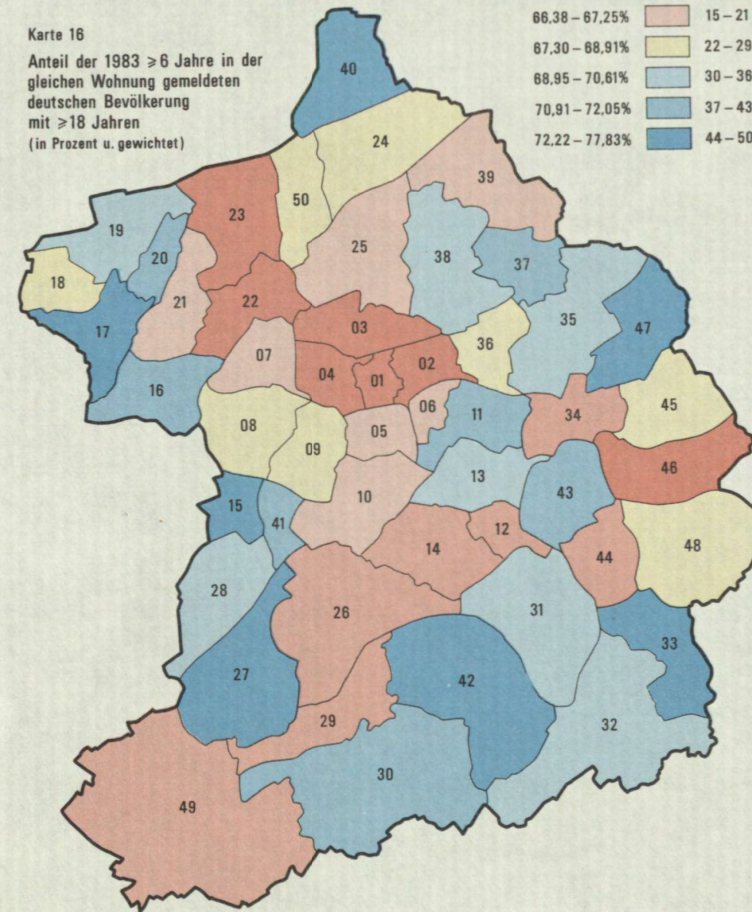
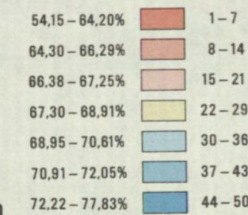
Karte 20

Wahlbeteiligung 1983 (in Prozent u. gewichtet auf Kommunalwahlbezirksebene)



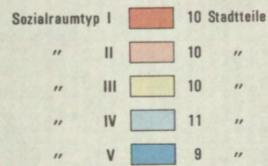
Karte 16

Anteil der 1983 ≥ 6 Jahre in der gleichen Wohnung gemeldeten deutschen Bevölkerung mit ≥ 18 Jahren (in Prozent u. gewichtet)

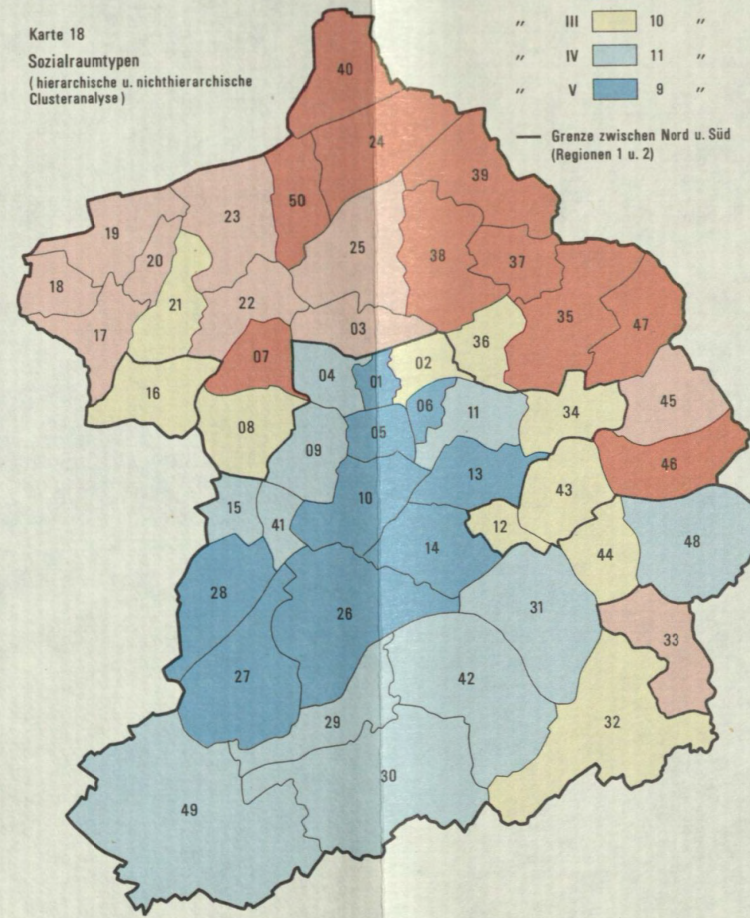


Karte 18

Sozialraumtypen (hierarchische u. nichthierarchische Clusteranalyse)

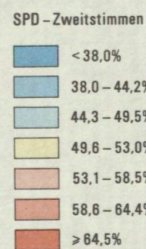


— Grenze zwischen Nord u. Süd (Regionen 1 u. 2)



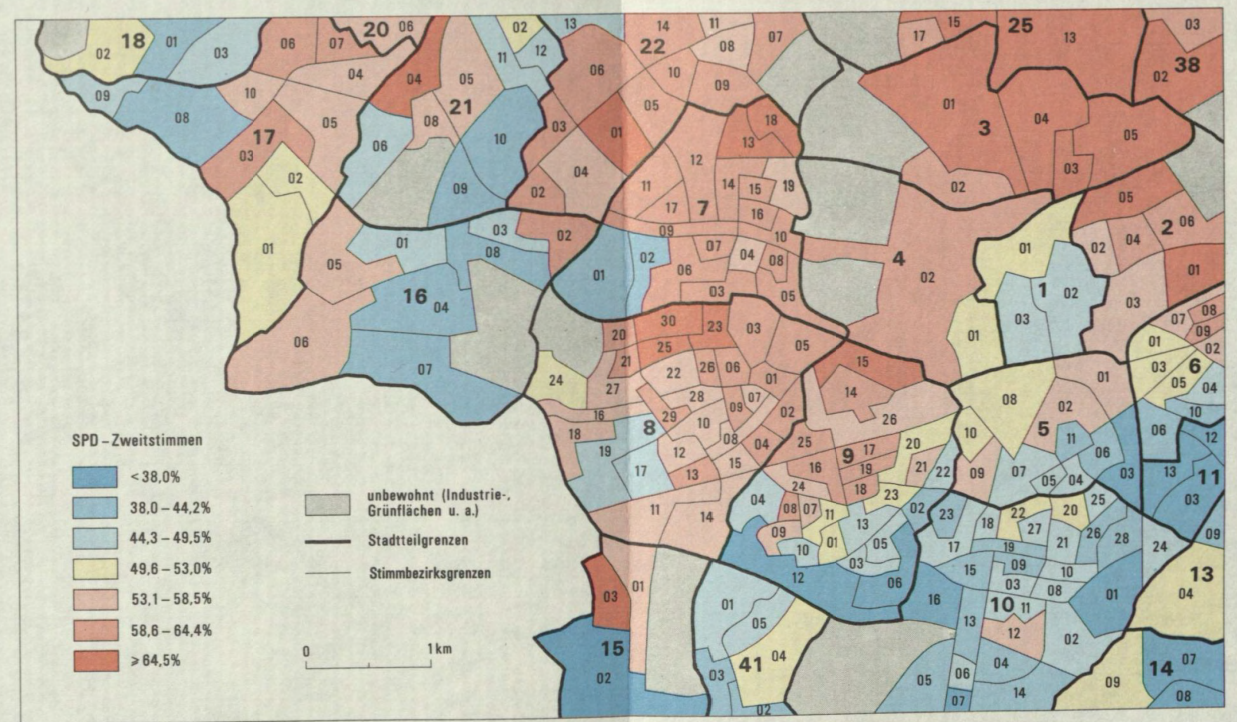
Karte 21

SPD-Zweitstimmen (ohne Briefwähler) 1983 in den Stimmbezirken (Ausschnitt)



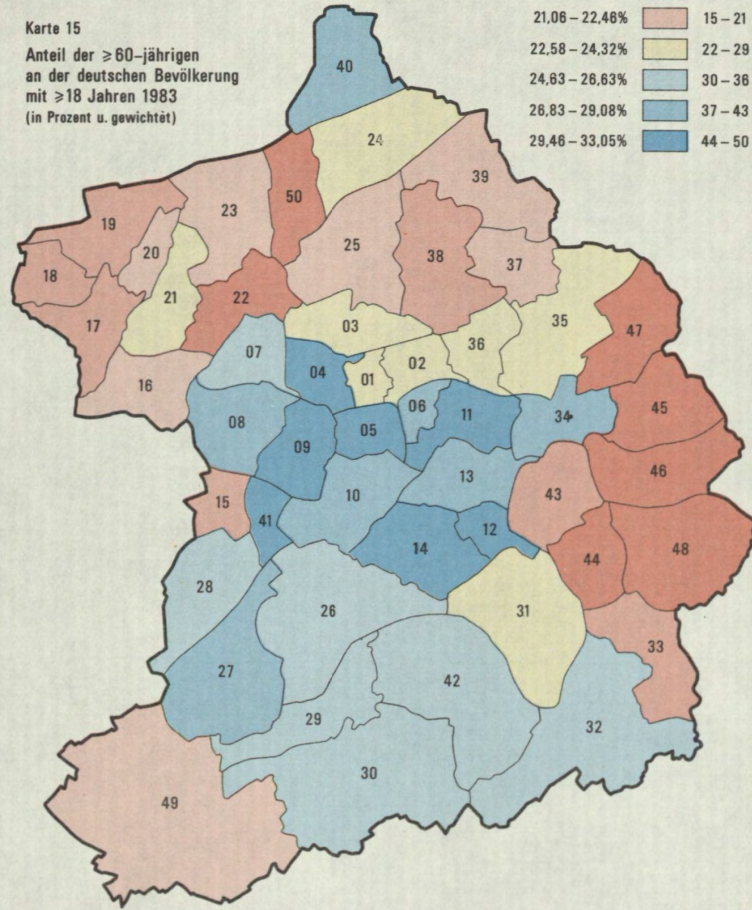
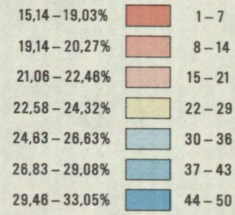
unbewohnt (Industrie-, Grünflächen u. a.)
— Stadtteilgrenzen
— Stimmbezirksgrenzen

0 1 km

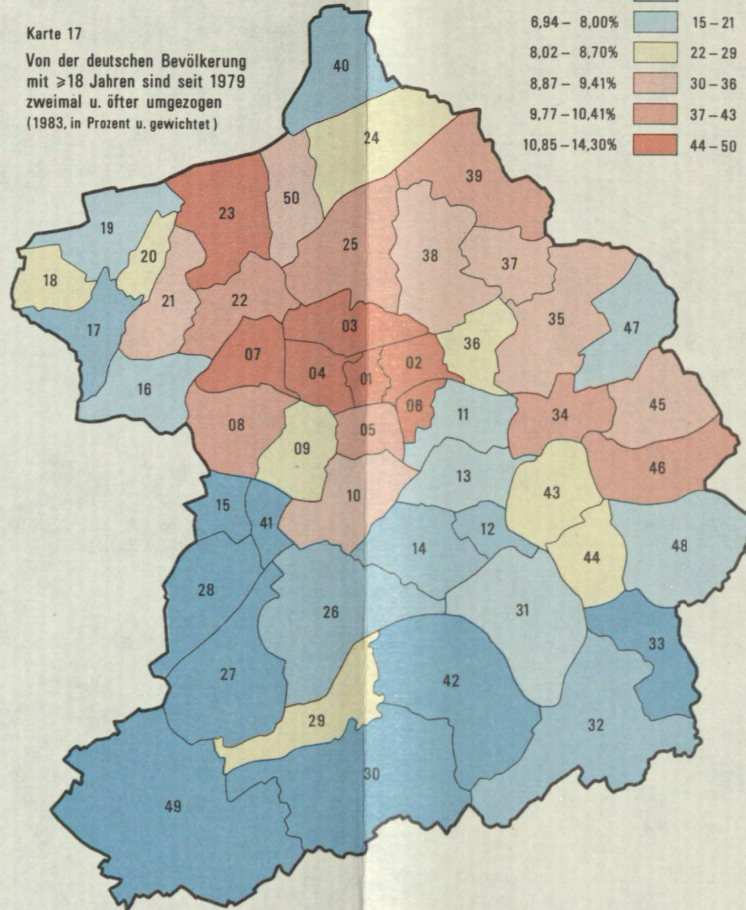
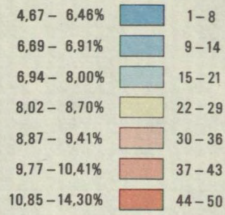


Essen

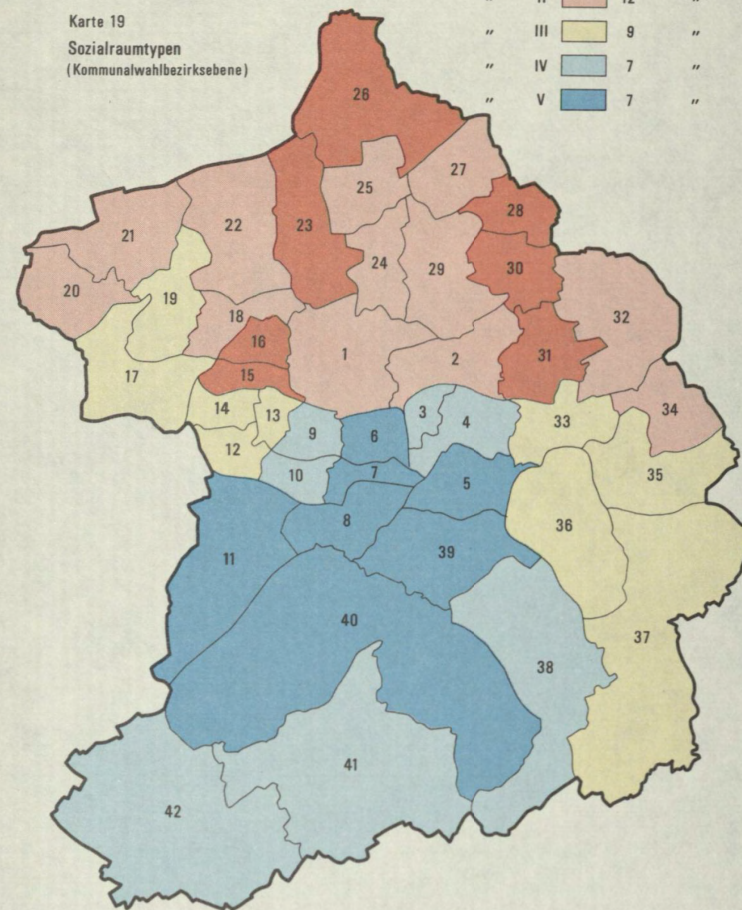
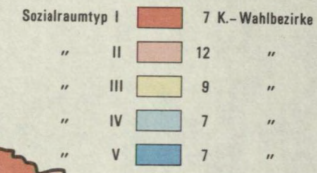
Karte 15
Anteil der >60-jährigen an der deutschen Bevölkerung mit >18 Jahren 1983 (in Prozent u. gewichtet)



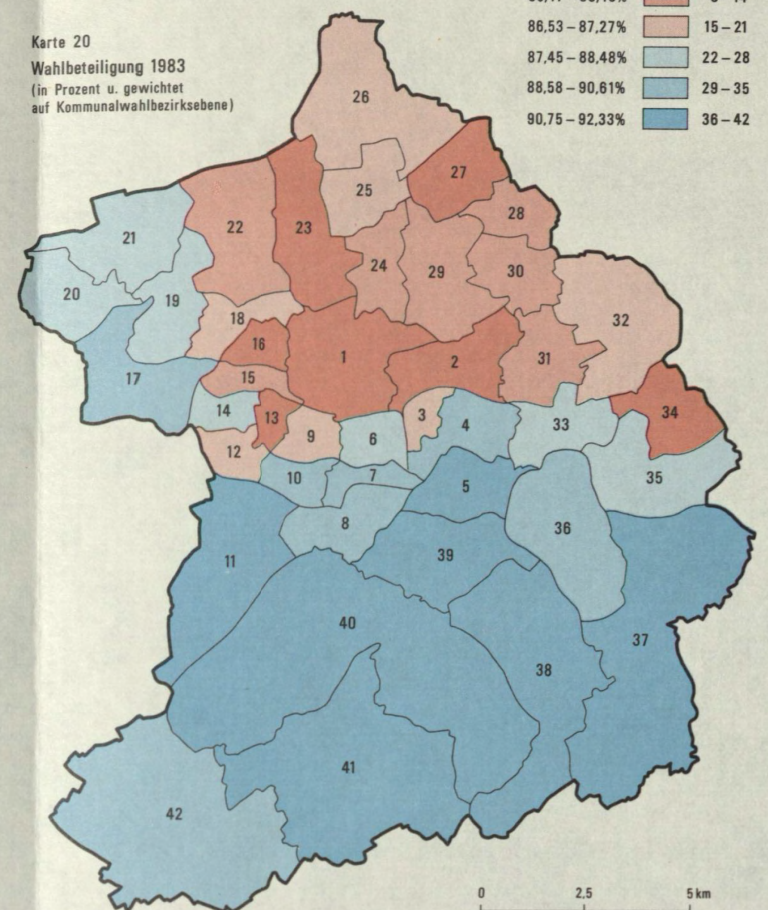
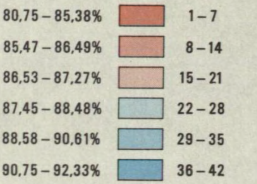
Karte 17
Von der deutschen Bevölkerung mit >18 Jahren sind seit 1979 zweimal u. öfter umgezogen (1983, in Prozent u. gewichtet)



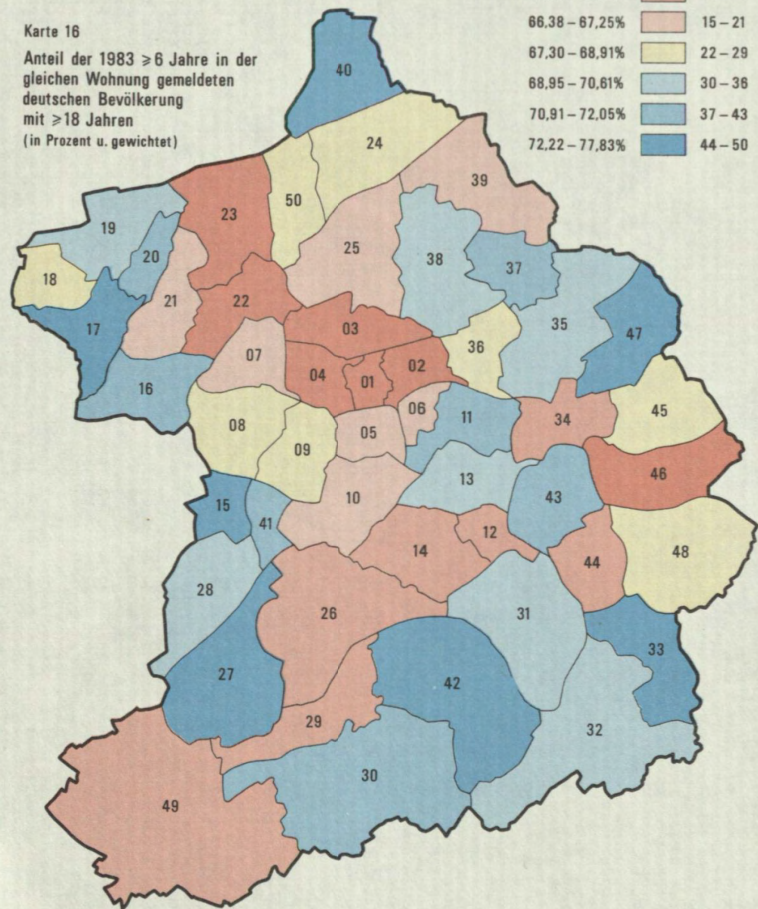
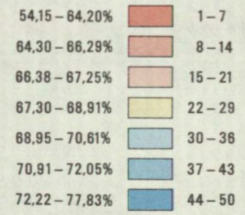
Karte 19
Sozialraumtypen (Kommunalwahlbezirksebene)



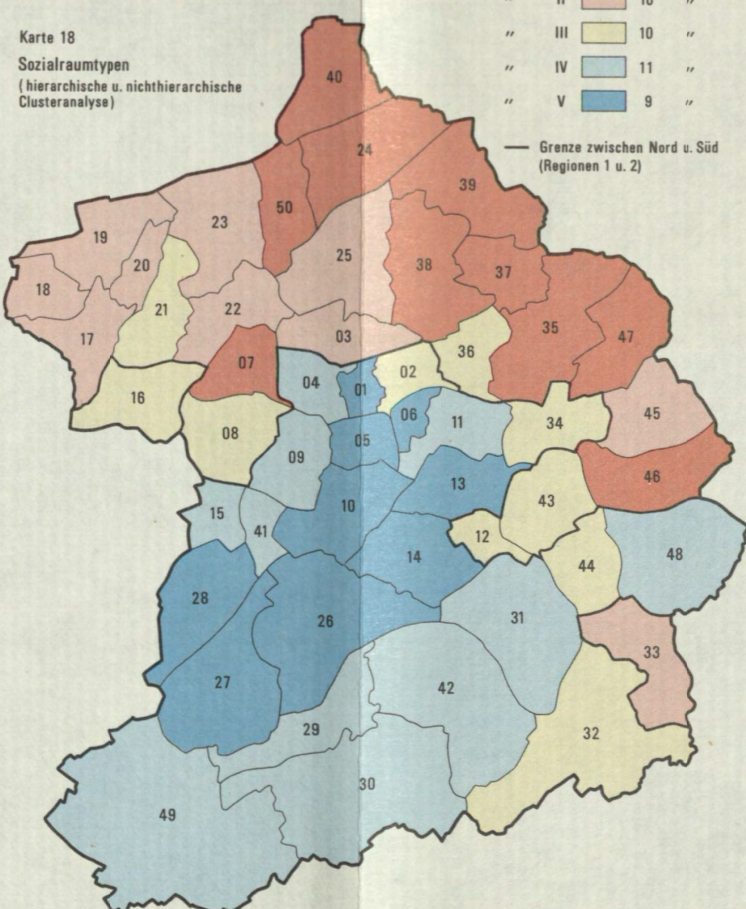
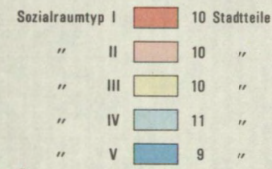
Karte 20
Wahlbeteiligung 1983 (in Prozent u. gewichtet auf Kommunalwahlbezirksebene)



Karte 16
Anteil der 1983 >6 Jahre in der gleichen Wohnung gemeldeten deutschen Bevölkerung mit >18 Jahren (in Prozent u. gewichtet)



Karte 18
Sozialraumtypen (hierarchische u. nichthierarchische Clusteranalyse)



Karte 21
SPD-Zweitstimmen (ohne Briefwähler) 1983 in den Stimmbezirken (Ausschnitt)

